

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonabend, den 9. Januar 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: 3.00 Mark monatlich, 1.10 Mark wöchentlich, 28 Pf. frei ins Ausland. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zellungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Sonntagen.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle ober deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berichtigungsinserate 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Kaiser und die Generale.

Immer deutlicher wird's, daß die bürgerlichen Parteien jeden ernstlichen Kampf um die Erringung von Verfassungsgarantien, von wirklicher parlamentarischer Regierung zu vermeiden suchen.

Der Vorgang, der sich beim Neujahrsempfang der Generale abgespielt hat, ist ein Vorgang von allergrößter politischer Bedeutung. Aber gerade an dem, was das Wichtigste ist, an dem politischen Hervortreten der von Wilhelm II. zur Hilfe gerufenen Generale geht fast die gesamte bürgerliche Presse mit scheuem Stillschweigen vorüber. Statt diese neue und stärkste Leistung des Absolutismus zurückzuweisen, ergeht sie sich in zorniger Klage, daß ein Ereignis an die Öffentlichkeit gekommen ist, das auf die politische Situation Deutschlands, auf die wirkliche Machtverteilung das hellste Licht wirft und dadurch freilich alle Illusionen und Schaumschlägereien über die angebliche Stärkung des Reichstags gegenüber dem Absolutismus ein Ende gemacht hat.

Was die Bürgerlichen dem Absolutismus vorzuwerfen haben, ist nicht das, daß er herrscht, sondern nur, daß er seine Herrschaft nicht besser zu verheimlichen versteht. Damit haben sie der amtlichen Schönfärberei schon trefflich vorgearbeitet und heute veröffentlicht denn auch der „Staatsanzeiger“ folgende amtliche Erklärung:

„Seine Majestät der Kaiser und König hat am 2. Januar, wie alljährlich, eine Besprechung mit den hier zur Neujahrsgelation versammelten kommandierenden Generalen abgehalten. Die Aeußerungen Seiner Majestät waren nicht für die Öffentlichkeit bestimmt und hätten nicht den Gegenstand öffentlicher Kritik bilden dürfen. Trotzdem sind Nachrichten darüber in die Presse gelangt. Gegenüber den in ausländischen Blättern erschienenen Angriffen stellen wir fest, daß sich die Besprechung lediglich auf militärische Fragen bezog. Im Anschluß an eine Betrachtung der bei den letzten Manövern gemachten tatsächlichen Erfahrungen wies Seine Majestät der Kaiser auf eine kürzlich erschienene akademische Studie hin, in der die Gestaltung des modernen Krieges und die Einwirkung der neuzeitlichen Waffen auf das Gesicht entwickelt sind. Die in dieser militärischen Arbeit auch enthaltenen politischen Gedanken und Ausblicke kamen in den Ausführungen des obersten Kriegsherrn nicht in Betracht.“

Diese Erklärung sagt zunächst nichts gegen die wichtigste und bezeichnendste Seite des Vorgangs. Sie stellt nicht in Abrede, daß die Generale dem Kaiser ein ausdrückliches Vertrauensvotum ausgestellt haben. Da dies jedenfalls eine ungewöhnliche Sache ist — denn in der Regel pflegen Generale, die ja den Treueid geschworen haben, keine Gelegenheiten zu haben und zu nehmen, einem Monarchen ein Vertrauensvotum auszustellen — so müssen sie dazu eben Gelegenheiten bekommen haben. Dies bestätigt auch eine neuere Darstellung des Vorgangs. Danach habe der Kaiser nach der Verlesung des Artikels auf die Aufregung verwiesen, die das bekannte Interview in Deutschland verursacht habe, und die Generale gefragt, wie man in der Armee über die Angelegenheit denke, und ob auch in Offizierskreisen, wie behauptet worden sei, die Aufregung über seinen Fehler, wenn er überhaupt einen solchen gemacht habe, groß gewesen sei; ob die Generale etwas von einer Mitbestimmung in der Armee bemerkt hätten. Uebereinstimmend antworteten die Generale: davon könne gar keine Rede sein, daß die Offiziere sich mit Politik befähigen, geschweige denn mit der politischen Wirkung eines Artikels wie desjenigen des „Daily Telegraph“. Darauf habe der Kaiser erwidert, er freue sich, das zu hören, er vertraue auf seine Armee, daß sie zu ihm stehen werde auch dann, wenn alle anderen ihn verlassen.

General v. Saxe, als der rangälteste General, sprach darauf dem Kaiser das rückhaltlose Vertrauen und die unerschütterliche Treue der Armee aus.

Man sieht, das offiziöse Dementi bestreitet mit keinem Worte diese hochpolitische Kundgebung. Es bemüht sich nur, die schlechte Wirkung, die im Ausland wieder angerichtet worden, abzuschwächen. Leider ein vergebliches Bemühen; denn die offiziöse Entschuldigung, daß die kaiserlichen Aeußerungen nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen, kann auf das Ausland gar keinen Eindruck machen; damit wird ja die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß der Kaiser, dessen Einfluß auf die auswärtige Politik infolge der Feigheit der bürgerlichen Parteien noch immer nicht in dem für die Interessen der deutschen Nation notwendigen Maße ausgeschaltet ist, sich wieder mit der Politik der auswärtigen Staaten in einer Weise beschäftigt hat, die von diesen als verlegend und ungerecht empfunden worden ist. Aber auch die zweite, an sich wirksamere Entschuldigung, daß der Kaiser sich lediglich mit militärischen Fragen beschäftigt hat, dürfte ihre Absicht, die schädlichen Folgen abzuschwächen, nicht erfüllen. Einmal kommt sie zu spät, wie alle amtlichen Erklärungen der letzten Zeit, die sich mit Wilhelm II. befassen; begehrlicher Weise, denn die Auslegungen und Schönfärbereien verursachen immerhin einige Wut und Schwierigkeit. Dann aber ist der Artikel Schließens betriebl, daß sich die politischen und militärischen Gesichtspunkte schwer sondern lassen und bei dem bekannten Temperament und der politischen Interessiertheit Wilhelms II. trotz der amtlichen Versicherung wohl nicht besonders scharf gesondert wurden.

Diese Unzulänglichkeit der offiziösen Entschuldigungen muß sogar die „Deutsche Tageszeitung“ zugeben. Da sie einzieht, daß ihr Wunsch, daß kaiserliche Reden und Taten der Öffentlichkeit vorenthalten werden, doch schwer erfüllbar ist (woher weiß übrigens das Blatt, daß das Bekanntwerden des Treueidempfangs der Generale gegen den Wunsch Wilhelms II. in die Öffentlichkeit gekommen?), so fordert sie vor allem „eine

gewisse Zurückhaltung“. Dann aber bespricht sie auch den Artikel, mit dem Wilhelm II. sich identifiziert hat, recht abfällig. Sie meint: „Der Artikel aber als solcher bleibt bedenklich. Die politischen Ausführungen nehmen einen so breiten Raum ein und waren auf einen derartigen Ton gestimmt, daß man sie vielleicht für die Hauptsache erachten konnte. Außerdem ermangelten sie in manchen Punkten der erforderlichen Klarheit. Man weiß manchmal nicht, ob der Verfasser nur Möglichkeiten erörtert und zur Grundlage seiner militärischen Ausführungen nimmt oder ob er die tatsächliche Lage schildern will. In dieser Schilderung schiebt er ohne Zweifel über das Ziel hinaus. Und selbst, wenn die Schilderungen in allen Punkten richtig wären, dann wäre es weder nötig noch nützlich, sie zu veröffentlichen und ihnen gewissermaßen den Schein einer starken Autorität zu geben.“

Wenn dem aber so ist, so ändert auch das amtliche Dementi nicht das geringste. Die Tatsache bleibt bestehen, daß das persönliche Regiment mit all seinen Begleit- und Folgeerscheinungen sich wieder in alter Kraft emporreckt, wie das ja von uns immer vorausgesagt worden. Die Reden des Reichstags sind ins Leere verhallt, die Kämpfe des Kanzlers gegen die Eingriffe des persönlichen Regiments sind völlig vergeblich gewesen. Die deutsche Krise dauert fort.

Dadurch, daß die amtliche Erklärung politische Aeußerungen des Kaisers in Abrede stellt, und die Erklärung der Generale völlig ignoriert, sucht sie gleichzeitig den Fürsten Bülow zu decken. Verschiedene Blätter hatten die indirekte Frage gestellt, ob der Kanzler denn von dem doch politisch bedeutsamen Auftreten des Kaisers vorher verständigt worden sei. Daß dies nicht der Fall war, ging ja schon aus dem Bericht über die Vorgänge selbst hervor, deren Veröffentlichung auch abgesehen von dem Kommentar des „Reichsboten“ sicher kein Liebesdienst für den Kanzler war. In der „Neuen Wädischen Landeszeitung“, der Beziehungen zu dem Abg. Wasser mann nachgesagt werden, wird die Veröffentlichung direkt als das Werk der gegen den Kanzler arbeitenden Kamarrilla bezeichnet. Und sicher mit Recht. Denn nach all den Eintagsverfolgen, die der Kanzler über den Kaiser davongetragen, sieht er sich jetzt wieder um den Erfolg all seiner Mühen gebracht. Die Lage der „Zurückhaltung“ und der „Steigzeit“ sind schnell vorbeigezogen und der brave Bülow, der eben die Höhe der Macht erklimmen zu haben glaubte, sieht sich wieder zur kläglichen Rolle des Handlangers verurteilt, des „Verantwortlichen“, den die Reichsverfassung nun einmal vorschreibt, der immer erst aus der Zeitung erfahren muß, welche neuer temperamentsvoller Akt wieder einmal die Kreise seiner Politik zerstört hat.

So ist dem Fürsten Bülow mit der Veröffentlichung allerdings sehr übel mitgespielt worden. Aber das Spiel, das mit Bülow getrieben wird, ist für das deutsche Volk, dem dieser Kanzler nur ein Hindernis seiner politischen Entwicklung bedeutet, wirklich herzlich gleichgültig. Aber nichts weniger als gleichgültig ist es, daß der Absolutismus sich wieder ansieht, sein altes Spiel mit dem Schicksal des deutschen Volkes von neuem aufzunehmen. Dies zu verhindern ist die dringendste und unausschießbarste politische Forderung und mit allem Nachdruck wird sie aufs neue dem Reichstag bei seinem Zusammentritt gestellt werden müssen.

Aus der Stadt des Schreckens.

(Spezialbericht unseres nach Messina entsandten Korrespondenten.)

Messina, 3. Januar.
Wenn ich die Feder Dantes hätte, könnte ich nicht beschreiben, was ich seit gestern hier sah. Keine Einbildungskraft reicht an diese Wirklichkeit heran, aber auch unsere Fassungskraft nicht an das Bild, das sich vor unseren Augen ausbreitet.

Eine Stadt von 166 000 Einwohnern, die zerstört ist, als ob unzählige Dynamitbomben über sie geschleudert worden wären! Eine Stadt, die ein Totenfeld ist, in der Tausende von Leichen unter den Trümmern, Tausende auf den Straßen liegen, Verwesungsgeruch verbreitend, der uns den Atem nimmt. Eine Stadt, die noch an mehreren Punkten brennt, hohe Feuergerden zum Himmel sendend, eine Stadt voll Soldaten, die mit jedem Schritt ihr Leben in die Schanze schlagen und immer noch lebendige Menschen aus dem Schutt herausgraben. Eine Stadt, deren Boden in den letzten 24 Stunden durch drei heftige Erdstöße aufs neue erschüttert worden ist, die aufs neue Mauern zum Stürzen gebracht, aufs neue Brände entzündet haben und einen Schrecken verbreiten, der an Bahnsium grenzt. Kann sich ein Mensch das ausmalen? — Ich habe es gesehen, ich erlebe es, ich habe die Trümmer vor Augen und den Leichengeruch in allen Poren — und fasse es nicht. Es übersteigt jede Grenze dessen, was wir seelisch verarbeiten können. Und ich fühle dunkel, daß ein Mensch, in dessen Hirn und Sinnen diese Wirklichkeit Leben hätte, nicht mehr leben könnte, nie mehr, weil ihm die Werte und Maße des Einzelnebens unrettbar entglitten wären, jede Möglichkeit der Daseinsfreude für immer verborrt.

Die Fronten der Paläste am Hafen stehen noch. Einen Augenblick kann man die Illusion haben, daß etwas von der Stadt erhalten sei. Aber durch die öden Fensterhöhlen schaut die Verformung: Schutt, zersplitterte Balken, verbogene Eisenstangen blicken heraus, biegen die noch erhaltenen Fensterläden nach außen, quellen hervor aus jeder Öffnung. Im Rathaus und der Banca d'Italia jüngelt der Brand seit

24 Stunden. Die ganze Nacht hat man gearbeitet, um den Schatz der Vauk vor dem Verbrennen zu bewahren. Halbstündlich sind die Feuerwehrlente von Bologna auf den Sims des 25 Meter hohen Palastes gestiegen, der unter ihren Füßen wankte wie ein schwankendes Brett. Jetzt hat man den Schatz den Flammen überlassen: was sind 20 Millionen gegenüber diesem Vernichtungswerk!

Der Gang in die Stadt ist ein Gang auf Trümmern. Nicht etwa auf Ruinen, wie sie sich der vorstellt, der die Reste antiker Bauten gesehen hat. Ganze Gebäude sind zersplittert, wie zerstäubt. Dabei stehen noch einige Mauern; man sieht in Wohnungen, sieht Bilder an den Wänden, sieht Hausrat, menschliche Körper, Blut, Gliedmaßen. Von manchen Häuserfronten hängen die Balkongitter herab wie Fäden von Vorhängen. Da stehen fünf Etod hohe Mauern und daneben Haufen Schutt. Der kleinste Erdstoß kann die Mauer herabwerfen — Schutt zum Schutt — und dazwischen die Soldaten begraben, die an den Vergungsarbeiten wirken! Tausende von Soldaten und Matrosen arbeiten, um dem Tode seine Beute streitig zu machen, aber die Vernichtung ist in der Uebermacht, in der ungeheuren Uebermacht. Die auf den Schutthaufen herumkletternden Soldaten sind wie Ameisen an einem Berge: winzige Kräfte an eine Riesearbeit gesetzt: ein Symbol der Ohnmacht, bei dessen Anblick wir hoffnungslos die Arme sinken lassen.

Von manchen Häusern sind nur die Vordermauern eingestürzt; man sieht in sie hinein: Zimmer, in denen vor einer Woche Menschen wohnten, Hausrat, all die kleinen und großen Dinge, die der Mensch braucht für seines Lebens Notdurft und Genuß. Die Katastrophe ist hereingebrochen: blind, riesig, im Dunkel der Nacht.

Wenige sind mit Stricken gerettet worden, die meisten unter den Mauern begraben, andere haben im Sprung von der Höhe den Tod gefunden. Und die Häuser stehen noch, grünen herunter, ein Zerrbild des Lebens über dem ungeheuren Meer des Todes.

Es öffnen sich Ausblicke auf Straßen, die einer Moräne gleichen. Eine Lawine scheint darüber hingegangen, alles zerstörend und in kleine Trümmer verwanandelnd, was Mauer war und Balken, und Eisenwert und Säule. Das sieht nicht aus wie die Vernichtung des Sturzes, des Zusammenbruchs, nein, wie wenn ein Riese darüber weggestampft wäre oder die furchtbarsten Sprengstoffe ihre Kraft daran versucht hätten. Hier türmt sich ein Schutthaufen 25 Meter hoch, daneben ein Trümmerfeld, wie wenn eine Riesenzwalze darüber weggegangen. Aber das Material ist das gleiche: Häuser, Möbel, menschliche Leiber, alles zusammengestampft in eine grauenhafte Masse, die nach Leichen riecht. Alles riecht nach Leiden: der Geruch ist in uns, in unseren Kleidern, in unseren Rüstern. Sogar die Verwundeten, die man ausgräbt, riechen leichenhaft. . . .

Ach, diese Verwundeten, diese nach 6 Tagen dem Lebendigen begraben sein Entziffenen! Heute hat man noch ihrer 30 ausgegraben: junge Frauen, Kinder, Greise und Anaben. Mit verglasten Augen, von tiefen schwarzen Ringen umgeben, schwarze Furchen, die das halbe Gesicht verhüllen, schaumbedeckt, leichenfarben — so gräbt man sie aus. In ihren Haaren, auf ihren Gesichtern, in ihren Kleidern liegt der lichtgraue Staub der Trümmer, des Schuttes, der das Simbild Messinas ist, wie der Leichengeruch und die starre Verzweiflung.

Das Schreckliche, das, was man Infamie nennen müßte, wenn man die Lästerung begehen wollte, eine persönliche Unmacht verantwortlich zu machen für das ungeheure Geschehnis ist: daß die Geretteten in der Mehrzahl Greise sind; alte Leute, die alle Jähren unter den Trümmern lassen, Menschentrümmer, auf die der Tod seine natürliche Anwartschaft bald geltend machen wird. Auch viele Kinder sind gerettet, die nun ganz allein stehen, und Kranke. Soviel blühendes, kräftiges Leben ruht unter den Trümmern und gerade auf Kranke und Greise stoßen die Ketten. Fast die ganze Garnison, fast alle Grenzaufseher sind tot. In unzähligen Fällen sind Vater und Mutter tot, nur der alte Großvater ist am Leben geblieben. Veinake, als ob noch Jolyn im grausigen Spiele wäre.

Die Lebensmittel sind sehr knapp, besonders das Wasser. Die Soldaten haben die ersten zwei Tage gearbeitet ohne Ablösung, die Feuerwehrmänner sind buchstäblich vor Erschöpfung umgefunken. Jetzt ist lediglich Brot da und während ich schreibe ladet das deutsche Schulschiff „Hert ha“ Wasser und Verbundstoffe aus. Die deutschen Schiffe haben für 100 000 M. Lebensmittel an Bord.

Gestern abend hatten die Feuerwehrlente von Bologna mir in dem Grenzkontroll-Lokal ein Lager hergerichtet. Obwohl das Lokal in den ersten Tagen ein Leichendepot war, stellte es doch ein Vorzugs-Lager dar, und mit Rücksicht darauf vertraute mir das Rote Kreuz ein tuberkulöses Kind an, das man von den anderen Kranken trennen will. Als der Kleine — ein elendes Geschöpf, dem der Tod eine Wohltat gewesen wäre — installiert ist, gehe ich in das Rote Kreuz, um chirurgische Instrumente abzuholen, die mir ein Genosse in Neapel gegeben hatte und an denen großer Mangel ist.

Man führte mich durch die Räume, in denen die Verwundeten liegen: wachsbleich mit den trockenen starren Augen. Es ist 10 Uhr abends. Da auf einmal geschieht es: ein neuer starker Erdstoß. Der Boden sittert uns unter den Füßen.

und schwanke schließlich, er bebt. Kalt fällt mir auf den Kopf. Und durch mein Gehirn zuckt es: Jetzt kommt die Reihe an dich! Und noch blitzartig schnell ein Gedanke an die fernen Meinen. Wir steigen hinaus: Berge, Hügel, alle, die sich rühren können, fort aus den Mauern, aus Meer, in Sicherheit. Es ist staudunfel. Wir rufen um Licht. Der Panger „Regina Elena“ wendet seine Scheinwerfer auf uns, und so bringt man die Verwundeten an den Strand. Das einstöckige Gebäude hat eine handbreite Spalte, eine Vorderfront ist eingestürzt. Die Schrägen in der inneren Stadt lassen sich nicht übersehen — sie verschwinden in dem großen Meer der Verwüstung. — Und ich habe noch stundenlang das Gefühl, als zittere der Boden unter meinen Füßen.

Ich habe mit dem mir anvertrauten Kinde am Strande kampiert, unter einem großen Schrank, 5 Meter vom Meere, 50 Meter von dem brennenden Palaste der Banca d'Italia, dessen Feuergeraden die Nacht erleuchteten. Um mich herum lagern die Veragleri. Das frange Kind wird immer kälter, die wenigen Decken reichen nicht aus, es vor der Kälte des Bodens und vor dem Winde zu schützen. Ich bitte, daß man es an Bord eines der Kriegsschiffe unterbringt. Da nahm es die „Regina Elena“, wo die Königin ein Hospital eingerichtet hat. Und da hat man auch mir hilfsbereit eine Kabine eingeräumt, so daß ich den Rest der Nacht an Bord verbringen kann und nur dumpf im Schlafe die neuen Erdstöße gewahr werde, die das Riesenschiff erschüttern und weitere Verwüstung zur Verwüstung des Meeres Erbe hinzufügen, das wohl die größte Summe Menschenleids einschließt, die so wenig Raum lassen kann.

Von dem Rettungswerk werde ich ein andermal schreiben: von den Wunderthaten der russischen Matrosen, der unendlichen Menge von Heldeninnen, die die Schreden der Stunde ausgeht haben. Italiener, Deutsche, Engländer, alle tun ihr Bestes, tun mehr als ihre Pflicht. In ruhiger Stunde, wenn nicht soviel Anforderungen an jeden einzelnen gestellt werden, der eine Wunde waschen, eine Hand verbinden kann, werde ich von ihnen schreiben. Diese zusammenhanglosen Zeilen, die auf einem Schrank am Meere geschrieben werden, während man gerade vor mir die Leichen in Boote lud, sollen sich nicht an die Aufgabe heranwagen, all das gewaltig Große zu schildern, das durch dieses Ereignis gehoben worden ist. Heute kann ich nichts fühlen als die Kleinheit und Ohnmacht des Menschen und die ungeheure blinde Macht der Natur, die für uns teuflische Völsheit ist und jetzt ihre Sonne lachen läßt über einer Welt unermeßlicher Dual.

Messina, 8. Januar. Gestern wurden wieder einige Personen aus den Trümmern herbeigezogen. Sie waren alle noch am Leben, jedoch wahnhaftig geworden. In Calabrien mangelt es an Transportmitteln zur Begleichung der Trümmer. Heute wird mit dem Luxuszug die Berliner Hilfskommission erwartet; sie wird wahrscheinlich nach Palmi, wo die Hilfe am nötigsten ist, beordert werden.

Der ungeheure Menschenandrang durch das Erdbeben scheint den italienischen Militärbehörden noch nicht zu genügen: nach wie vor lassen sie niederknallen, was den Soldaten an „Marodeuren“ vor die Hinte kommt. Ein Telegramm meldet:

Paris, 8. Januar. „Echo de Paris“ berichtet aus Messina: Soldaten haben gestern damit begonnen, die Trümmer der Stadt mit Stahl zu begießen. Diese Arbeit wird acht Tage in Anspruch nehmen. Patrouillen durchziehen die Straßen und erschließen jeden, der sich ohne Erlaubnis in den Ruinen aufhält. Gestern wurden 90 Plünderer erschossen. Die Zivilstandsregister wurden nunmehr aufgefunden, und es dürfte damit die Möglichkeit gegeben sein, die genaue Zahl der Opfer festzustellen.

Die neuen Erdstöße.

Reggio, 8. Januar. Während der ganzen Nacht dauerten die Erdstöße fort, die teilweise von starkem unterirdischen Getöse begleitet waren. Einige Gebäude, die noch nicht vollständig zerstört waren, erlitten neue Beschädigungen. Die Wiederherstellungsarbeiten an der Eisenbahnlinie werden eifrig fortgesetzt. Auch aus Brancalona, Catanzaro, Monteleone und Palmi werden heftige Erdbeben gemeldet, durch die die Bevölkerung beunruhigt wurde.

Der Direktor des Meteorologischen Observatoriums stellte fest, daß auf den der Küste parallel laufenden Höhen um Messina sehr große Erdspalten sich gebildet hätten.

Die Deputiertenkammer.

Rom, 8. Januar. Der Saal und die Tribünen waren überfüllt; alle Minister und alle hervorragenden Parlamentarier waren anwesend. Der Präsident hielt stehend eine Ansprache, in der er auf das Erdbeben hinwies und unter Beifall aller Abgeordneten, die sich gleichfalls von ihren Sitzen erhoben hatten, der Staatspräsident der ausländischen Hilfsabteilungen, der italienischen und fremden Soldaten und Matrosen, welche sich mit Italien in der Trauer vereinigt hätten, gedachte. Der Beifall erneuerte sich, als der Präsident sagte: Messina und Reggio werden wieder aufzuerstehen. Ministerpräsident Giolitti erklärte ebenfalls unter fortwährendem Beifall, Messina und Reggio würden sich wieder erheben; er entbot seinen Gruß allen fremden Nationen und legte einen Gesetzentwurf betreffend Maßnahmen zugunsten der unglücklichen Provinzen vor. Giolitti bejauerte die Erhöhung der Steuer während der Dauer von 2 Jahren, sowie die Bewilligung von 80 Millionen Liras zum Wiederaufbau der zerstörten Gebäude. Die Kammer sprach den Wunsch aus, daß die Städte Messina und Reggio wieder aufgebaut werden mögen. Der folgende Redner war der Abgeordnete De Felice, seine Rede rief lebhafteste Bewegung hervor. Er bejauerte ebenfalls mit ergreifenden Worten die Notwendigkeit, die zahlreichen verwüsteten Ortschaften, speziell Messina, wieder aufzubauen. Der Präsident ernannte eine Kommission, die morgen über den Gesetzentwurf Bericht erstatten wird. Die Sitzung wurde darauf geschlossen.

Die letzten Depeschen.

New York, 8. Januar. Als gestern hier eingetroffene 400 Zigaretten von dem durchwühlbaren Ängst, das ihre Heimat betreffen hat, erfahren, weinten und lärmten sie. Einige Frauen fielen in Ohnmacht. Verschiedene beschloßen, sofort wieder umzukehren.

Konstantinopel, 8. Januar. Der gestrige Ministerrat beschloß, heute 200 000 Franc für die von der Erdbebenkatastrophe in Sizilien Betroffenen à Conto der öffentlichen Sammlung abzurufen, welche von der höchsten Stadipräksure in der ganzen Türkei veranstaltet wird. Wenn das Ergebnis die obige Summe nicht erreichen sollte, wird der Rest von der Regierung gedeckt werden.

Das sächsische Wahlrecht fertig!

Wie der „Vorwärts“ gestern schon auf Grund einer telegraphischen Meldung mitteilen konnte, ist in Sachsen zwischen der Wahlrechtsdeputation der Ersten Kammer — die den Wahlgesetzentwurf des Dreiklassenhauses, die sogenannte Eventualvorlage, wonach eine privilegierte Klasse von Besitzenden, Hausbesitzer und Pächtern 4 Stimmen erhalten sollte, während das arbeitende Volk mit einer Stimme abgefunden wurde, abgelehnt hatte — ein neues Kompromiß zustande gekommen, das die Grundlage

des neuen sächsischen Wahlrechts werden wird. In Gestalt eines Pluralwahlrechts mit drei Zustimmungen, die auf Grund der Selbstständigkeit, Anfähigkeit, Vorbildung, feste Anstellung, Einkommens und Alters zuertheilt werden soll, soll und wird es besch werden!

Diese Abmachung, von der ja erst die Grundzüge bekannt gegeben worden sind, und auch diese noch unvollständig, entspricht in fast allen Punkten dem früheren Kompromiß, um das sich die Verhandlungen der Wahlrechtsdeputation der Zweiten Kammer wochenlang gedreht haben. Alles was gegen dieses früher gefogt wurde, läßt sich auch gegen die neuen Vereinbarungen geltend machen. Allerdings, die für die Wirkung eines Pluralwahlrechts wichtige Abgrenzung der Merkmale für die Erteilung der Zustimmungen hält man noch geheim. Es soll darüber auch in den nächsten Tagen noch nichts verraten werden. Von der Ersten Kammer ist aber alles andere eher als eine für die Arbeiterklasse günstige Abgrenzung dieser Merkmale zu erwarten. Durch das erste Kompromiß schloß man bekanntlich bei der Anfähigkeit alle Arbeiter, die ein Hauschen besaßen, von dem Anspruch auf eine Zustimmungsstimme dadurch aus, daß nur Wohnhäuser mit 120 Steuerereinheiten zu einer Pluralstimme berechtigten. Die Einkommensstimme kam nur Wahlsberechtigten mit 2000 M. Einkommen zugute, das natürlich kein Arbeiter anweisen kann; die Altersstimme wurde so hoch festgelegt, daß die meisten Arbeiter längst gestorben sind. So operierten hauptsächlich die Konservativen der Zweiten Kammer, um, wie Diph offen sagte, zu erreichen, daß die Zustimmungsstimmen nur nationalen Elementen zugute kommen sollten. Daß die Wahlrechtsdeputation des sächsischen Oberhauses ähnlich verfahren wird, daran ist kaum zu zweifeln, denn auch nach Ansicht der Partei ist es der Hauptzweck des neuen Wahlgesetzes, Dämme gegen die Überflutung der Kammer durch die Sozialdemokratie zu schaffen!

Von dem Vierstimmensystem der Zweiten Kammer weicht das neue Wahlrecht auch insofern ab, als die Verhältniswahl für die großen Städte fallen gelassen worden ist. Das ist ein Erfolg der nationalliberalen Bemühungen, die von einer Verhältniswahl in den Großstädten deshalb nichts wissen wollten, weil sie glaubten, dadurch einige ihrer großstädtischen Siege an die Sozialdemokratie zu verlieren. Die Verhältniswahl eröffnete aber der Arbeiterklasse die einzige Möglichkeit, einige Vertreter in den Landtag zu entsenden. Jetzt ist auch dieser Weg versperrt! Es wird nun der sächsische Sozialdemokratie kaum möglich sein, einige Vertreter in den Landtag zu entsenden, denn auch in von Arbeiterwählern beherrschten Wahlkreisen werden uns die Zustimmungsstimmen der Gegner erdrücken. Die Hauptmacher des neuen Kompromisses behaupten allerdings, die Sozialdemokratie könnte auf mindestens zehn Sitze rechnen, aber dieser Rechnung fehlt alle Wahrscheinlichkeit. Die sächsische Arbeiterklasse muß vielmehr damit rechnen, durch das Pluralwahlrecht schlimmer denn je entrechtet zu werden.

Der mit agrarischer Hilfe zustande gekommene Wahlkreisentwurf des Geheimrats Heintz ist zwar begraben worden, damit ist aber nichts gebessert worden. Es soll jetzt die alte Wahlkreiseinteilung samt der Unterscheidung in ländliche und städtische Wahlkreise aufrecht erhalten bleiben, nur will man die Wahlkreise in den drei großen Städten um je drei vermindern und außerdem noch drei neue Wahlkreise bilden. Die Aufrechterhaltung des alten Wahlkreisrechts bedeutet eine Konzession an die Agrarier.

Sonderbar ist das Verhalten der sächsischen Regierung in dem Wahlrechtsgegerre. Im November vorigen Jahres erklärte sie noch feierlich durch den Grafen Hohenthal, niemals in ein abgestuftes Pluralwahlrecht willigen zu können und auf der Verhältniswahl für die Großstädte unter allen Umständen bestehen zu müssen, jetzt hat sie ihren Widerspruch und ihre Forderungen glatt aufgegeben und der neuen Abmachung bereits ihre Zustimmung erteilt! Das ist ein Vorfall so blamabler Art, den eine andere Regierung in einem andern Lande nicht überleben würde.

Das neue Wahlrechtskompromiß ist unter Konzessionen an beide bürgerliche Interessengruppen, die Nationalliberalen und die Konservativen, zustande gekommen. Erstere haben das abgestufte Wahlrecht erhalten, gleichzeitig hat man ihren Interessen die Verhältniswahl geopfert; die Agrarier behalten dagegen ihre alte, auf eine unerhörte Bevorzugung des plattländischen Landes zugeschnittene Wahlkreiseinteilung. Nur die Arbeiterklasse geht wieder leer dabei aus! Auch das neue Wahlsystem ist ein solches gegen die Arbeiterklasse, auch durch die letzten Abmachungen wird ein Wahlrecht geschaffen. Daß sich die entrechteten Massen das nicht ruhig gefallen lassen werden, ist selbstverständlich. Für das entrechtete wertvolle Volk kann diese neue Phase im Wahlrechtsleben nur ein neuer Ansporn zum Kampfe ums allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht, zu einem Aufstand gegen die Wahlrechtsreaktion im Landtage sein!

Reichsverbandserfolge im Jahre 1908.

Die Geschäftsleitung des unter der genialen Direktion des verstorbenen Kolonialgouverneurs General v. Liebert stehenden Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie befolgt den geschäftsmäßigen Brauch, regelmäßig nach Ablauf eines Kalenderjahres den Gönnern und Geldgebern des Reichsverbandes eine Uebersicht über die gewaltigen Erfolge der politischen Arbeit der Verbandsgemeinschaften zu übersenden und in einem dieser Selbstbeweihräucherungen beigelegten Brief um weitere Munition zur gründlichen und völligen Vernichtung der Sozialdemokratie zu bitten.

Auch in diesem Jahre hat die Geschäftsstelle des Reichsverbandes diese schöne Praxis befolgt. Zwar sehr viel Ruhmendwertes vermag die Zeitung des Verbandes über ihre gegenwärtige Tätigkeit im Dienste des „teueren Vaterlandes“ nicht zu berichten. Wie für das deutsche Wirtschaftsleben war auch für den Reichsverband das Jahr 1908 ein Reifejahr. Verschiedene der vaterländischen Kapazitäten des Reichsverbandes wurden als Reichsmoralisten und -moralisten ertrapt und zu kürzeren und längeren Gefängnisstrafen verurteilt. Auch schritten dort, wo die Agitatoren des Reichsverbandes zur Unterstützung bürgerlicher Wahlkandidaturen herbeizogen, die betreffenden Parteien meist recht schlecht ab, während die Sozialdemokratie — besonders bei den preussischen Landtagswahlen — namhafte Wahlerfolge erzielte. Doch anders, als in normalen Köpfen, malt sich in den Köpfen der Reichsverbandesstrategen die Welt — und so setzen sie mit der ihnen eigenen Bescheidenheit in ihren Niederlagen nichts als glänzende Erfolge.

So heißt es z. B. in dem neuen Jahresbericht mit bekannter Renommisterei:

„Die Organisations- und Agitationsfähigkeit der Geschäftsstellen des Reichsverbandes ist auch im verstorbenen Jahre nachhaltig gewesen. Das ergibt sich daraus, daß 1908 durch die vorhandenen Geschäftsstellen allein an 100 Ortsgruppen mit rund 6000 neuen Mitgliedern ins Leben gerufen worden sind. Ferner sind durch die Generalsekretäre und Redner des Reichsverbandes im Jahre 1908 insgesamt 726 Versammlungen abgehalten worden gegenüber 600 Versammlungen im Jahre 1907.“

Vor eine neue Aufgabe haben die preussischen Landtagswahlen den Reichsverband in Zukunft gestellt. Zwar war von vornherein damit zu rechnen, daß die Vermehrung der preussischen Landtagswahlkreise in Berlin und einigen Industriezentren die Gefahr sozialdemokratischer Siege auch bei den Landtagswahlen nicht ausschloß. Auch die neue Bestimmung des preussischen Einkommensteuergesetzes, wonach der Arbeitgeber verpflichtet ist, die Einkommen seiner Arbeitnehmer der Steuerbehörde zu unterbreiten, mußte naturgemäß einer großen Anzahl sozialdemokratisch gesinnter Arbeiter für die preussischen Landtagswahlen eine erhöhte Bedeutung bringen. Immerhin konnte man sich mit der Hoffnung tragen, daß bei vollster Einigkeit der bürgerlichen Parteien es auch diesmal noch möglich sein werde, den Ansturm der Sozialdemokratie auf das preussische Abgeordnetenhaus abzuwehren. Aber leider hat es an dieser Einigkeit vielfach gefehlt, und da zudem die Sozialdemokratie ein selbst bei ihr bis dahin unerhörtes Terrorismus auf die Wahlberechtigten ausübte, hatten die preussischen Landtagswahlen schließlich die Wahl von sieben Sozialdemokraten zur Folge, freilich ein erheblich geringerer Erfolg, als die Sozialdemokraten erwartet hatten. Immerhin hat der Einzug dieser sieben Sozialdemokraten in den preussischen Landtag wieder einmal den Beweis geliefert, wie nötig die Existenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie ist. Und dieser hat sich denn auch sofort beeilt, die notwendigen Lehren aus dem preussischen Landtagswahlkampf zu ziehen, indem er beschloß, nunmehr seine Organisation nicht bloß mit Rücksicht auf die allgemeinen Reichstagswahlen, sondern auch auf die preussischen Landtagswahlen auszugestalten und seine Arbeit so einzurichten, daß er in Zukunft auch bei den preussischen Landtagswahlen eine ebenso nachhaltige Tätigkeit werde entfalten können, als dies bei den Reichstagswahlen von 1907 der Fall gewesen ist.

Wie die Sozialdemokratie jede, auch die bedeutungsloseste Wahl als Geschäftsleitung für den entscheidenden Schlag bei den Reichstagswahlen ansieht, so muß auch der Reichsverband mehr und mehr sein Augenmerk darauf richten, nicht nur bei den politischen Wahlen, sondern auch bei Stadtverordneten-, Stenografen-, Gewerbeberichterwahlen usw. der Sozialdemokratie entgegenzuarbeiten, wo immer örtliche Verhältnisse eine Beteiligung des Reichsverbandes an derartigen Wahlen gestatten. Auch im Jahre 1908 hatte der Reichsverband bereits mehrfach Gelegenheit, seine Truppen bei derartigen Wahlen ins Treffen zu führen, ohne daß er es nötig hatte, sich als solcher an den Wahlen selbst zu beteiligen.“

Daß seine Truppen bei diesen Gelegenheiten irgendwelche Erfolge erzielt haben, vermag die Geschäftsleitung nicht zu berichten. Um so nachdrücklicher hebt sie hervor, daß sie die steigenden Rednerschulen vermehrt, einen Ausbildungskursus für Lehrer eingerichtet, Vortragsreisen und Lichtbildervorträge veranstaltet und eine Masse von Flugblättern und Broschüren hinausgeworfen hat — gemäß dem Prinzip, daß die Quantität die Qualität ersetzen muß.

Als ganz besonderen Erfolg führt der Bericht noch auf, daß der Reichsverband in 22 Fällen sozialdemokratische Redakteure wegen Beleidigung verklagt hat, und diese insgesamt zu 2760 Mark Geldstrafe verurteilt worden sind. Wenn der Verband nichts anderes erreicht hat, so hat er also wenigstens dem Staat zu beinahe 3000 Mark verholfen. Sicherlich auch ein Erfolg.

Doch der ganze Bericht ist nur Mittel zum Zweck — und dieser erhabene Zweck ist das Geldhaben. Der Brief fordert denn auch dringend auf, die Reichsverbandeskasse durch möglichst große und zahlreiche Geldsendungen zu erfreuen:

„Es ist daher an der Zeit, auch die staatsverhaltenden Kreise daran zu erinnern, daß es einer großen und in allen Orten des Deutschen Reiches vertretenen Organisation, wie es der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ ist, bedarf, um der Sozialdemokratie wirksam entgegenzutreten zu können. Es sollte daher jeder, den das Wohl unseres Vaterlandes etwas gilt, es für eine nationale Pflicht betrachten, den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie auch finanziell zu unterstützen.“

Also Geld, Geld und nochmals Geld! Das Vaterland, das teure, fordert es! Und die Dummen werden nicht alle.

Clemenceaus Wille zum Leben.

Paris, 6. Januar. (Fig. Ber.)

Einige Oppositionsblätter haben wieder einmal über Unstimmigkeiten im Ministerium gemunkelt, die ein Vorbild zur Krise bilden sollten. Es handelte sich angeblich um Meinungsverschiedenheiten zwischen Clemenceau und Briand über die Anwendung der unlängst von der Kammer neu gewährten Todesstrafe. Briand, hieß es, sei bereit, Köpfe zu lassen, Clemenceau dagegen wolle seine alte Gegnerhaft gegen die Todesstrafe unbeugsam auf neue Bewähren und heroisch die hoffnungslose Vertrauensfrage stellen. Dahinter aber stecke ein schlauer Trick Clemenceaus, der angesichts der Verbrossenheit der Wunden für eine Zeit verschwinden wolle, um dann wieder aufzuerstehen und die nächsten Kammerwahlen zu machen. Zu diesem Kniff wolle er sich nun der Frage der Todesstrafe bedienen, die nicht politischer Natur sei, ihn daher nicht unmöglich mache und ihm obendrein die Gelegenheit gebe, sich „in Schönheit“ tot zu stellen. Briand indes könne dieser Plan nicht in den Strom lassen. Denn worauf er spekuliere, sei eben die Nachfolge Clemenceaus und diese sei ihm verwehrt, wenn er als Justizminister über die Todesstrafe falle.

Diese Darstellung gibt wohl die Situation und innere Verfassung des Ministeriums mit seinen persönlichen Gegensätzen im ganzen richtig wieder, indes hat man keinen Grund, an den offiziellen Versicherungen zu zweifeln, daß sich diese Gegenstände nicht so dramatisch zugespielt hätten. Wenn Herr Briand die Krise nicht über eine Frage seines Ressorts ausbrechen sehen will, so scheint Clemenceau der Ansicht zuzuneigen, daß das beste überhaupt keine Krise sei und daß dem seit einiger Zeit heftig störenden Kampfen der „Tlumpen“ bei den Senatswahlen vielmehr einiges Del zugegossen habe. In der Frage der Todesstrafe scheint ein ehrenvoller Ausgleich bevorzustehen. Man wird guillotiniere, aber „mit Wohl“. Fallières soll schon für diese salomonische Lösung gewonnen sein.

Mit welcher Behutsamkeit Clemenceau wie Briand die politische Niederlage vermeiden wollen, geht aus dem heutigen Beschluß des Ministerrats hervor, die Amnestie für die noch in Haft gehaltenen Demonstranten von Draveil zu beantragen. Welche Wandlung zwischen Weisheit und Dreißigkeitstag! Was dort noch ein Angriff gegen die gesellschaftliche Ordnung schien, dem sich der Ministerpräsident mit der Vertrauensfrage entgegenwärtete, ist nun ein Interesse des Bürgerfriedens geworden. Ein ungenierteres Possenspiel ist wohl noch nicht aufgeführt worden. Eines der Motive dieser Meinungsänderung soll die Änderung der Situation nach den Senatswahlen sein. Aber diese Wahlen haben im ganzen Lande nicht eine Flaumfeder von der Stelle gerückt. In Wahrheit ist die einzige Ursache des heutigen Beschlusses der Umstand, daß die Regierung, wie sich nachträglich bei der Nichtabstimmung herausgestellt hat, in der Widerbarkeit geblieben war. Da die Sozialisten über diese höchst merkwürdige Abstimmung eine Interpretation angemeldet haben, konnte das Ministerium, wenn es bei seiner Gegnerhaft beharrte, dem Sturz kaum entgehen. Clemenceau emischloß sich also rasch, das ihm erteilte Vertrauensvotum, als wäre nichts passiert, hinunterzuschlucken und die eskamotierte Amnestie mit

Atter Neue aus der Tasche zu ziehen. Diese Taktik ist vielleicht nicht besonders ehrenvoll, aber gesund.

Das Proletariat wird natürlich die Befreiten Opfer der Klassenjustiz freudig begrüßen. Es wird aber nicht übersehen, daß ihre Freilassung ebenso ein politischer Geschäftsschritt ist wie ihre Entlassung. Den Kapitalisten zu Liebe hat die Regierung der sinnlosen Schlächtere von Willenau die willkürliche Verhaftung der Gewerkschaftsführer und etlicher als „Aufseher“ demagogischer armer Zeusel angeordnet. Die Gewerkschaftsführer mußten drei Monate in Haft sitzen, bis der Staatsanwalt seine völlige Ohnmacht, eine Anklage gegen sie zurecht zu zimmern, nicht mehr verbergen konnte. Die anderen hielt man gar fünf Monate in ihrer allen Geistesbestimmungen hochsprechenden Haft. Und nun kommen auch sie frei — weil der Ministerpräsident der Kammeropposition ein Lösegeld zu zahlen hat. Man verhaftet und enthaftet, wenn es der Regierung paßt, und das ordentliche Gerichtsverfahren wird so in politischen Dingen ganz überflüssig. Die Einrichtungen des ancien régime kommen in der kapitalistischen Klassensittlichkeit wieder zu Ehren und so war es nur eine große Voreiligkeit von den Pariser, die Postüle zu zerstören.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Januar 1900.

Mehr Soldaten!

Die „Tägliche Rundschau“ bemerkt zu dem Artikel Schlieffens, resp. der Neujahtsansprache Wilhelms II.:

„Aber wie möchten wir einmal darauf zurückkommen, daß der Schwerpunkt des Artikels nicht in der Bestimmung und Voraussetzung bestimmter politischer Ereignisse, sondern in der Abwägung der militärischen Momente liegt, die sich aus der Neuzeichnung der politischen Lage ergeben. Der Artikel will weiteren Kreisen klarmachen, worauf wir gefaßt sein müssen, soweit die militärische Macht Deutschlands in Frage kommt.“

Die Stimmungsmache für eine neue Heeresvergrößerung war also der Hauptzweck der Uebung! Da ist es interessant, einen Vergleich zwischen den Rüstungen der verschiedenen europäischen Staaten zu ziehen. Nach einer Zusammenstellung Dr. Pienges in der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“, verhielten sich die Rüstungen während der Periode 1893—1900 in ihrem Wachstum folgendermaßen zu einander:

	Heeres-	Flotten-	Essentielle	Zu-
	ausgaben	ausgaben	Schuld	sammen
Italien	95,2	126,0	100,5	101,8 %
Frankreich	110,6	128,3	94,0	103,4 „
Oesterreich-Ungarn	144,6	228,0	123,0	133,6 „
Rußland	153,6	208,6	125,4	147,1 „
Großbritannien	154,3	220,7	113,1	152,7 „
Deutschland	127,0	328,2	195,7	154,8 „

Die deutschen Rüstungen haben also die bei weitem stärksten Steigerungen erfahren! Und trotzdem soll immer toller drauflos gerästet werden!

Und dann beklagt man sich noch über das Mißtrauen des Auslandes! —

Theodor Barth über die „positive Arbeit“.

Der Führer der „Demokratischen Vereinigung“ erteilt dem Blockfreisinn im neuesten „Waubuch“ eine Lektion über politische Taktik, die auch von gewissen anderen Leuten beherzigt zu werden verdient. Er sagt:

„Eine andere Kategorie positiver Erfolge bezieht sich auf die gesetzgeberischen Ernten. An einer Mehrheit beteiligt gewesen zu sein, durch die ein Gesetz zustande gebracht worden ist, erscheint vielen positiven Politikern als eine verdienstvolle Handlung. Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft ist von dem Gedanken der Verdienstlichkeit einer derartigen positiven Mitarbeit gegenwärtig ganz besonders stark erfüllt. Sie will dabei sein, wenn im Parlament etwas zustande kommt. Sie will weder einen Grund noch einen Vorwand bieten, sich bei der Mehrheitsbildung auszuscheiden zu lassen. Deshalb nimmt sie schließlich, wie beim Vereinigensein, auch Bestimmungen mit in den Kauf, die den wichtigsten Grundsätzen ihres Parteiprogramms zuwiderlaufen. Die Strafe von der positiven Mitarbeit ist es auch, unter deren Banner der Blockfreisinn für die Hilfeleistung bei dem Zustandekommen einer Reichsfinanzreform gewonnen werden soll, die sich auf agrarisch-reaktionären Gleisen bewegt.“

Gegenüber dieser Ueberschätzung der sogenannten positiven Mitarbeit erscheint es angezeigt, einmal wieder unumwunden das Recht der Negation zu präzisieren und auf die Bedeutung einer kraftvollen und überzeugungstreuen Opposition für die gesunde Entwicklung des politischen Lebens hinzuweisen. Unsere politische Arbeit ist nicht zum wenigsten aus der Uebung zu erklären, daß der Liberalismus seine oppositionellen Pflichten so mangelhaft erfüllt. Die Blockpolitik hat die Oppositionskraft des Freisinnigen lahmgelegt. Wo immer er sich gegen die Regierung wendet, nimmt heute niemand seine Vorstöße mehr ernst. Man kann eben nicht gleichzeitig mit einer Regierung verbunden sein und mit ihr im Kampfe liegen, ohne daß dieser Kampf zu einem bloßen Scheuchrecken wird.

So erscheint der Liberalismus in unseren Parlamenten immer weniger als eine selbstbewußte Partei, die sich mit großen Zielen, sondern nur als eine liberale Spielart in einer Koalition konservativer Regierungsparteien. Zur Vertretung der demokratischen Staatsidee erweist er sich immer weniger qualifiziert. Auf der Jagd nach den kleinen positiven Erfolgen ist ihm der Blick für die wesentlichen Aufgaben des Liberalismus immer mehr getrübt worden. Der Freisinn will nicht mehr erobern, sondern nur geduldet werden, will nicht mehr bestimmen, sondern nur noch mitmachen. Dem gegenüber kann nicht nachdrücklich genug darauf hingewiesen werden, daß es in der Politik fruchtbarer ist, große Ziele energisch zu verfolgen, als kleine Ziele zu erreichen. Politik ist eben ein drei Viertel Erziehung der öffentlichen Meinung. Dem klar erkennbaren Willen der öffentlichen Meinung kann auch bei uns in Deutschland keine Regierung und keine noch so reaktionäre Parlamentariermehrheit auf die Dauer standhalten.“

Wir glauben nicht, daß sich ein irgend nennenswerter Teil des liberalen Bürgertums noch zu einer Politik ernstlicher Negation und großer Ziele aufzurufen vermag. Um so notwendiger ist es daher, daß wenigstens das Proletariat sich nicht ebenfalls von der schwächlichen Illusion scheinbar „positiver Mitarbeit“ ankränkeln läßt, die in Wirklichkeit die Kräfte an wahrhaft positiven Erfolgen verliert! —

Die Steuerpolitik des Zentrums.

In einer Zentrumsversammlung zu Neustadt a. S. hat sich Dr. M. Pfeiffer, der Zentrumsabgeordnete für den vierten oberfränkischen Reichstagswahlkreis (Aronach), über die Stellung des Zentrums zu den Eydowischen Steuerentwürfen geäußert. Steht auch noch nicht fest, wie schließlich das Zentrum stimmen wird, so kennt doch Herr Pfeiffer zweifellos die Meinungen und Stimmungen seiner Fraktionskollegen; seine Äußerung hat also immerhin einen bestimmten Wert. Er erklärte nach dem „Frank. Kur.“, das Zentrum werde von den 500 Millionen nur 300 Millionen beizulassen. Die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Eltern werde nicht angenommen. Die Einkommensteuer könne als abgetan gelten. Das Bier dürfe als Abgabekategorie nicht so sehr besteuert werden. Beim Tabak

dürfe nur der Zehnte auf ausländische Ware erhöht werden. Statt eines Branntweinmonopols werde eine Branntweinfabriksteuer befürwortet. Die Inzerten- und Melassesteuer würde das Zeitungswesen allzusehr schädigen. Absolut nicht zu haben sei das Zentrum für die Gas- und Elektrizitätssteuer.

Danach lehnt das Zentrum alle vorgeschlagenen Steuern ab bis auf die neue Verbrauchssteuer, die Erhöhung des Tabakzolls und die Branntweinfabriksteuer. Es beabsichtigt also die vorgeschlagene weitere Belastung der Lebens- und Genussmittel der großen Masse zu bewilligen, dagegen aber die vornehmlich die besserstehenden Schichten treffende Einkommen-, Gas- und Elektrizitätssteuer sowie den Hauptteil der Nachschußsteuer abzulehnen. Durchaus kennzeichnend für den Charakter des Zentrums als Volkspartei. —

Der Zentralverband deutscher Industrieller.

In der Zeitung des Zentralverbandes deutscher Industrieller sind einige Aenderungen eingetreten. Herr Richard v. Soppellus hat, wie die „Post“ berichtet, wegen vorgerückten Alters und unbesriedigenden Zustandes seiner Gesundheit den Vorsitz im Direktorium des Zentralverbandes deutscher Industrieller niedergelegt, wird jedoch seinen Platz im Direktorium beibehalten. Zum Vorsitzenden wurde der bisherige erste Stellvertreter, Landrat Küger, Vorsitzender des Direktoriums der Aktiengesellschaft Friedr. Krupp in Essen gewählt, zum ersten Stellvertreter Ratrat Dr. Ing. v. Kieppel, Generaldirektor der Vereinigten Maschinenfabrik Augsburg und Maschinenbaugesellschaft Nürnberg in Nürnberg.

Die Arbeitslosigkeit.

Die Stadtverordnetenversammlung in Chemnitz hatte sich am Donnerstag mit der Eingabe des Gewerkschaftsartikels über die Arbeitslosigkeit zu beschäftigen. Das Gewerkschaftsartikell hatte schon einmal, am 10. Dezember vorigen Jahres gefordert: 1. Vornahme einer Arbeitslosenvermittlung nach Kölner Muster; 2. Erleichterung in kommunalen Verpflichtungen für die Arbeitslosen, ohne daß Steuererläß usw. als Armenunterstützung gelten dürfen; 3. Vermehrung der Notstandsarbeiten; 4. Bereitstellung von Geldern zur Verteilung durch das Gewerkschaftsartikell an Arbeitslose.

Die Stadtverordnetenversammlung hat nun zwar eine Arbeitslosenvermittlung beschlossen, aber nicht nach Kölner Muster. Steuererleichterungen sollen auch gewährt und die Notstandsarbeiten vermehrt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß weiter: Wenn die Notstandsarbeiten plötzlich aufhören sollten, solle der Stadtrat den Arbeitslosen Unterstüßungen direkt, nicht durch die Gewerkschaften zulassen. Diese Unterstüßungen sollen nicht als Armenunterstüßungen gelten. — Zurzeit werden täglich 1500 M. an Lohn für Notstandsarbeiten ausgegeben. Von den 37 000 M. hierfür bis jetzt bewilligter Gelder sind bereits 27 000 M. ausgegeben.

Es werden täglich 600 Arbeiter mit Notstandsarbeiten für einen Lohn von 30 Pf. pro Stunde beschäftigt.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung soll erneut über Notstandsarbeiten beschließen. —

Der zufriedene Herr v. Bayer.

Dem „Demokraten“ v. Bayer hängt der Blochhimmel trotz aller dem Liberalismus applizierten Justitelle voller Geigen. Das beweist seine auf der Landesversammlung der württembergischen Volkspartei gehaltene Rede, die er jetzt im Stuttgarter „Neobäcker“ veröffentlicht. Die Reichsfinanzreform sieht ihm nur geringe Bedenken ein. Denn er will nur dann „nicht mitum“, wenn nicht „ein Teil der Steuern auf die leistungsfähigeren Schultern gelegt“ wird. Wie groß dieser Teil sein muß, darüber läßt er sich Herr v. Bayer vorläufig aus! — Das Reichsvereinsgesetz feiert der „Demokrat“ auch jetzt noch als liberale Errungenschaft! Die Hebergriffe der Polizei bereiten ihm wenig Schmerzen, denn der Reichstag werde ja demnächst „ein großes Gericht“ über diese mißbräuchliche Handhabung des Gesetzes halten. Wenn dann der Antrag auch nicht aufhört, glaubt doch die Freisinn-Demokratie ihre Hände in Unschuld waschen zu können. — Die Erklärungen Bethmann-Hollweg über die Anwendung des Sprachenparagrafen findet Herr v. Bayer zwar „nicht durchweg lokal“, aber er feiert gleichwohl den Staatssekretär als „liberalen“ Staatsmann! Er wünscht, man hätte künftig lauter Staatsmänner, „welche so vorurteilslos, so modern und so ehrlich an dem politischen Fortschritt weiterarbeiten“, wie Herr v. Bethmann-Hollweg!

Der Mann hat seinen Orden redlich verdient! —

Der Konflikt mit den Ovambo verschoben?

Die „Kreuz-Ztg.“ meldet, daß von der Errichtung von Residenturen in Ovamboland einstweilen Abstand genommen werden solle, weil — man die Truppen für die nächste Zeit noch zur Sicherung des übrigen Teiles des südwestafrikanischen Schutzgebietes braucht!

Die Errichtung einer Residentur in Ovamboland schließt, wenn es sich nicht um eine bloße Form, sondern um eine wenn auch noch geringe Ausübung von Hoheitsrechten handeln soll, die Gefahr von Konflikten nicht aus, und es wären zurzeit absolut keine Truppen vorhanden, um dem Ansinnen der Residenten den nötigen Nachdruck zu verleihen. Was aber der Ausbruch eines Ovamboaufstandes im gegenwärtigen Moment bei den bekannten kriegerischen Neigungen der Ovambo und den an der Ost- und Südgränze immerhin drohenden Gefahren auf sich hätte, braucht wohl nicht näher erörtert zu werden.“

Danach rechnet man also mit dem Ausbruch eines Ovambokrieges durch Errichtung der Residenturen! Und diesen Konflikt scheint man nur für den Augenblick; später will man es ruhig darauf ankommen lassen!

Die betrogene badische Regierung.

Unter diesem Titel beschäftigt sich die badische Tagespresse unserer Partei mit der in der Fachpresse erschienenen Mitteilung über die Ausnützung der Rheinstromkräfte durch das private Unternehmertum, die Aktiengesellschaft „Kraftübertragungswerke Rheinfelden“. Der badische Staat wurde in der Kammer, insbesondere von sozialdemokratischer Seite getadelt, daß er zu einer Ausnützungskonzeßion an das Privatkapital sich entschloß und dazu noch für lange Fristen, selbst bis neunzig Jahre. Minister Pfeiffer betonte damals, daß es nicht Sache des Staates sein könne, dieses Geschäft zu übernehmen und zu besorgen. Sein Nachfolger Dr. Schenkel glaubte die Sicherheit zu besitzen, daß die Regierung, welche sich bei Eintritt einer höheren als zehnprozentigen Verzinsung die Bergnützung billiger Kraftlieferung vertraglich vorbehielt, nicht getauscht werden könnte.

Nun erklärt die Zeitung „Information“, daß die Regierung von genannter Gesellschaft dadurch um ihren vertragmäßigen Gewinnanteil gebracht worden sei, daß sie die elektrische Kraft an zwei andere Werke, die Aluminiumindustrie und die elektrotechnischen Werke Rheinfelden, so billig abgab, daß ein Ueberschuß nicht mehr verbleibt, und indem zudem noch übermäßig große Abschreibungen gemacht werden. Selbstverständlich haben die Aktionäre der „Kraftübertragungswerke“ nur dann ein Interesse, anderen Gesellschaften den Strom billig zu liefern, wenn sie an deren Gewinn partizipieren oder wenn ihnen jene Werke vielmehr gleichfalls gehören.

Die „Vollstimme“ richtet an die Regierung die Frage: Was hat die Regierung getan, oder was gedrnt sie zu tun, um das Interesse des Staates und des badischen Stromabnehmers der Aktiengesellschaft „Kraftübertragungswerke Rheinfelden“ gegenüber zu wahren? Denn daß sie — ganz abgesehen von der materi-

ellen Seite — schon um ihres eigenen moralischen Ansehens willen sich von den Aktionären der Gesellschaft eine solche Verhöhnung nicht gefallen lassen darf, dürften unsere Minister doch auch einsehen.“

Bestialitäten schwarzer deutscher Kolonialsoldaten.

Wir berichteten bereits gestern nach dem „Leipziger Tageblatt“ über die skandalöse Brutalitätsakte, die sich in Kamerun schwarze Mannschaften der Schutztruppe gegenüber Eingeborenen hatten zuschulden kommen lassen. Das „Berliner Tageblatt“ teilt nun mit, daß ihm auf Anfrage beim Kolonialamt die Antwort geworden sei, daß der Bericht des Leipziger Blattes sowohl über die Brutalitäten der schwarzen Soldaten, als auch über die auffällig milde Bestrafung dieser Leute der Wahrheit entpfehle.

Das „Berliner Tageblatt“ meint, daß aus solch erbitternden Vorfällen leicht kriegerische Verwickelungen entstehen könnten. Nun, daran ist man doch in Kamerun längst gewöhnt, sind doch die Strafexpeditionen gerade in dieser Kolonie fast zahllos! Auch ist es ja in Kamerun nicht das erste Mal, daß man selbst bei Strafexpeditionen die schwarzen Mannschaften ohne Begleitung eines weißen Offiziers nach Herzogenlust haufen läßt!

Daß man die schwarzen Mißfäter so gelinde bestrafe, hatte also schon seine Ursachen! Man hat sie ja dadurch, daß man sie ohne Kontrolle auf ihre Kameraden losgelassen hat, an „schneidiges“ Vorgehen gewöhnt!

Berichtigung. Ein Herr Gerh. Cammann in Rees a./Rh. ersucht uns um Ausnahme folgender Zeilen:

In Nr. 4 des „Vorwärts“ vom 6. d. M. bringen Sie einen Verfassungsbericht über eine hier selbst am 27. Dezember stattgehabene Protestversammlung gegen eine weitere Belastung des Tabaks und bemerken einleitend: „Eine von Zentrumsseite einberufene Protestversammlung usw.“ Ich möchte hiermit feststellen, daß die Versammlung nicht von Zentrumsseite, sondern von Unterzeichneten als Tabakinteressenten einberufen wurde und zwar im Auftrage der im Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands organisierten Tabakarbeiter.

Kätungsvoll Gerh. Cammann.

Die Balkankrise.

Der Fall Milowanowitsch beigelegt.

Der serbische Ministerpräsident hat getan, was er tun mußte. Er hat den österreichischen Gesandten ermächtigt, in seinem Namen dem Wiener Kabinett zu erklären, daß seine Rede keinerlei aggressive Tendenz gegen Oesterreich-Ungarn gehabt habe. Er fügte hinzu, daß irgendeine beledende Absicht ihm fern gelegen habe, und daß er daher bedauere, wenn die Ausdrücke, deren er sich bedient habe, um den serbischen Standpunkt in der bosnischen Frage zu entwickeln, in Oesterreich-Ungarn so aufgefaßt worden sind, als ob sie von feindseligen Gefühlen gegenüber der Monarchie eingegeben worden wären. Schließlich hat Milowanowitsch seinen Anstand genommen, zu erklären, daß er die Kritik bezüglich innerer Fragen der Monarchie, die von einigen Rednern in der Stupschina geübt worden ist, als mit der internationalen Gepflogenheit in Widerspruch stehend ansehe und demgemäß mißbillige.

Diese Erklärungen befriedigen natürlich in Wien, obgleich man dort weiß, daß Milowanowitsch die Worte, die den Anlaß zu dem Schritte Oesterreichs gaben, tatsächlich gebraucht hat. Indes ist die Ablehnung der Worte eine Form der Zurücknahme, die im diplomatischen Verkehr häufig ist. Oesterreich kann deshalb zufrieden sein. Nun aber begehen die Serben über den Rückzug ihres Premieres aus und die Befürchtung läßt sich nicht abweisen, daß die Demütigung, die Herr v. Aehrenthal dem serbischen Minister aufzuerlegen für gut befunden hat, die überhitzten Gemüter zu neuen Dummheiten fortzuziehen wird.

Kreta.

Konstantinopel, 8. Januar. Die türkischen Blätter beschäftigen sich ohne Ausnahme mit der Kretafrage und erklären, daß die Ottomanen Kreta niemals aufgeben könnten. Die Frage könne durch keinen Kongreß geregelt werden und sollte die Insel den Türken gewaltsam weggenommen werden, so würde Blut fließen.

Oesterreich.

Das Attentat auf den galizischen Statthalter.

Lemberg, 7. Januar. Die Prüfung des Giftzustandes Sieghynski, welcher am 12. April vorigen Jahres einen Anschlag auf den Statthalter von Galizien, Grafen Potoki, verübte, ist nunmehr zum Abschluß gelangt. Die Richter gaben, der „Neuen Freien Presse“ zufolge, ihr Gutachten dahin ab, daß der Mörder weder zur Zeit der Verübung der Tat noch später geistesgestört war und daher für seine Handlungen verantwortlich gemacht werden könne. Die neuerliche Verhandlung findet im Februar vor dem Lemberger Schwurgericht statt.

Spanien.

Die Flottenschraube.

Wie dem Pariser „Matin“ aus Madrid berichtet wird, hat das Marineamt nunmehr den Bericht des Marine-Untersuchungsausschusses erhalten. Es heißt, der Bericht schlage vor, der englischen Flotta widers den Van von 1 Panzereschiffe zu übertragen.

England.

Gegen die Invasionsfürcht.

London, 8. Januar. Kriegsminister Haldane kam in einer Rede an eine Wählerversammlung zu Gullane (Distrikt East Lothians, Süd-Schottland) auf die Befürchtungen Lord Roberts zu sprechen, daß ein 200 000 Mann starkes deutsches Heer eine mögliche Invasion unternehmen könne, und erklärte, England besitze einschließlich der Reserve eine reguläre Armee von 220 000 Mann, die besser ausgebildet sei als irgend eine andere, könne binnen kurzer Zeit vier Divisionen mobil machen und verschiebe über Wasser, Vorräte und Kampfmittel, die zur Mobilisierung von sechs Divisionen oder mehr ausreichten. Es habe einschließlich seiner Territorialarmee 527 000 Mann in Bereitschaft, um einer Invasion begegnen zu können. Deshalb sei er wegen der Landesverteidigung in keiner Weise beunruhigt.

Rußland.

Die Massenhingerichtungen.

Aus Petersburg wird uns vom 6. Januar geschrieben: Die Massenhingerichtungen sind eine stehende Rubrik unserer Presse geworden. Heute sind nachfolgende Hingerichtungen und Todesurteile zu verzeichnen. Hingerichtet wurden: In Kiew zwei, in Jekaterinoslaw zwei, in Lodz fünf, in Pischnei-Kowgorod fünf Personen. Zum Tode verurteilt wurden: In Jekaterinoslaw sieben, in Charkow eine und in Jekaterinoslaw sieben Personen. Insgesamt wurden also am Berichtstage 12 Personen hingerichtet und 15 zum Tode verurteilt!

Türkei.

Ahmed Riza bei den Sozialisten.

Ahmed Riza Bey Präsident des türkischen Parlaments wurde, hat sich die europäische Presse beist, zu versichern, damit sei diese

verantwortungsvolle Stelle eingenommen von einem Manne, der sich bei allen europäischen Kabinetten eines ausgezeichneten Namens erfreut. Ahmed Niza hat vor der türkischen Revolution lange Jahre in Paris verweilt und war dort der Führer der jung-türkischen Agitation. Als solcher vertrat er auch, bei der ersten Friedenskonferenz im Haag die Interessen des türkischen Volkes seinen Bedrückern gegenüber zu vertreten. Er wurde scharf abgewiesen und bekam nicht einmal einen der versammelten Diplomaten zu sprechen. Mehr noch: die damalige holländische Regierung ließ ihm mitteilen, daß er bei Versuchen, seiner Sendung öffentlichen Nachdruck zu verleihen, als „lästiger Ausländer“ ausgewiesen sei. Vergebens suchte er dann den Saug mancher holländischer bürgerlicher Parlamentarier. Endlich nahm er seine Zuflucht zu unserem Genossen Van Kol und fand bei diesem naturgemäß ein offenes Ohr. Während die Polizei dem Ahmed Niza, als er eine Versammlung einzuberufen versuchte, sämtliche Lokale abgetrieben hat, betraf Van Kol eine Versammlung, in der Ahmed Niza eine ausdrucksvolle Rede über das türkische Sultanatregiment hielt. Ein freisinnig-demokratisches Kammermitglied, der jetzt verstorbene Dr. Kerdyk, der nach langem Zögern versprochen hatte, den Vorsitz zu führen, war in letzter Stunde doch nicht erschienen, und so sprach Ahmed Niza unter dem Vorsitz des Sozialdemokraten Van Kol vor einem Auditorium, das größtenteils aus Sozialdemokraten bestand. Auch Van Kol hielt eine Rede und wiederholte dabei die bekannte Gladston'sche Bezeichnung des Sultans als „Groß-Mörder“.

Die wütende türkische Regierung wußte darauf zu bewirken, daß Van Kol wegen Majestätsbeleidigung gerichtlich verfolgt wurde, doch blieb es bei einer Vernehmung. Ahmed Niza aber kehrte aus der Stätte der Friedenskonferenz zurück, ohne bei anderen als Sozialdemokraten Gehör gefunden zu haben. Und jetzt, nach zehn Jahre später, ist er Präsident des türkischen Parlaments und „erfreut sich bei allen europäischen Kabinetten eines ausgezeichneten Namens.“

Inruhen in Mesopotamien.

In Mossul sind aus lokalen Anlässen Inruhen ausgebrochen, die wohl, weil tiefere Gegensätze bestehen, ernstere Gestalt angenommen haben. Die Kämpfe spielten sich zwischen Militär und Bevölkerung ab. Eine gefährliche Meldung der Konstantinopoler „Geni-Gezette“ gibt kein klares Bild der Vorgänge. Die Anführer werden als Offiziere und Verbrecher bezeichnet. Aus der Bevölkerung wurden dem Blatte zufolge 30 Personen getötet und 40 verwundet. Die Situation scheint ernst zu sein, da der Kriegsminister das vierte Korpskommando beauftragt hat, fünf Bataillone nach Mossul zu senden.

China.

Eine japanische Intrigue.

Die Entlassung Huangschitais bekommt nach einer Meldung der Londoner „Times“ aus Peking ein etwas anderes Aussehen. Die Gesandtschaften konnten sich nicht über ein gemeinsames Vorgehen einigen und ein solches unterbleibt daher. Japan und Rußland haben dagegen opponiert, daß Vorstellungen wegen der Entlassung erhoben würden, namentlich Japan. Die letztere Nacht wird aus der Entlassung Huangschitais große Vorteile ziehen, da dieser der stärkste Gegner der mandchurischen Politik der Japaner war. Es ist bekannt, daß die japanischen militärischen Vertreter mit dem Kriegsminister Tsching, dem Vetter der Intrigue gegen Huangschitai, intim befreundet sind.

Amerika.

Die Korruption.

New York, 8. Januar. Präsident Roosevelt beschuldigt den Senator Tilsman der Beteiligung an Landstroluchereien. Die Spannung zwischen dem Präsidenten und dem Kongress wird immer größer. („Frft. Bg.“)

Gewerkschaftliches.

Der nackte Lebius.

Herr Lebius schämt im „Bund“ seiner Frau. Zwar kröstes ihn, daß die bürgerliche Presse von der Korruption der Gelben überhaupt keine Notiz nimmt. Aber das ist nur ein schwacher Trost. Für die Arbeiterklasse, die es aufzuklären gilt, hat die bürgerliche Presse nur noch eine geringe Bedeutung. Und wo hätte die bürgerliche Journalistik jemals im Kampfe gegen Korruption gegläntzt? Mit Genugtuung erfüllt Herr Lebius merkwürdigerweise die Stellungnahme der „Post“, der „Post“, deren Redaktionsgrautiere aus derselben Futterkrippe fressen, wie er selbst.

Wie wär's mit einem Dankbriefchen an Herrn Kronsbhein? —

Der Inhalt der veröffentlichten Briefe wird von Herrn Lebius übrigens an keiner Stelle als unrichtig hingestellt. Nur die Schlussfolgerungen werden bestritten. So bestritt Herr Lebius, daß die 8400 M. der Siemens-Werke, die — man denke! — nur „ratenweise“ gezahlt werden, zu seinem persönlichen Gebrauch bestimmt sind. Hören wir darüber Herrn Lebius in einem Briefe an Dr. Busse, Niederschöneweide. Da schreibt er:

„Bei den Siemenswerken zahlt die Firma 1/2 und der Verein 1/2 des Abonnementgeldes.“

Der Abonnementgeld für den „Bund“, der Herr Lebius gehört! Eine interessante Aufklärung für die Inferenten des Blattes!

Das Honorar der Scharfmacher im Baugewerbe soll angeblich dem Konto des gelben Bauhandwerkerbundes zugute gekommen sein. Herr Lebius schreibt aber ausdrücklich an Herrn Feuer:

„Als wir im August v. J. über die Gründung des gelben Bauarbeiterbundes verhandelten, hatten Sie die Güte, mir ein Honorar von 300 Mark in Aussicht zu stellen. Da der Verein nunmehr gegründet ist und von mir kräftig unterstützt wird, so darf ich Sie wohl höflich an Ihr Versprechen erinnern.“

Die kräftige Unterstützung setzt sich der Herr Lebius noch extra neben dem „Honorar“ in Rechnung, und dem „Bürger“ Dandmann wird mitgeteilt, daß der Bund die Bezugsgebühr für so viel Exemplare zu tragen habe, als er Blätter bestellt, da der Verband der Baugeschäfte die Zeitung nicht bezahlen will.

Im übrigen ist es ja gleichgültig, ob Herr Lebius oder seine Kumpane das Geld bekommen. Vor allen Dingen stellen die Briefe die Tatsache fest, daß die ganze gelbe Herrlichkeit von Unternehmern und aus Unternehmern gelebt.

Herr Lebius gibt dann Belehrungen über „journalistische Anstand“! Er, dieser Herr Lebius!

Gegen den Vorwurf, daß er die Einsendungen seiner Arbeiter anders honoriere, als die des Chefredakteurs der „Post“, operiert er mit der falschen Behauptung, in der sozialdemokratischen Presse wäre die Honorardifferenz noch größer. Dabei weiß er, daß die sozialdemokratische Presse lediglich Unterschiede zwischen Original- und durchgeschriebenen Berichten macht, ohne Rücksicht auf die Person des Einsenders! Seine Verräterei an einem Mitarbeiter versucht er damit zu veranlo. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil veranlo: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

beschönigen, daß niemand den Saug des Redaktionsgeheimnisses gewähren dürfe, der ein Redakteur aus niederen Motiven belügt. Wir stellen im Namen der anständigen Presse aber fest, daß kein Redakteur berechtigt ist, der Behörde unauferfordert, lediglich aus Nachsicht, den Namen eines Mitarbeiters schriftlich mitzuteilen. Ein Redakteur, der so handelt, ist kein Ehrenmann!

Seine Schilderung der Versammlung im Roabiter Gesellschaftshaus ist geradezu wieder charakteristisch für Herrn Lebius. Daß ausgerechnet er in eine Versammlung von Tausenden Berliner Arbeitern gehen kann, ohne daß ihm ein Haar gekrümmt wird, muß jeden mit Bewunderung für eine so geschulte Arbeiterschaft erfüllen und widerlegt die Klatschstoffe von Terroristmüllerei. Wie aber berichtet Herr Lebius?

Auf der ersten Seite des „Bund“:

„Der Leiter der Versammlung war aber nicht allein weit davon entfernt, die Anwesenden zu ermahnen, sich anständig zu betragen, vielmehr beteiligte er sich persönlich an den Beschimpfungen, rügte keine Ausschreitung und ließ es zu, daß Mitglieder der Versammlungsleitung den Gasttisch angriffen.“

Aber auch im „Bund“ hat ja jedes Blatt zwei Seiten, und so heißt es denn auch auf der zweiten Seite des gelben Organs unbeirrt:

„Herr Cohen bat darauf Herrn Lebius um Entschuldigung und meinte, es handele sich nur um Betrunkene. Da Herr Cohen einwarf, daß es im Interesse der Partei lag, daß hier im vollen Lichte der elektrischen Flammen die Gelben nicht so behandelt werden dürften wie sonst in abgelegenen dunklen Straßen, so mußte er zu seinem Bedauern dafür sorgen, daß Herr Lebius ohne Knochenbruch aus der Versammlung kam.“

Natürlich hat kein Mensch, am allerwenigsten Genosse Cohen, den Lebius um Entschuldigung gebeten. Es lag auch keine Veranlassung dazu vor. Der mit einer Schutzgarde umgeben und dem Revolver in der Tasche ein paar tausend Menschen provoziert, dem kann nichts Besseres und nichts Schlimmeres passieren, als daß man ihn voller Verachtung laufen läßt. Auf Höflichkeitsphrasen hat er aber keinen Anspruch.

Zum Schluß droht Herr Lebius mit neuen Klagen. Er wünscht also eine Neuaufgabe der Enthüllungen über ihn. Sei es denn!

Berlin und Umgegend.

Ueber Mißstände auf Spree- und Havelbampfern

veröffentlichten wir vor längerer Zeit einen Artikel, der zur Folge hatte, daß eine ganze Reihe von Dampfern durch die Behörde angehalten und wegen Vergehens gegen die Strompolizeiverordnung festgesetzt wurden. Es handelte sich dabei darum, daß die betreffenden Dampfer mit zu geringer Besatzung fuhren. Da es sich zum Teil um Fahrzeuge handelt, die im Sommer dem Passagierverkehr dienen, ersucht uns der Verein der Dampfschiffsführer zu Berlin zur Verhütung des Publicums um die Mitteilung, daß nach seinen Feststellungen alle 19 von uns genannten Fahrzeuge mit einem geprüften Führer und einem geprüften Maschinisten fahren, daß also das sachverständige Personal nicht verringert war. Wir nehmen davon Notiz, weil in der Tat aus unserem Artikel herausgesehen werden konnte, als wäre in allen Fällen der Maschinist entlassen worden. Es wird uns noch versichert, daß in der Passagierfahrt alle in Frage kommenden Dampfer auch mit dem vorgeschriebenen Heizer- und Deckpersonal bemannt waren.

„Organisierte Gesellen beschäftigen ich nicht“, erklärte der Fleischermeister Karl Löffke, Danziger Straße 70 einem Gesellen, welcher das Unglück hatte, bei der Vorlegung seiner Zeugnisse usw. die Mitgliedskarte der Organisation dazwischen zu haben. Auf eine Anfrage der Organisationsleitung erklärte Herr Löffke, der Geselle sei für ihn zu klein gewesen (?), er beschäftige nur (!) große Gesellen. Es ist doch eigenartig, daß Herr Löffke beim Stellenvermittler nicht einen großen Gesellen bestellte!

Ein Lokalistens-Stücklein.

Die Filiale Berlin des Zentralverbandes der Töpfer beschäftigte sich am Donnerstag in einer Vertrauensmännerversammlung unter anderem mit der Differenz bei der Firma Schröder in Spandau, die ja nun, wie schon in Nr. 8 des „Vorwärts“ mitgeteilt, als beendet anzusehen ist. Nach dem ausführlichen Bericht, den der Vorsitzende Segawe gab, waren es die Lokalistorganisierten, die seinerzeit über die Firma Schröder die Sperre verhängten, wie dies ja auch bereits am 22. Dezember in der Vorwärtsnotiz von der Verbandsleitung mitgeteilt worden war. Daß diese Notiz erschien, geschah auf Wunsch der Lokalistorganisation der Töpfer, deren Vertreter sich vorher bemüht hatte, selbst eine Sperrennotiz „Vorwärts“ zu veröffentlichen, damit aber keinen Erfolg gehabt hatte. Die Zentralorganisation hatte zu dem Vorgehen gegen die Firma Schröder ihre Zustimmung nicht gegeben, hielt es auch nicht für zweckmäßig, zumal man damit rechnen mußte, daß dann die „Hirsche“ die Firma mit Arbeitskräften versorgen würden, was ja inzwischen auch geschehen ist. Da aber die Lokalistorganisierten bei der Firma in der Mehrheit waren, die Zentralorganisierten nicht zu Streikbrechern werden wollten, sahen diese sich genötigt, die Arbeit ebenfalls niederzuliegen, und die Verbandsleitung fühlte sich dementsprechend auch veranlaßt, jene Bekanntmachung zu veröffentlichen. Als es aber dann mit dem Unternehmerverband, der eine allgemeine Aussperrung über Spandau und die Provinz Brandenburg beschloß, zu Verhandlungen kam, leugneten die Vertreter des Lokalistvereins der Töpfer schlankwegs, daß ihrerseits die Sperre verhängt oder beschloffen worden sei, obwohl sie selbst in der am selben Tage, den 2. Januar, erschienenen „Einigkeit“ die Firma Schröder als gesperrt veröffentlicht hatten. Der Verbandsvertreter Wolf, der auch an den Verhandlungen mit den Unternehmern teilnahm, versäumte natürlich nicht, den wahren Sachverhalt klarzulegen. Die Unternehmer wußten aber offenbar selbst schon, von welcher Seite die Sperre verhängt war und hatten es ja auch wahrheitsgemäß im „Vorwärts“ gelesen. Wertwürdig ist noch, daß der Lokalistorganisierte, der das Protokoll über die Sitzung führte, die Anschuldigungen Wolfs unterschlug, so daß darin nur die falschen Behauptungen der Lokalistvereinsvertreter standen, nicht ihre Widerlegung, weshalb der Verbandsvertreter das Protokoll auch nicht unterzeichnete. Da nun die Lokalistvereinsvertreter die Verhängung der Sperre rundweg ableugneten, der Verband sie überhaupt nicht beschloffen hat, im übrigen auch die Firma Schröder bei der ganzen Angelegenheit von vornherein ein annehmbares Entgegenkommen zeigte, lag für den Verband kein Grund vor, die Sperre aufrecht zu erhalten.

Selbstverständlich wurde das Verhalten der Lokalistvereinsvertreter in der Versammlung scharf verurteilt. Andererseits haben auch die Hirsche bei der ganzen Angelegenheit wieder einmal eine verträgliche Rolle gespielt. Erst versprechen sie sowohl den Vertretern der Lokals als der Zentralorganisation, daß sie unter keinen Umständen der Firma Schröder Streikbrecher liefern wollten, ja, daß sie von jetzt ab mit den beiden Organisationen getreulich Hand in Hand vorgehen wollten, wenn diese nur auch ihrerseits so handeln wollten. Es wurde ihnen auf dem Verbandsbüro erwidert, sie müßten, wenn sie es ernst damit meinten, vor allem erst dafür sorgen, daß ihre Mitglieder nur bei tarifstreuen Firmen arbeiteten und diejenigen, die sich nicht danach richteten, ausschließen. Eine ähnliche Antwort erhielten die Hirsche auch bei den Lokalistvereinsvertretern. Daß auf ihr Versprechen nichts zu geben war, haben sie nun dadurch bewiesen, daß sie die Firma Schröder mit Arbeitskräften versorgten.

Deutsches Reich.

Nach fünfzehn Tarifabschlüssen im deutschen Baugewerbe.

Als weitere Folge der vorjährigen Tarifabschlüsse im deutschen Baugewerbe wurden am Mittwoch, den 30. Dezember v. J., nach einer Anzahl für 1908 bis zum 31. März 1910 geltende Tarifverträge von den Zentralvorständen geprüft und genehmigt. Es handelt sich hierbei um die Verträge für Borna, betrifft Maurer und Zimmerer; Emden, betrifft Maurer und Bauhilfsarbeiter; Reustadt i. W., betrifft Maurer und Zimmerer; Rudolstadt, Zimmerer; Sargard i. W., Maurer und Zimmerer; Sietlin, Bauhilfsarbeiter; Tam bach, Zimmerer; Weste-Bismarschen, Maurer und Zimmerer; Wismar, Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, sowie Jahna-Kropstädt, Maurer und Bauhilfsarbeiter. Weiter wurden gleichzeitig die folgenden von 1909 ab bis zum 31. März 1910 gültigen Tarifverträge geprüft und unterzeichnet, und zwar für Fürstenberg i. W., betrifft Maurer und Zimmerer; Mühlhausen i. Th., Zimmerer; Reusalz a. O., Maurer und Zimmerer; Alt-Strelitz, Maurer und Zimmerer, sowie Wittingen, Maurer.

Von den unter dem vorjährigen Schiedsspruch fallenden fehlen jetzt noch diejenigen für Fürstental a. Spree, Pirna und Salzenburg, außerdem noch ein mit den Zimmerern in Emden abzuschließender Vertrag.

Der Tarif der Damenschneider in Hamburg gilt zum 1. April 1909 als geändert. Eine Versammlung der Gehilfen beschloß wegen Abjahnung eines neuen Tarifvertrages sofort Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband einzuleiten.

Die Aussperrung der Tischler in Bremen beendet. Nachdem die Arbeitnehmer den Schiedsspruch angenommen, haben gestern Abend auch die Arbeitgeber in einer Versammlung — wenn auch mit geringerer Majorität — sich diesem Schiedsspruch unterworfen. Die Arbeit dürfte Anfang nächster Woche wieder aufgenommen werden. Damit wäre ein Kampf beendet, bei dem gegen 1000 Arbeiter in Frage kommen.

Die Arbeitslosigkeit in Dresden

wird auch durch einen Bericht der Dresdener Zählstelle des Verbandes der Fabrikarbeiter illustriert. Im Jahre 1908 war die Hälfte aller Mitglieder 1243 gezwungen, die Erwerbslosenunterstützung in Anspruch zu nehmen. Außerdem erhielten 371 Personen für 13206 Tage Arbeitslosenunterstützung. Dabei kommen aber nur die Bezugsberechtigten in Frage. In Wirklichkeit ist die Zahl der Arbeitslosen noch viel größer.

Die Vereinigung der polnischen Berufsverbände.

Nachdem vor etwa vier Monaten der „Polnische Berufsverband“ in Posen mit der „Polnischen Berufsvereinigung“ in Bochum verschmolzen wurde, sind jetzt — wie die polnisch-nationalen Blätter mitteilen — Unterhandlungen im Gange, um die Vereinigung mit dem Deutschen Verband zur gegenseitigen Hilfe zustande zu bringen. Zu diesem Zwecke weist zurzeit der Vorsitzende der „Polnischen Berufsvereinigung“, Sosinski, in Oberschlesien, der Posener „Goniec Wielkopolski“ behauptet sogar, daß die Vereinigung als vollzogen gelten kann, auf Grund welcher Bedingungen, das wird nicht erwähnt.

Sollte die Vereinigung tatsächlich perfekt sein, dann hätten wir in Deutschland einen großen polnischen Berufsverband, der etwa 60 000 polnische organisierte Arbeiter umfaßt.

Verfammlungen.

Die Berliner arbeitende Jugend hielt am Sonntag eine nach dem Gewerkschaftshaus einberufene Versammlung ab. In Massen waren die Jugendlichen herbeigekommen, um den Vortrag des Schriftstellers Heinrich Schulz zu hören über: „Das Recht der Jugend“. Allseitiger Beifall lohnte den Redner für seinen leicht verständlichen, belehrenden Vortrag.

Zum Punkte „Wahlen zum Jugendauschuss“ führte der Vorsitzende Ben. Rosenfeld aus, daß sich in Berlin eine Kommission konstituiert hat, die für die arbeitende Jugend Veranstaltungen treffen will. Die Kommission hält es für notwendig, daß Jugendliche zugezogen werden. Dieselben müssen dem Vereinsgesetz entsprechend über 18 Jahre alt sein. Gewählt wurden in den Jugendauschuss: Fritz Maschke, Max Peters, Paul Schiller, Lucie Schulz und Hermann Reihner. — Zum Schluß sang die Versammlung das Lied: „Wer schafft das Gold zu Tage...“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Gegen das Branntweinmonopol.

Leipzig, 8. Januar. (B. G.) Der Verein der Großdevisatoure protestierte in einer gestern abgehaltenen Versammlung gegen das in Aussicht stehende Branntweinmonopol des Staates. Die Versammlung bezog sich den Entwurf für unannehmbar und beschloß, sich vollständig dem Vorgehen und den Vorschlägen des Verbandes deutscher Spiritus-Interessenten anzuschließen.

Aus dem liberalen Musterlande.

Karlsruhe, 8. Januar. (B. G.) Das Ministerium hat die von dem Hauptlehrer Adbel eingelegte Beschwerde gegen das Erkenntnis des Oberschulrates zurückgewiesen.

Zentrumdrache.

Mülheim a. Rh., 8. Januar. (B. L. B.) Die Wahl der drei Sozialdemokraten, die kürzlich mit Unterstützung der Liberalen in der dritten Klasse gegen die Zentrumskandidaten in den Stadtrat gewählt worden sind, ist in der heutigen Stadterordnetenversammlung mit 15 Stimmen des Zentrums gegen 14 Stimmen der Liberalen auf Grund eines Einspruchs für ungültig erklärt worden.

„Blatt 11 der Nachschafften.“

Belmar, 8. Januar. (B. L. B.) Der Schriftsteller Dr. Bernsdorf wurde wegen Beleidigung der weimarschen Justizbeamten durch die Broschüre „Blatt 11 der Nachschafften“ zu einem Jahr 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Drucker Seifert und Köstlich erhielten je hundert Mark Geldstrafe. Der Maler Freitag wurde freigesprochen.

Auf dem Eis eingebrochen.

Lebenburg, 8. Januar. (B. G.) Ein junger Mann sowie drei Frauen und ein Kind, welche den zugefrorenen Plattensee überschreiten wollten, brachen an einer dünnen Stelle des Eises ein. Alle vier Erwachsenen ertranken, nur das Kind, welches von der Mutter im letzten Augenblick auf das Eis geworfen wurde, konnte gerettet werden.

Erdbeben.

Madrid, 8. Januar. (B. G.) Auf den Kanarischen Inseln wird ein erneutes Erdbeben von beträchtlicher Festigkeit gemeldet. In der Ortschaft Agaña erfolgten zahlreiche Häuserstürze. Die Bevölkerung konnte sich rechtzeitig retten.

Die bebrachte „öffentliche Ordnung“.

Wien, 8. Januar. (B. L. B.) Der Korrespondent der „Kowoje Wrenja“ Werezowski ist mit Rücksicht auf die öffentliche Ordnung aus Österreich ausgewiesen worden und nach Neapel abgereist.

Nochmals die britische Arbeiterpartei und der Sozialismus.

In seiner Antwort („Vorwärts“ Nr. 304 25. Jahrgang) auf meinen Artikel sucht Genosse Beer die ganze Opposition gegen die Haltung der Arbeiterfraktion im englischen Parlament als ganz bedeutungslos darzustellen. Es seien nur ein paar sozialistische Persönlichkeiten und Gruppchen, die unzufrieden sind. Wenn dies der Fall ist, dann nimmt es mich nur Wunder, daß Genosse Beer es für nötig hält, über eine sozialistische Krise in England zu schreiben. Damals hat Genosse Beer es sicher für etwas mehr gehalten! Aber nicht nur Genosse Beer, sondern die ganze englische sozialistische und Arbeiterpresse waren, soweit ich beurteilen kann, derselben Meinung und haben der Krise gewisse Bedeutung beigegeben, und die Führer der Arbeiterpartei haben in langen Artikeln ihre Taktik verteidigt. Wenn das alles erfolgte, weil ein paar Intellektuelle und Ideologen keinen Platz in der Bewegung finden könnten, um ihre geistigen Waren abzusetzen, dann ist das das allerärmste Armutszeugnis für unsere englische Bewegung, das man ihr ausstellen kann. Aber ich glaube nicht recht daran und ich hoffe das im Laufe meiner Ausführungen zu beweisen.

Zuerst muß ich sagen, daß ich, obwohl ich Mitglied der sozialdemokratischen Partei bin, keineswegs einverstanden bin mit ihrer Politik in bezug auf die Arbeiterpartei. Ich bin immer dafür eingetreten, daß die S. D. P. wieder Anschluss an die Arbeiterpartei suchen sollte, um ihre Anschauungen innerhalb der Partei zur Geltung zu bringen. Dieser Meinung bleibe ich heute noch, und trotzdem am dem letzten Parteitag Hyndman auch für eine derartige Politik eingetreten ist, blieben wir in der Minderheit. Ich bringe diese Tatsache nur deshalb zum Ausdruck, weil Genosse Beer die Sache so dargestellt hat, als ob die Kritiker der Arbeiterpartei dieselbe spalten wollten. Ich weiß natürlich nicht, was einzelne Leute beabsichtigen, aber es ist einfach lächerlich, in derartiger Weise alle Kritik discredittieren zu wollen. Gerade für diejenigen unter uns, die den Anschluss an die Arbeiterpartei empfohlen haben, ist ihre Aufgabe durch die schwache Haltung der Arbeiterpartei im Parlament sehr erschwert.

Es entsteht immer noch die Frage, weshalb schieben wir überhaupt eine Arbeiterpartei ins Parlament, wenn sie nicht einmal soviel leisten kann, wie viele der alten bürgerlichen Radikalen. Denn daß sie in einzelnen Fragen, wie die der Arbeitslosigkeit, bei der ehemaligen Sozialdemokrat und späteren Minister John Burns die Arbeiterschaft bekanntlich auf das schärfste verurteilte und beschimpfte, und bei dem ungeheuerlichen Vertrage mit dem zarischen Despotismus, der Regierung ihre Zustimmung verweigerte, ist nicht ein besonderes Verdienst der Arbeiterpartei. Denn sowohl haben auch die bürgerlichen Radikalen immer noch getan. Die Arbeiterpartei hat übrigens die Regierung in ihrer allgemeinen Politik dafür um so eifriger unterstützt. Daß sie die unverschämten Ratschläge, die John Burns den Arbeitern erteilte: sie sollten weniger trinken und mehr sparen, so ruhig hinnahmen, von demselben Mann, der sich seinen Verrat an der Arbeiterklasse mit 40 000 M. pro Jahr bezahlen läßt, dies wirft ein grelles Licht auf die Haltung dieser Arbeitervertreter. Es macht es auch sehr leicht erklärlich, wenn sich die englische Arbeiterschaft fragt: Warum haben wir eine Arbeiterpartei gegründet? Warum werfen wir die Stimmen für eine parlamentarische Vertretung zum Fenster hinaus?

Was die Frage des Wahlbündnisses mit den Liberalen betrifft, so gibt Genosse Beer zu, daß ein solches doch in einem Fall getroffen wurde und zwar in Dundee. Ich möchte mich hier nicht in Einzelheiten verlieren und werde nur den Fall Newcastle an Tyne heranziehen, weil Genosse Beer behauptete, daß dort kein Wahlbündnis zwischen der Arbeiterpartei und den Liberalen existierte. Der Arbeiterabgeordnete für Newcastle on Tyne, Mr. Hudson, wurde als einziger Arbeiterkandidat aufgestellt. Zu wählen waren zwei Vertreter: die Liberalen hatten ebenfalls nur einen Kandidaten aufgestellt. Mr. Hudson empfahl seinen Freunden, den Liberalen dadurch zu unterstützen, daß sie diesem eine Stimme geben, die andere dem Mr. Hudson selbst. Um das Wahlresultat zu erfahren, ging Mr. Hudson mit einigen seiner Parteigenossen in den liberalen Klub, wo eine Abendunterhaltung veranstaltet worden war. Dort gab er in einer Rede dem buntesten Ausdruck, daß der Liberale ebenfalls gewählt sein möchte. Dies ist doch mindestens ein ziemlich starkes Stück, und doch soll nach dem Genossen Beer in diesem Falle kein Einverständnis zwischen der Arbeiterpartei und den Liberalen

bestanden haben! Aber die Beweisführung des Genossen Beer ist im allgemeinen ziemlich einfach. Aus der Tatsache, daß die Liberalen in verschiedenen Wahlkreisen keine Mehrheit bildeten, zieht er den Schluß, daß sie keine brauchbare Hilfe leisten könnten, ein Bündnis mit ihnen also für die Arbeiterpartei wertlos gewesen wäre. Sancta simplicitas! Einige von den Kandidaten, die unter solchen Verhältnissen gewählt worden sind, waren nichts anderes als Liberale, z. B. Henderson und Shadleton. Weshalb die Liberalen solche Kandidaten nicht wählen sollten, ist nicht einzusehen. Bei solchen Fällen ist es wirklich ein Dohn, zu sagen, daß der proletarische Klassenkampf auf das politische Gebiet hinausgetragen wird. Mit demselben Rechte könnte man behaupten, daß der Abgeordnete Giesberts die Politik des proletarischen Klassenkampfes treibe.

Was die Politik der Arbeiterfraktion im Parlament betrifft, so kann ich mich auch dabei nicht in Einzelheiten verlieren. Ueber die Hauptsache können wohl die englischen Genossen selbst am besten urteilen, und ich habe Kronzeugen als den „Labour Leader“, das Organ der Führer der Arbeiterpartei, das bis jetzt deren Taktik gegen alle Kritiker verteidigt hat. In einem Artikel über „Die Arbeiterpartei und ihre Leistungen im Parlament“ sagte das Blatt:

„Das Gefühl der Ungebild, welches in uns hervorgerufen ist durch die Verleppung von Maßnahmen, durchgreifenden sozialen Reformen, ist edel und natürlich, aber wenn wir unseren Horn über die Arbeiterabgeordneten ausgießen, die nur so viel Macht besitzen als ihnen von den Wählern gegeben ist, dann zeigen wir damit, daß wir die elementarsten Prinzipien der Demokratie nicht beherrschen. Während wir das sagen, machen wir durchaus keinen Verlust, die Politik zu billigen, die von der Arbeiterpartei bei jeder Gelegenheit getrieben worden ist. Während leeres Dramatisieren oder Aufschwärmerei einfach die Wähler angeekelt hätte, würde eine fühnere Führung im Parlament nach unserer Ueberzeugung ein größeres öffentliches Interesse an unseren Prinzipien hervorgerufen haben.“

Wenn schon der sonst so zehme „Labour Leader“ so scharf ins Gericht geht, dann muß meiner Meinung nach auch Grund zur Unzufriedenheit vorhanden sein. Oder gehört der „Labour Leader“ auch zu den armen Trotteln, die, um mit Genossen Beer zu reden, „nur nach den Worten und nicht nach den Taten urteilen“? Allerdings muß ich gestehen, daß ich die mit einem Schwall von schönen Worten geprieglene Altersversicherung noch lange nicht als eine wertvolle soziale Leistung anerkenne. Wenn ein Arbeiter es bis zu einem Alter von 70 Jahren gebracht hat, was ja die wenigsten erreichen, wenn er sich außerdem nie etwas Strafwürdiges hat zu schulden kommen lassen und seit Januar 1908 keine Armenunterstützung bezogen hat, außerdem von keiner andern Seite mehr wie 8 M. pro Woche erhält, dann ist er berechtigt, wöchentlich eine Unterstützung von 5 M. zu beziehen. Mehr wie 13 M. darf der arme Teufel auf keinen Fall haben. Wenn dies Gesetz eine der Großtaten der Arbeiterpartei sein soll, dann ist ihre Wirksamkeit genügend gekennzeichnet. Im übrigen bin ich als geborener Northumbrian gewiß erfreut, daß meine engeren Landsleute in den Kohlenbergwerken von Northumberland für die Einführung des gesetzlichen Achtstundentages in den Bergwerken gestimmt haben. Ich glaube aber, daß dies viel weniger auf die Initiative und das Verständnis der Arbeiterpartei zurückzuführen ist, als auf die lebhafteste soziale Propaganda, die unter anderem auch von der unabhängigen Arbeiterpartei unter den dortigen Bergleuten getrieben wurde. Auf die Annahme irgend einer sozialistischen Resolution lege ich nicht allzuviel Wert. Ich meine, es ist viel richtiger, wenn unsere Genossen in der Arbeiterpartei ihre sozialistischen Prinzipien fest vertreten und alles vom sozialistischen Standpunkte aus beleuchten, wenn sie der Arbeiterklasse zeigen, daß alle sozialen Reformen des kapitalistischen Staates nur Pfästerchen sind, die die unheilbaren Wunden verdecken sollen. Dieses alles aber vermiße ich in der Taktik der Arbeiterpartei. Ist das vielleicht Prinzipienreiterei? Da immer auf das Beispiel von Marx in der „Internationale“ hingewiesen wird, um die jetzige Politik der Arbeiterpartei zu rechtfertigen, so möchte ich darauf antworten, daß Marx seine sozialistischen Prinzipien stets sehr scharf hervorgehoben hat. Ich bin der Ueberzeugung, daß wir als Sozialisten unseren Platz in der Arbeiterpartei haben würden. Nur meine ich, die Sozialisten in der Arbeiterpartei müssen sozialistische und nicht bürgerliche Politik treiben.

J. W. Kosen.

Aus der Partei.

Aus der badischen Partei. Genosse Wg. G. e. d. berichtete am Mittwoch in Pforzheim im Adlersaale in einer öffentlichen Versammlung über die Tätigkeit des Landtages und schilderte die Situation im Reich und Baden. Er schloß mit der Ansicht, daß eine Budgetverweigerung durch die Entwidlung der Dinge seit dem Schluß des Landtages sich als gerechtfertigt erweise.

An dem beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich keine Diskussion. Werthwürdigerweise nahm das Wahlkomitee zur Kandidatenfrage keine Stellung. Man hört nur, daß dem Genossen Ged wegen seiner Wiederkandidatur Schwierigkeiten bereitet werden sollen.

Von der Partecipresse. Das „Offenbacher Abendblatt“ muß wegen stetigen Wachstums den Ankauf eines neuen Grundstücks vornehmen. Erst vor anderthalb Jahren wurden die Geschäftsräume dieses Blattes durch Umbau vergrößert.

Der „Vollshote“ in Stettin konnte am 2. Januar auf 25 Jahre Bestehens zurückblicken. Unter pommerisches Parteiorgan hat immer um seine Existenz ringen müssen, jetzt ist sie gesichert.

Im neuen Gewande erschien soeben „Die Fackel“, das monatlich einmal erscheinende Agitationsorgan für die Provinz Brandenburg. An die Stelle des Großfolio ist das Großquartformat getreten. Als verantwortlicher Redakteur zeichnet Genosse Otto Weiss-Verlin.

Personalien. Genosse Max Günther ist aus der Redaktion des „Vollshotts“ für Anhalt zu Dessau ausgetreten und hat das Amt des Landesparteisekretärs für Anhalt übernommen. Sein Wohnsitz ist in Verbnurg.

Die Sozialdemokratie in Bosnien.

Im Sommer dieses Jahres wurde berichtet, daß ein sozialdemokratischer Kongress in Serajewo von der Polizei gesperrt und zahlreiche Delegierte, die nicht die bosnische Staatsangehörigkeit besaßen, ausgewiesen wurden. Dieser Polizeiverbot hat die Arbeiterbewegung nicht niederdrücken können.

Während der Weihnachtsfeiertage fand in Serajewo eine große Volksversammlung der bosnischen Sozialdemokratie statt. Die Referenten erläuterten in der Landessprache und in deutscher Sprache das sozialdemokratische Programm.

Bosnien zählt mit der Herzegovina 51110 Quadratkilometer und rund 1 1/2 Millionen Einwohner. Davon sind 88 Proz. Mohammedaner, 42,75 Proz. griechisch-orientalische, 19,9 Proz. römisch-katholische Christen, meist serbische Bosniaken. Hauptbeschäftigung ist Feld- und Obstbau sowie Viehzucht. Nach dem letzten Bericht gab es 1906 in diesen Ländern noch rund 10 000 Anwesenwirtschaften, d. h. solche Bauernwirtschaften, deren Grund nicht den Bauern, sondern dem Herrn, dem zumeist türkischen „Aga“, gehört, dem der Bauer (Erbpächter) auf Grund des Armenrechtes, die „Zetina“, ein Drittel der Ernte abzuführen hat. Der Bauer Bosniens befindet sich also in einem drückenden Abhängigkeitsverhältnis. Die Agrarfrage ist es denn auch, die der Sozialdemokratie die Aussicht eröffnet, binnen kurzem die wichtigste und stärkste Volkspartei des Landes zu werden.

In der eingangs erwähnten Versammlung wurde das sozialistische Programm beraten, das dem der anderen sozialistischen Parteien entspricht, aber in einigen Punkten auch auf die besonderen Verhältnisse des Landes Bezug nimmt. So heißt es z. B. in bezug auf die Agrarfrage:

„Die sozialdemokratische Partei tritt deshalb ein für die Befestigung des Pächterwesens und für die staatliche Förderung aller Mittel, durch welche der kleinbäuerlichen Wirtschaft die Vorteile des Großbetriebes zugewendet werden, bis die Bauern sich selbst zu rationalen Betriebsgenossenschaften vereinigen, welche schließlich und endlich zu gesellschaftlichem Eigentum und zur gesellschaftlichen Produktion führen werden.“

Aber auch die Industrie macht in Bosnien ganz bedeutende Fortschritte und unter den in den industriellen Betrieben beschäftigten Arbeitern überwiegt das einheimische Element. Die 6000 Arbeiter der großen Sägewerke von Javidivis, zum größten Teil organisiert, sind fast alle Bosnier. Die Tabakfabrik von Serajewo und die dortige Leppidwäberei sind Hochburgen der sozialistischen Partei, obgleich dort nur fast einheimische Arbeiter und überdies zur Hälfte Frauen beschäftigt sind.

Notizen.

Theaterchronik. Im Neuen Schauspielhaus beginnt am 17. Januar das Gastspiel von Joseph Kainz. Bis Ende Januar wird der Künstler in zehn Vorstellungen, und zwar als „Marinus Antonius“, als „Nephtophotes“, als „Leon“ in „Web dem, der lügt“, als „Drestes“ in „Phigien auf Tauris“ und als „Hamlet“ auftreten. Der Vorverkauf der Billets wird am Montag, den 11. Januar eröffnet.

Der vierzig Kilometer Wäherreihen. Am 8. Januar blüht das Britische Museum in London auf sein 150jähriges Bestehen zurück, denn an diesem Tage des Jahres 1759 wurde die Bibliothek, die heute die größte der Welt ist, eröffnet. Die Gründung des Britischen Museums geht auf ein Legat, des Sir Hans Sloane von 1753 zurück, der seine kostbaren Sammlungen von Kunstwerken, Büchern und Manuskripten gegen die Summe von 400 000 M. dem Staate überließ. Die Sammlung Sloanes wurde mit den Harleyan- und Cottonian-Bibliotheken zu einer neuen Bibliothek vereinigt. Man schätzt die Reihe der Bücherregale des Britischen Museums, wenn sie nebeneinander gestellt werden, auf eine Länge von 40 Kilometern ein; die Zahl der gedruckten Bücher beträgt über 2 Millionen. Der jährliche Zuwachs beläuft sich auf etwa 50 000 Bände. 60 000 Manuskripte gehören der Bibliothek, wobei die griechischen, lateinischen und lateinischen Papyri, die einzelnen Akten und Dokumente nicht gerechnet sind.

Ein verfeinerter Baum. Eine interessante Sehenswürdigkeit wird demnächst im Pariser Botanischen Garten aufgestellt werden: ein uralter verfeinerter Baumstamm, den Person von Borgan der Mineralogischen Abteilung des Pariser Museums zum Geschenk gemacht hat. Vor vielen Jahrtausenden wurde ein ganzer Wald südlich von dem heutigen Holbrook in Arizona überflutet; in sumner Arbeit haben die Wasser alle Fibern des Holzes in Achat und Biowellen in Quarz umgewandelt. Das Exemplar dieser verfeinerten Bäume, das jetzt in Paris eingetroffen ist, ist eines der schönsten. Der Baumstamm wiegt über 50 Zentner bei einer Länge von 1,5 Meter und einem oberen Durchmesser von einem Meter. Die Oberfläche des kostbaren Stückes ist in Stoupschall sorgfältig poliert worden und bietet in seinem reichen Farbenspiel, das eine leuchtende Glanz vom tiefen Rot bis zu strahlendem Goldgelb durchläuft, unterbrochen von grünen und grauen Adern, einen prächtigen Anblick.

Die wichtigsten Großstationen für Funkentelegraphie, von denen jedes der bedeutenderen Systeme eine oder mehrere betreibt resp. besitzt, gibt folgende Uebersicht des „Globe“ wieder: 1. Telefunken (2); Norddeich (Eigentum des Reichspostamtes); Nauen, 2. Marconi (5); Goldhu in Cornwall; Usden (Irland); Cape Cod (Mass.); Cape Breton, Glace Bay, Neufschottland; Coltan bei Pisa. 3. Hertzian (3); Nachthaus bei Vah (Aegypten, Schottland); Grant Rod bei Boston (Ver. St.). 4. De Forest (3); Hebriden; Washington; Ostafrika. 5. Hogefer-Tillot; Paris, Eiffelturm. 6. Poulsen (3); Lingby bei Kopenhagen; Cullercoats in Northumberland (England); Snodroc Farm bei Valencia, Island (im Wan).

Kleines feuilleton.

Häuserbau in Erdbebenländern. Ueber eine interessante Unterredung mit dem Vater Guido Alfani, der das Observatorium in Florenz, das sogenannte Observatorio Aiminiano, leitet, veröffentlicht Ugo Djetti im „Corriere della Sera“ einen Bericht, dem wir die folgenden Einzelheiten entnehmen: Vater Alfani wurde im Jahre 1899 nach Florenz berufen, um die Leitung der dortigen Sternwarte, die auf dem Gebiete der physikalischen und astronomischen Wissenschaften einen Welt Ruf genießt, zu übernehmen. Als Djetti in Alfanis Arbeitszimmer trat und die Namen Weissina und Reggajo erwähnte, sagte der Vater lebhaft: „Haben Sie die heutigen Zeitungen gelesen? Die Häuser, die wenigstens zum Teil stehen blieben, sind die auf dem Gestein des Verges und die auf künstlichem Zement erbauten. Das war gar nicht anders zu erwarten, und die italienischen Gelehrten predigen diese ewigen Wahrheiten schon seit mehr als 100 Jahren. Aber niemand hört auf sie. Wenn man auf die guten Ratschläge gehört hätte, wenn die von den Bourbonen nach dem Erdbeben von 1783 oder die von der Regierungskommission nach dem Erdbeben von 1883 (Ischia) gemachten Vorschläge zur Ausführung gelangt wären, hätte man heute nur wenige Tote zu beklagen. Bedenken Sie nur, daß man in Neffina und in Reggajo Stranthenhäuser, Kasernen und Schulen als genau so große und hohe Gebäude baute wie etwa in Mailand oder in Rom! Das war eine Torheit, und man könnte sogar ein noch schlimmeres Wort gebrauchen. . . . Nach dem Erdbeben von Ischiaon erließ Bombal ein Edikt, das für den Häuserbau in den Erdbebenländern praktische und einfache Weisungen gab. Zwei sismische Zonen durchschneiden die Erde in zwei Richtungen und kreuzen sich dann: die eine folgt der Richtung der Andenseite bis nach Mexiko und nach San Francisco und läuft dann um die Erde, um in Indien wieder aufzutreten. Die andere läuft um den 40. Breitengrad. San Francisco, Ischiaon, Neffina, Kalabrien, das nördliche Japan liegen alle auf derselben Erdbebenlinie. Als nun zwischen dem 17. und 20. Februar 1783 in denselben Gegenden, die heute zerstört worden sind, die furchtbaren Erderschütterungen stattfanden, beschloffen die Bourbonen sofort, die in Portugal gemachten Erfahrungen und Versuche auszunutzen, und eine Verfügung vom 2. März 1783 brachte eine genaue Beschreibung der von Vivengio für Erdbebenländer in Vorschlag gebrachten baradenartigen Bauart und machte sie obligatorisch. Das baradenartige System ist, kurz gesagt, ein Bau aus aufrecht stehenden Holzballen, zwischen welchen sich gekreuzte Holzballen befinden; das alles ist stark befestigt und mit leichtem Baumaterial besetzt. Dieses System bringt nur eine einzige Gefahr mit sich: das Holz kann faul und schlaff werden, so daß die Ziegelsteine eines schönen Tages herabfallen. Man kann hier aber auf mancherlei Art Abhilfe schaffen. Vorzügliche Vorschrift machte man nach dem Erdbeben von Korcia, nach dem Erdbeben von Ischia und nach dem furchtbaren Erdbeben an der ligurischen Riviera. Damals gaben unsere größten Geologen

und Seismologen genau an, an welchen Orten man nicht mehr bauen dürfe, an welchen Orten die neuen Häuser stehen müßten und auf welche Weise man sie wieder ausbauen könne. Wer hat auf sie gehört? Niemand. Die sicherste Baumethode in Erdbebenländern lehren und die Japaner und allen voran Omori, Professor der Erdbebenkunde an der Universität zu Tokio. In Japan hat jede Universität einen obligatorischen Seismologiekursus, und Omori hat 8000 Zuhörer. Um nun die beste Form für erdbebensichere Gebäude zu finden, haben die Japaner Tausende von Versuchen mit künstlichen Erdbeben gemacht. Sie haben einen schwanzenden Tisch erfunden, eine schwingende Platte, die durch Hebel, welche von einer Dynamomachine in Bewegung gesetzt werden, „erdbebenartig“ hin und her bewegt werden kann. Auf dieser Platte steht, stark befestigt, der Gegenstand, mit welchem man Experimente machen will. Mit der Platte ist eine Feder verbunden, welche selbsttätig alle Bewegungen der Platte auf Papierstreifen verzeichnet. Eine andere Feder verzeichnet genau, in welchem Augenblick eine bestimmte Wirkung der Bewegungen der Platte eintritt. Auf diese Weise sind die Wirkungen einer Erderschütterung auf alle Baumaterialien und auf alle Bauten genau festgelegt worden. Und man kam zu dem Schluß, daß eine Mauer von parabolischem Schnitt den Stößen am besten Widerstand leistet, vorausgesetzt, daß bei dem Bau gewisse, natürlich gleichfalls genau bestimmte Proportionen beobachtet werden. Die Mauer „von parabolischem Schnitt“ ist eine Wand, die unten sechs- oder siebenmal breiter ist als oben und die von der schmalen Spitze bis zu der breiten Basis in zwei langsam sich erweiternden Kurven hinabsteigt — das sind die Kurven aller sogenannten „Bogendächer“, die uns Europäern sofort als das charakteristische Merkmal der Architektur des äußersten Ostens erscheinen. Die Kunst hat also im Orient schon seit Jahrhunderten die sichere und typische Form der Wohnungen gefunden, die Form, die jetzt auch von der Wissenschaft mathematisch als die allein richtige anerkannt worden ist.“

Die Stüben in der Seidherzeugung. Als das schrecklichste körperliche Schicksal erscheint wohl den meisten Menschen die Erblindung. Erfreulicherweise gelingt es der fortschreitenden Wissenschaft, die Zahl der von diesem Unglück Betroffenen immer mehr zu vermindern. So sank im Deutschen Reiche die Blindenziffer im Zeitraum von 1871—1900 von 8,8 auf 6,1, in England von 9,8 auf 7,9, in Oesterreich von 8,3 auf 6,4, in der Schweiz von 7,8 auf 7,2. Unter den Ursachen, die zur Abnahme der Erblindungen geführt haben, ist in erster Linie zu nennen die Einschaltung der gefährlichsten Augenkrankheit der Neugeborenen, die in den meisten Fällen die Ursache der sogenannten „angeborenen Blindheit“ bildet und die betänlich durch Uebertragung von Trüpperekt auf die Augen des Kindes beim Geburtsvorgange entsteht. Ferner die Einführung der Schutzimpfung, durch die diese schreckliche Krankheit, deren Folge sehr häufig Erblindung ist, fast zum Aussterben gebracht wurde. Sodann die antiseptische Wundbehandlung, die Möglichkeit schmerzloser Operationen, die Entfernung von Eiterspütern aus dem Innern des Auges durch Magnete usw.

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend.“

Die erste Nummer des von der unterzeichneten Zentralstelle ins Leben gerufenen Jugendorgans, der „Arbeiter-Jugend“, wird unter der Redaktion des Genossen R. Korn am 30. Januar d. J. erscheinen. Die „Arbeiter-Jugend“ wird sodann alle 14 Tage, je zwei bis drei Seiten stark, in ungefährem Format der „Gleichheit“, ausgegeben werden. — Die bisherigen Organe des jugendlichen Proletariats, die „Arbeiterjugend“ (Berlin) und die „Junge Garde“ (Mannheim), die beide auf dem Felde der Jugendbewegung und Jugendbildung treffliche Pionierdienste geleistet haben, stellen nunmehr zugunsten des neuen Blattes ihr Erscheinen ein.

Die „Arbeiter-Jugend“ ist in ihrer Linie als Bildungsorgan für die jugendlichen Arbeiter gedacht. Das Blatt soll vornehmlich die Wissenschaften pflegen, die die Erziehungspolitik des Klassenstaates der Jugend des Proletariats vorenthält, die aber gerade der erwachsenen Arbeiterklasse in ihren wirtschaftlichen und politischen Kämpfen die schärfsten Waffen liefern, also Naturerkenntnis im weitesten Sinne, Geschichte, besonders Kultur- und Wirtschaftsgeschichte, Volkswirtschaftslehre und Verfassungswesen in ihren grundlegenden Begriffen und Tatsachen. Indem das Jugendorgan diese Gebiete in einer, dem Auffassungsvermögen der Jugend angepassten Form, aber stets im Geiste der fortgeschrittenen Wissenschaft, behandelt, wird es unserer Jugend auf breiter Grundlage die Einführung in die Weltanschauung des Sozialismus darbieten. Demselben Zwecke auf anderem Wege wird das Jugendorgan auch in dem Maße zu dienen haben, der der schönen Literatur und der Unterhaltungsliteratur gewidmet ist.

Ferner soll das Organ die spezifischen wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Jugend, ihre Forderungen in bezug auf gewerbliches und politisches Recht, Lehrlingslohn, Fortbildungswesen usw. nachdrücklich vertreten.

In das Programm des Blattes fallen des weiteren Technik und Gesundheitspflege (Turnen, Spiel, Sport und Wanderungen), die Ueberführung der Jugendbewegung des In- und Auslandes, die Diskussion von Vorschlägen, die aus dem Kreise der Leser selbst in bezug auf die Ausgestaltung des Vereins- und Verbandswesens der Jugend, des Lebens und Treibens in ihren Verkehrskreisen, einlaufen.

Alle Zuschriften für die Redaktion sind zu richten an:

R. Korn, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

Die örtlichen Jugendkommissionen und alle Genossen wie Genossinnen, denen die Jugendbewegung, die Durchdringung des proletarischen Nachwachses mit dem Geiste des Sozialismus, am Herzen liegt, werden dringend ersucht, für die weiteste Verbreitung unseres neuen Organs alle Kräfte einzusetzen. Für die Sozialdemokratie, die selber die Partei der Zukunft und der Menschheitsjugend ist, gilt natürlich mit ganz besonderem Rechte und in viel höherem Maße als für jede sonstige politische oder geistige Richtung das Motto: Wer die Jugend hat, hat die Zukunft.

Die „Arbeiter-Jugend“ kostet vierteljährlich 50 Pf.; Einzelnummern 10 Pf. Vereine, Buchhandlungen und sonstige Wiederverkäufer erhalten entsprechenden Rabatt. Alle Anfragen und Zuschriften wegen der Expedition der „Arbeiter-Jugend“ sind an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 zu richten.

Die erste Nummer der „Arbeiter-Jugend“ erscheint in Massenaufgabe und steht den örtlichen Jugendkommissionen unentgeltlich zur Verfügung. Bestellungen müssen spätestens bis zum 30. Januar in Händen der Expedition sein.

Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, Redaktion der „Arbeiter-Jugend“.

Aus Industrie und Handel.

Die Haushaltskosten im Jahre 1908.

Wie die Bewegung der Nahrungsmittelpreise im Jahre 1908 auf den Haushalt einwirkte und die Kosten der Ernährung beeinflusste, das ist zu ersehen, wenn man für verschiedene Plätze nach den Markthallenpreisen auf Grund der Verpflegungsberechnung des deutschen Marinefeldwebels den wöchentlichen Nahrungsaufwand für eine vierköpfige Familie in der Weise berechnet, daß unter Reduzierung von zwei Kindern auf eine erwachsene Person das Dreifache der Normalration des Marinefeldwebels eingestellt wird. Für die nachstehenden Städte erhalten wir auf Grund dieser Berechnung folgenden Kostenaufwand für die wöchentliche Ernährung in Mark:

	1907	1908
Danzig	21,91	22,71
Berlin	22,19	22,30
Dresden	22,67	22,15
Chemnitz	24,07	24,14
Leipzig	22,47	22,84
Stuttgart	22,32	22,77
München	22,79	22,79

Zu dieser Tabelle ist zu bemerken, daß sie hauptsächlich als Vergleichsmaßstab zu gelten hat. Da in Arbeiterkreisen zum großen Teile der Fleischkonsum geringer ist als hier unterstellt, andererseits das konsumierte Quantum an Brot und Kartoffeln viel größer, so ergeben sich mit der verschiedenen Preisentwicklung für Fleisch und Getreide usw. nicht nur absolute andere Zahlen, sondern auch andere Differenzen.

Wiel zu der Steigerung der Haushaltskosten im Jahre 1908 hat die Verteuerung von Schweinefleisch beigetragen, die sich an vier Plätzen auf 2—8 Pf. pro Kilogramm bezifferte. Der Gesamtdurchschnitt für die einzelnen Städte ergibt für 1908 einen wöchentlichen Aufwand von 22,81 M., gegen 22,63 M. im Jahre 1907. Für das ganze Jahr berechnet, stellt sich der Kostenaufwand für die Ernährung im Durchschnitt der berücksichtigten Plätze für die nachstehenden Jahre in Mark:

1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908
pro Woche	20,44	20,50	20,72	21,15	21,30	21,99	22,01	22,81
fürs Jahr	1093	1069	1077	1100	1130	1149	1107	1198

Gegenüber 1900 ergibt die Bewegung der Standardziffer bis 1908 eine Steigerung von 11,6 Proz., oder pro Jahr eine Mehrausgabe von 123,24 M. Das ist für eine Periode von acht Jahren eine recht einschneidende Veränderung der Lebensmittelpreise.

Machinationen bei Submissionen.

Gebotsmachungen zwischen den in Betracht kommenden Interessenten mit dem Zweck, die Vergeber von Arbeiten durch betrugliche

Zuschläge zu überbieten, sind an der Tagesordnung. Diese Art des Betrugs hat nachgerade solchen Umfang angenommen, daß endlich die Regierung sich veranlaßt gesehen hat, wenigstens anscheinend etwas dagegen zu tun. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat den Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, den Ministerial-, Militär- und Baukommissionen, den Eisenbahndirektionen, dem Eisenbahnzentralamt usw. in Preußen ein Reichsgerichtsurteil zugehen lassen, das sich mit dem Verschleierungsbetrug bei Submissionsofferten beschäftigt. Das Urteil befragt: Vereinbarungen, die zwischen Konkurrenten aus Anlaß ihrer Beteiligung an einer Ausschreibung abgeschlossen werden, verstoßen gegen die guten Sitten, wenn der Zweck der Vereinbarung auf Täuschung des die Ausschreibung veranstaltenden Unternehmers gerichtet ist. Der Tatbestand war folgender: Acht Unternehmer hatten gelegentlich einer Ausschreibung unter sich ausgemacht, daß einer der Mindestfordernde sein sollte, wogegen dieser sich verpflichtet hatte, den übrigen im Falle der Uebertragung des Baues je dreitausend Mark zu zahlen. Die übrigen Firmen hatten nun gemäß dieser Abmachungen höhere Offerten als die Firma, der der Auftrag zufallen sollte, eingereicht, wodurch die beauftragende Firma in den Glauben versetzt wurde, eine tatsächlich niedrigere Forderung zu akzeptieren. Diese Forderung war höher als eine gewöhnliche Mindestforderung gehalten.

Die Auftraggeberin, die später Kenntnis von der Machination erhielt, machte einen Abzug von der vereinbarten Summe. Es kam daher zu einem Prozeß, der der Klägerin beim Oberlandesgericht in Hamburg Erfolg brachte. Der von der Beklagten eingelegte Revision hat das Reichsgericht stattgegeben und die Klage mit der oben angeführten Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen.

Kohle und Eisen im Jahre 1908.

Es dürfte nicht oft vorkommen, daß im gleichen Jahre Kohlenbergbau und Eisenindustrie eine so verschiedenartige Entwicklung durchmachen, wie es im eben vergangenen Jahre der Fall war. Im Bergbau wurde die Produktionsleistung gegenüber dem Vorjahre noch weiter ausgedehnt; im Eisengewerbe dagegen erfuhr sie eine scharfe Einschränkung. Die Förderung von Stein- und Braunkohle ging in den ersten 11 Monaten um 5 Proz. über die vorjährige hinaus, während die Erzeugung in der Roheisenindustrie in der nämlichen Zeit um 9,6 Proz. eingeschränkt wurde. Aber nicht allein die Kohlenförderung, sondern auch die Versorgung mit Kohle war noch erheblich höher als im Vorjahre. Dieser Umstand ist auch deshalb merkwürdig, weil doch die Eisenindustrie als Kohlen- resp. Koks-konsument an erster Stelle steht. Wenn also die Versorgung mit Kohle noch um 3,3 Proz. gegenüber dem Vorjahre stieg, während die Roheisenerzeugung um 9,6 Proz. abnahm, so legt dies allein schon die Vermutung nahe, daß erhebliche Kohlenvorräte mit in das neue Jahr hinübergenommen worden sind. Mehr noch als Kohle kommt freilich Koks für den Verbrauch der Eisenindustrie in Betracht; bei der Versorgung mit Koks zeigt sich die Bedarfs-einschränkung der Eisenindustrie schon etwas mehr. Die Koksherstellung blieb mit 19,53 Millionen Tonnen in den ersten elf Monaten 1908 um 2,4 Proz. hinter der im Jahre 1907 zurück. Die Versorgung Deutschlands mit Koks belief sich auf 16,74 Millionen Tonnen oder 7,9 Proz. weniger als im Jahre zuvor. Jammervoll ist auch die Einschränkung der Versorgung mit Koks im Verhältnis zu der Abnahme der Roheisenerzeugung, die die Versorgung mit Eisen zurück. Einer Erzeugungseinschränkung um 9,6 Proz. steht ein Rückgang der Versorgung um rund 21 Proz. gegenüber.

Im Dezember betrug nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller die Roheisenerzeugung in Deutschland und Luxemburg insgesamt 1 016 538 Tonnen gegen 930 738 Tonnen im November 1908 und 1 106 375 Tonnen im Dezember 1907. Die Erzeugung während der Monate Januar-Dezember 1908 stellte sich auf 11 813 511 Tonnen gegen 13 045 700 Tonnen im Jahre 1907. Demnach ergibt sich ein Rückgang von 1 232 249 Tonnen gleich 9,45 Proz.

Eine neue Industrie. Die Hüttenwerke von Rheinland-Westfalen haben in ihrer Nähe riesige Schlackenhalde, die sich im Laufe der Zeit zu riesigen Bergen aufgetürmt haben. Bisher wurden die Schlacken zum Ausschütten und Beschoitern benutzt. Jetzt ist in Dortmund dicht an den Schlackenhalde der Unionwerke eine große Steinfabrik errichtet worden, die Steine aus Hochofenschlacken und Wasserkalk herstellt. Das Erzeugnis soll die gleiche Druckfestigkeit haben wie Gesteine. Die Maschinen und Einrichtungen mischen das Material und besorgen das Trocknen der Steine, die in einem Tage fertig sind. Der Preis stellt sich niedriger als der für Ziegelsteine. Die ersten Proben sind bereits der Baupolizeibehörde eingereicht worden.

Finanzoperationen nach der Katastrophe von Messina.

Bei seinem Finanzexplosions betonte der italienische Finanzminister Carcano vor kurzem, daß es durchaus notwendig sei, bei der Bewährung neuer Ausgaben mit weiser Delonomie zu verfahren, sonst sei eine Umwandlung des Ueberdusses in ein Risiko allzu leicht vorauszusetzen. Und nun tritt die erschütternde Katastrophe in Süditalien ein, in ganz unerwarteter Weise fordert sie heute noch nicht zu Ueberhebungen.

Städte und Pflöden müssen nicht nur wieder erbaut, sondern auch auf Jahre hinaus von allen südlichen Uebgen befreit werden. Durch geeignete Vorkehrungen und die vorläufige Außerkräftsetzung aller kommerziellen Verpflichtungen muß man den Kredit zu Hilfe eilen. Da die kosmische Revolution die Grenzen des Vordrängens verweist hat, sollen neue Linien gezogen, der Verkehr muß wieder eingeleitet, die Regamkeit den gewöhnlichen Bahnen wieder zugeführt werden. Das eine so gewaltige Aufgabe nur dem Staat übertragen werden kann, dafür gibt es nur eine Stimme. Luzzatti glaubt, daß die Zufußnahme zu einer Zwangs-anleihe nicht zu vermeiden sein werde.

Im einem wahren Rattenkönig von Prozessen vorzubeugen, wird eine tiefgehende Ummodellierung der Gesetzgebung für Süditalien erforderlich werden. Man darf gespannt sein, welche erste Mittel angewandt werden sollen, um der Not nahe zu kommen. Eine Nationalanleihe kann den Kredit erschüttern, eine Erbschaftsteuer kann einer Kriegsteuer gleich. Man hält die Erhöhung und zwar die progressive Erhöhung der bestehenden Steuer noch für das opportuniste. Die Wohlhabenden können bei dem steigenden Industrielehen in Italien sich einen Abzug wohl ertragen. Dagegen sollten die kleinen landwirtschaftlichen Besitzer und die Volkswirtschaften von solchen Steuererhöhungen frei bleiben. Auch eine Fahrartensteuer von 5 Centesimi pro Karte wird erwogen. Spekulatoren haben den Augenblick für geeignet gehalten, einen Raub gegen die Banca d'Italia und andere große italienische Banken, die Banca Commerciale, Credito mobiliare usw. zu inszenieren. Sie hatten das Gerücht verbreitet, die Banca d'Italia habe bei der Katastrophe von Reggio und Messina 40 Millionen eingebüßt, während deren Treulos intact geblieben sind und sie gar keinen Verlust erlitten hat. Nur die Verfügung der Regierung, zum Zeichen der Trauer die Börsen eine Woche lang zu schließen, hat dieses Waisensand überdeckt.

Nach einigen Andeutungen des Ministerpräsidenten Giolitti kann man annehmen, daß sich die Regierung von der Kammer die nötige Vollmacht erteilen lassen wird, um von den 86 Millionen Ueberduss 30 Millionen für die Erbschaftsteuer verwenden zu dürfen.

Bohloz deutschen Reiches. Eine nach Osten auf den 6. Januar vom Justizkomitee zur Abwehr der deutschen Lohndahl-Einfuhr einberufene Versammlung war von 72 schweizerischen Männern besucht.

Es wurde beschlossen, über das deutsche Getreide und die deutschen Weizenprodukte den Vorkauf zu verhängen. Sollte der Getreideboykott unwirksam bleiben, so soll das gewählte Justizkomitee Vorschläge unterbreiten, um den Vorkauf auch auf andere Artikel auszudehnen.

Soziales.

Wie ist die Entschädigung eines Krankenkassenvorsitzenden zu bemessen?

In Stelle der Entschädigung für den Einzelfall wollte die Ortskrankenkasse Schöneberg dem Vorsitzenden und dem Schriftführer eine Pauschale gewähren als „Entschädigung für den durch Wahrnehmung der Vorstandsgeschäfte ihnen erwachenden Zeitverlust und entgehenden Arbeitsverdienst“. (§ 34a des Gesetzes.) In der Generalversammlung vom 28. April 1907 wurde beschlossen, dem § 40 des Statuts folgende neue Fassung zu geben: „Die Mitglieder des Vorstandes sowie der Kassenscheidungskommission führen ihr Amt als Ehrenamt unentgeltlich. Notwendige, durch die Amtsführung entstandene Vorauslagen, sowie entgangener Arbeitsverdienst sind dem Vorstande sowie den Kassenscheidungskommissionsmitgliedern zu ersetzen. Die Vorstandsmitglieder erhalten, mit Ausnahme des Vorsitzenden sowie des Schriftführers, für jede Sitzung, an welcher sie teilnehmen, als Entschädigung für den ihnen erwachenden Zeitverlust den Betrag von 1,50 M. Der Vorsitzende erhält als Entschädigung für den ihm durch seine Amtsführung einschließlich der Teilnahme an den Sitzungen erwachenden Zeitverlust 500 M. pro Jahr, der Schriftführer aus dem gleichen Anlaß 250 M.“

Dieser Statutenänderung verweigerte der Bezirksausschuß die Genehmigung und verließ dabei in der von der Kasse beantragten mündlichen Verhandlung. Neben formalen Gründen, das Zustandekommen des Beschlusses betreffend, stützte er sich auf folgende Erwägungen: Materiell sei der Beschuß unzulässig, weil er nach dem Wortlaute der Bestimmung eine doppelte Entschädigung der Vorstandsmitglieder nicht ausschließe. Nach der in Aussicht genommenen Fassung des § 40 würden bei Teilnahme an den Sitzungen die Mitglieder des Vorstandes neben dem Ertrag des durch die Amtsführung entgangenen Arbeitsverdienstes auch noch auf die im zweiten Absatz vorgezeichnete Entschädigung für den erwachsenen Zeitverlust Anspruch erheben können. Eine mehrfache Entschädigung sei aber nach § 34a des Krankenversicherungsgesetzes nicht zulässig.

Die Kasse legte Revision ein. In der Begründung des Rechtsmittels wurde hervorgehoben, daß die vom Bezirksausschuß befürchtete Doppelentwähmung nicht beabsichtigt sei.

Der dritte Senat des Oberverwaltungsgerichts verwarf am 4. d. M. die Revision. Er führte aus:

Wenn § 34a des Krankenversicherungsgesetzes davon spreche, daß eine Entschädigung für den durch Wahrnehmung der Vorstandsgeschäfte ihnen „erwachenden Zeitverlust“ und entgehenden Arbeitsverdienst — gewährt werden könne, dann sei das ein einheitlicher Begriff. Die sollte dem Zeitverlust bewertet werden, wenn kein entgangener Gewinn damit verbunden wäre? Die Zeit an sich hätte doch keinen Geldwert, sondern nur in Verbindung mit Gewinn. In der strittigen statutarischen Bestimmung aber seien Zeitverlust und entgangener Arbeitsverdienst auseinandergerissen. Die Vorarbeiten könnten so ausgelegt werden, daß es für erwachenden Zeitverlust so und so viel und für gleichzeitig entgehenden Arbeitsverdienst auch noch etwas geben sollte. Die bloße Möglichkeit, daß die Bestimmung so ausgelegt werden könne, müsse dazu führen, die Genehmigung zu verweigern. Es brauche deshalb auf die Höhe der Beträge und darauf, ob bei der Beschlusfassung etwa formale Mängel vorlagen, nicht erst eingegangen werden.

Ein Kaufmann als Vertreter eines Prägerichts.

Ein Prinzipal, der durch einen eigenartigen Herrenstandpunkt dem Berliner Kaufmannsgericht jetzt viel zu schaffen macht, ist der Kaufmann H. Walter, der in mehreren Filialen ein Kolonialwarengeschäft betreibt. Da gegen den Beklagten von mehreren klagenden Veräußern der Vorwurf der schweren Beleidigung und Mißhandlung erhoben wurde, so lag dem Gericht daran, den H. persönlich kennen zu lernen, trotz der Anordnung persönlichen Erscheinens gelang es aber bisher nicht, ihn vor Gerichtsstelle zu zitieren. Er richtet im Gegenteil Briefe an das Kaufmannsgericht, in denen er in wegwiesender Weise erklärt, er denke gar nicht daran, vor Gericht zu erscheinen. H. ist jetzt erneut bei Vermeidung einer hohen Ordnungsstrafe vorgeladen worden. In der Klage des Veräußers Dobring, die vor einigen Tagen verhandelt wurde, behauptete der Kläger, der in Kost und Logis bei Beklagtem stand, letzterer habe ihn wegen geringfügiger Ursache ausgewiesen, und zwar sollte er binnen fünf Minuten das Logis geräumt haben. Als aber H. in den Hinterraum ging und keine Sachen packte, holte ihn der Beklagte wieder zurück, indem er ihn an beiden Schultern schüttelte und anschrte: „Wollen Sie wohl machen, daß Sie an die Arbeit gehen. Sie Verbrecher?“ Der Vertreter des Beklagten gibt den Tatbestand an sich zu und kann als Entschuldigend nur anführen, daß der Chef stark gereizt worden sei. In einem neuen Termin soll nun der Beklagte selbst gehört werden.

Für einen besonders schneidigen Vertreter hatte der Beklagte zur gezeigten Verhandlung, in welcher es sich um das Restgehalt des Veräußers Gerth handelte, Sorge getragen. Er war mit 50 M. Monatsgehalt nebst Kost und Logis in der Filiale Schlegelstraße angestellt. Als er am zweiten Weihnachtstage infolge eines Magenleidens nicht pünktlich im Laden erschien, ging der Prinzipal in seine Kammer und mißhandelte ihn am ganzen Körper so unbarbarisch, daß H. bis jetzt im Krankenhaus danielerlag. Der Vertreter gab nicht nur die Mißhandlung zu, sondern erklärte: „Soll denn der Chef gar kein Recht haben? Das war noch viel zu wenig, viel mehr hätte er kriegen müssen.“ Der Vorsitzende der 6. Kammer rügte den Ton des Vertreters. Im übrigen führte er leider einen Vergleich dahin herbei, daß H. 100 M. an Kläger zahlt und die beim Staatsanwalt gegen G. erhobene Beschuldigung der Unterschlagung zurücknimmt.

Tod durch Zementstämme.

Eine für Zementarbeiter wichtige Entscheidung fällt vor kurzem das Reichsversicherungsamt in einer Unfallsache gegen die Tiefbau-Versicherungsgesellschaft. Der Arbeiter J. D. hatte einen Pödel an der Kasse und sich denselben abgetraut. Während der Arbeit war ihm dann reine Zementstämme an die wunde Stelle gespritzt. Er verspürte bald darauf große Schmerzen und meldete sich beim Vorkler krank. Schon nach einigen Tagen verstarb der Arbeiter an eitriger Hirnhautentzündung. Die Hinterbliebenen erhoben Anspruch auf Rente mit der Begründung, daß der Verstorbene sich die Infektion im Vertriebe zugezogen habe. Die Tiefbauversicherungsgesellschaft lehnte die Entschädigung ab. Den ablebenden Vorkler beauftragte das Reichsversicherungsamt den Fall zu entscheiden. Das Reichsversicherungsamt verurteilte aber nach vorheriger weiterer Vernehmung die Versicherungsgesellschaft zur Entschädigungszahlung. Das Ergebnis dieser Vernehmung war die protokollierte Aussage des Arbeiters A., der von dem Unfall selbst nichts betunden kann, der aber bemerkt hat, daß D. auf der Kasse einen Pödel hatte. A. nimmt an, daß D. beim Schlemmen der Zementwände sich die Kasse mit Zement bespritzt hat, was D. ihm auch

bei einem Besuche im Krankenhause gesagt habe. N. äußert sich auch gutachtlich dahin, daß beim Schlemmen große Vorsicht geboten sei, da Zement — falls er auf eine verletzte Stelle fällt — meistens Veranlassung zur Blutvergiftung gibt. Der als Zeuge und Sachverständiger vernommene Arzt Dr. D. in B. hat die Möglichkeit einer Infektion bestätigt.

Auf Grund dieser Beweisaufnahme ist das Rekurrtitel ergangen. Der allgemein interessierende Teil seiner Gründe geht dahin:

Nach dem ärztlichen Gutachten ist der Tod des Arbeiters F. D. infolge einer akuten eitrigen Hirnhautentzündung eingetreten, die durch eine von dem an der Halssteinhaut befindlichen Furunkel ausgegangene schwere septische Infektion verursacht worden ist. Solche Furunkel können allerdings, wie Dr. E. ausführt, ohne jede äußere Verletzung entstehen. In seinem Gutachten vom 5. September 1908 spricht sich der Sachverständige aber dahin aus, daß ein Furunkel auch durch eine Verletzung hervorgerufen und insbesondere durch das Ausfragen eines Fadens ein solcher und im Anschluß daran eine septische Allgemeininfektion erzeugt werden könne. Da nach der Behandlung des Zeugen N. der Verstorbenen wenige Tage vor seinem Tode seinen Mitarbeitern gesagt hat, er habe sich die Nase verletzt, und es sei gelblicher Zement in die Wunde gekommen, so hält es der Sachverständige für wahrscheinlich, daß diese Verletzung bei der Betriebsfähigkeit den Grund zur Entstehung des Furunkels und der sich daran anschließenden tödlichen Erkrankung gebildet hat.

Seiner Auffassung hat sich das Reichversicherungsamt angeschlossen und deshalb den ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Tode des D. und seiner Betriebsfähigkeit als ausreichend erwiesen angesehen.

Haftung der Betriebsleiter.

§ 74 des Allgemeinen Vergesetzes bestimmt: „Der Vergewerksbesitzer hat die zur Leitung und Beaufsichtigung des Betriebs angemessenen Personen wie Betriebsführer, Steiger, technischer Aufsicht usw. der Vergewerksbesitzer zu machen. Erst nachdem diese ihre Befähigung anerkannt hat, dürfen jene Personen die ihnen übertragenen Geschäfte übernehmen.“ Und der § 76 desselben Gesetzes lautet: „Die Personen, die die Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebes übernommen haben, sind für die Inerhaltung des Betriebes sowie für die Befolgung aller im Gesetz enthaltenen oder auf Grund desselben ergangenen Vorschriften und Anordnungen verantwortlich.“ In einem Strafverfahren gegen den Direktor Trippel von der Zeche Dorstfeld war mit zu entscheiden, ob für Uebertretungen von Vergewerksbesitzern auch solche Personen verantwortlich gemacht werden können, die nicht gemäß § 74 der Vergewerksbesitzer genannt und von ihm anerkannt sind. Der Direktor Trippel, der nicht zu den Personen im Sinne des § 74 gehörte, wurde dafür verantwortlich gemacht, daß von der Zeche Dorstfeld, entgegen dem Verbot einer Vergewerksbesitzer, nicht genügend geläuterte (gereinigte) Vergewerksabwässer in einen öffentlichen Wasserlauf flossen. — Das Landgericht Dortmund sprach ihn frei, indem es seine Haftbarkeit verneinte. — Das Kammergericht hob das Urteil am Montag auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück: Wenn der Angeklagte auch nicht der Vergewerksbesitzer nach Maßgabe des § 74 des Vergesetzes als verantwortlicher Betriebsführer genannt sei, so werde seine Haftbarkeit dadurch nicht ohne weiteres ausgeschlossen. Inwiefern eine Haftbarkeit in dem Falle vorliege, das bemesse sich nach den allgemeinen strafrechtlichen Grundsätzen. Hier stehe fest, daß der Angeklagte nicht bloß lausmännlicher Leiter, sondern auch Betriebsleiter gewesen sei. Es müsse deshalb mit seiner Verantwortlichkeit gerechnet werden. Es komme darauf an, wie sich seine Stellung im einzelnen gestaltet habe. Das Landgericht müsse das nähere feststellen.

Gerichts-Zeitung.

Herberrechtsmännlein.

Der Schriftsteller S. Zimmermann in Brühl bei Köln hat an uns unter Bezugnahme auf den Bericht über die Verhandlung vor dem Reichsgericht gegen Dr. Sierde in Nr. 3 unserer Zeitung eine längere Einwendung gerichtet, die er als Berichtigung im Sinne des Preßgesetzes bezeichnet. Den wörtlichen Abdruck müssen wir trotz der Berufung auf das Preßgesetz ablehnen, weil die vermeintliche Berichtigung beleidigende Ausführungen gegen den Dr. Sierde enthält. Dem materiellen Inhalt der Zuschrift geben wir trotzdem Raum. Herr Zimmermann verweist sich gegen den Teil des Gerichtsberichts, der behauptet, Herr Zimmermann habe „ein Nachdruckshonorar von 20 Pf. pro Zeile gefordert, das sich auf 5 Pf. ermäßigen solle, wenn die „Landeszeitung“ auf seine Korrespondenz abonnierte.“ Bismarck habe Dr. Sierde aus eigener Initiative, ohne daß Herr Zimmermann dies angetregt hätte, nach dem Ersuchen um Zahlung von 20 Pf. pro Zeile gebieten, das Nachdruckshonorar auf 5 Pf. ermäßigen, und dabei ein Abonnement auf die Zimmermannsche Korrespondenz in Aussicht gestellt. In der Hoffnung, daß ein Abonnement folgen würde, habe er dann das Honorar auf 5 Pf. ermäßigt, später aber, weil ein Abonnement nicht erfolgte, Strafantrag gestellt.

Es ist offensichtlich für die Frage, ob in solchen Fällen ein Strafverfahren gestattet sein soll, völlig unerheblich, ob Herr Zimmermann oder Dr. Sierde die Abonnementfrage als Grund für die Preisermäßigung angeregt hat. Die Tatsache bleibt bestehen, daß Herr Zimmermann unter den geschätzten Verhältnissen Strafantrag gestellt hat.

Die Sachlage selbst spricht nach den Urteilsgründen des Landgerichts, die Herr Zimmermann uns zu übersenden die Güte hatte, noch stärker, als wir nach dem Bericht vom 8. d. M. annehmen konnten, gegen Herrn Zimmermann und gegen das Fortbestehen der Möglichkeit strafrechtlicher Verfolgung wegen Abdrucks von Berichten, die in der Praxis wiederholt zu „Ausarbeitungen wissenschaftlichen Inhalts“ vom Gericht gestempelt worden

sind. Das Landgerichtsurteil in Braunschweig stellt den Tatbestand in folgender Weise fest: Zimmermann hat „zunächst 15 Pf. oder 20 Pf. für die Zeile (im ganzen 60 Zeilen) als Nachdruckshonorar von der Redaktion der „Braunschweigischen Landeszeitung“ gefordert, späterhin, in der Voraussetzung, diese Zeitung werde auf seine Korrespondenz abonnieren, den Preis auf 5 Pf. für die Zeile ermäßigt, diesen Betrag auch gezahlt erhalten, dann aber wegen Fortfalls jener Voraussetzung unterm 21. Oktober 1907 schriftlich Strafantrag wegen Nachdrucks gegen die Angeklagten gestellt.“ Aus dem Urteil ergibt sich ferner, daß Zimmermann, inwieweit er die von ihm geforderte Bezahlung erlangt hatte, im Strafverfahren auch noch eine Buße von 50 M. bezog. Dieser Anspruch war, wie das Urteil ausführt, „mangels sachlicher Begründung und Substantierung abzuweisen, zumal Nebenläger mit Zahlung des hier ortsüblichen Originalzeilenpreises von 5 Pf. für den Abdruck bereits ausreichend entschädigt ist.“

Der Fall Zimmermann-Dr. Sierde ist hiernach geradezu ein klassisches Schulbeispiel für die Notwendigkeit der Aufhebung der strafrechtlichen Bestimmungen für Fälle der vorgedachten Art. Dagegen, daß auch für die Fälle straflos Abdruck ein angemessenes Honorar zu zahlen ist, ist nicht einzutreten. Anders liegt es aber mit der Frage, ob in der Tat die Möglichkeit bestehen bleiben soll, selbst nach Bezahlung des Abdrucks das Strafverfahren zu einem Druck dahin zu mißbrauchen, daß weit mehr, als dem Verfasser der Notiz gebührt, ihm gezahlt werde. Weit eher liegen in dem Verlangen, für 61 Zeilen außer der ortsüblichen Zahlung von 3,20 M. 50 M. zu erhalten, alle objektiven Tatbestandsmerkmale einer Erpressung, als in dem Nachdruck eines ohne Nachdruckverbot erschienenen Gerichtsberichts ein strafbarer Nachdruck.

Als Opfer der Tropen

Stand gestern der frühere Konsulatssekretär Spalbing vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter der Anklage des Mordvergehens. Der augenscheinlich schwer nerbenkranke Mann hat 23 Jahre lang in den Tropen zugebracht. Er diente fernerzeit beim Militär auf Abanement, ging als Feldwebel ab und trat in die holländische Kolonialarmee ein. Er ist schließlich in den Konsulatsdienst übergegangen und bekleidete bei dem Generalkonsulat in Batavia die Stelle eines Sekretärs. Er hat in dieser Stellung viel schwere Krankheiten durchgemacht. Er hatte besonders oft und schwer an der Malaria zu leiden, die seinem Körper und seinen Nerven arg aufsetzte; dazu gefolgt sich Leberkrankheiten, Nierenleiden, Rheumatismus und eine ihn und seine Umgebung plagende nervöse Erregbarkeit. Seine psychische Depression erreichte mitunter einen bedrückend hohen Grad und trieb ihn zweimal zu einem Selbstmordversuch. Die fortwährenden Krankheiten, von denen auch seine Frau befallen wurde, kosteten sehr viel Geld und seine finanzielle Leistungsfähigkeit verlor sich nicht, um die erheblichen Kosten der ärztlichen Behandlung zu erwünsigen. Dadurch kam er auf die schiefste Ebene. Zu seinen Obliegenheiten gehörte auch die Registrierung der Beträge, welche die Handelschiffe an Hafengebühren zu zahlen haben. Er ließ sich nun verleiten, in einer Reihe von Fällen diese Gelder zu unterschlagen und für sich zu verwenden. Zur Verdeckung seiner Verfehlungen machte er falsche Eintragungen in die Register. Von Gewissensbissen gequälte hat der schwerkranke Mann eines Tages aus eigenem Antrieb dem Generalkonsul gebeitet, daß er sich an fremdem Gute vergreifen. Er ist infolgedessen vom Amte suspendiert worden und mit Familie nach Europa zurückgekehrt. Hier hat er sich sofort den Behörden gestellt. Der Angeklagte war von seiner Ehefrau auf einige Zeit in das Parli-Sanatorium zu Pantoflo gebracht worden, dessen Leiter, Dr. W. H. H. vor Gericht befandete, daß der Angeklagte infolge des häufigen Malariafiebers in den Zustand hochgradiger nervöser Erregung versetzt, § 51 St.-G.-B. aber auf ihn nicht anwendbar sei. Staatsanwalt Müller vertrat nicht, daß der Angeklagte wohl Mitleid erwecken könne und empfahl selbst den Geschworenen, die Frage nach mildernden Umständen zu bejahen. Die Geschworenen billigten dem in vollem Umfange gefälligen Angeklagten mildernde Umstände zu. Er wurde zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Beschädigung von Schaufenscheiben mit Hilfe eines Oloferdiantanten

lag einer Anklage wegen vorsätzlicher Sachbeschädigung zugrunde, welche gestern den Oloferdiantanten Max Souhart vor die 7. Strafkammer des Landgerichts I führte. Am Morgen des 8. Februar vorigen Jahres entdeckten verschiedene Ladeninhaber in der Landesberger Straße zu ihrem Schrecken, daß während der Nachtzeit von böswilliger Hand ihre großen und zum Teil sehr wertvollen Schaufenscheiben anscheinend mit einem Oloferdiantanten völlig zerschritten und zertrümmert waren. Auf ihre sofortige Anzeige bei der Polizei wurde ihnen der Bescheid zuteil, daß der Altentäter bereits gefasst sei, aber vorläufig noch vernunftunfähig wäre, da er in einer Zelle liege und dort seinen Kausch ausschläfe. Der Täter war der jetzige Angeklagte Souhart, der in der Nacht von dem Wächter Hansjohann der Berliner Wache und Schließerschloß bei Begehung der Straftaten abgefahrt und zur Wache gebracht worden war. Nachdem S. seinen Kausch ausgeschlafen hatte, beteuerte er Himmelsdank, daß er von der ganzen Sache nichts wisse. Er habe am Abend vorher an einer Hochzeit und darauf noch an einer Geburtstagsfeier teilgenommen und dort stark gezecht. Er sei dann noch mit einem Bekannten in verschiedenen Lokalen und Cafés eingekehrt und sei dann erst wieder auf der Polizeiwache zur Befragung gekommen. Was in der Zwischenzeit vorgefallen sei, wisse er nicht. Auf Antrag des Rechtsanwalts Goldberg war zu der gestrigen Verhandlung der Rechtsanwält Dr. Eißner geladen worden, der begutachtete, daß der Angeklagte als hereditär belasteter, geistig minderwertiger Mensch durch den unmäßigen Alkoholgenuß in einen Zustand geraten sei, in dem seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Dem Antrage des Staatsanwalts gemäß wurde Souhart freigesprochen.

Aus einer kleinen sächsischen Gemeinde.

Den Typ eines Ortsgeralligen in kleinen Gemeinden ländlichen Charakters stellte in seiner Person der Ortsbürger Julius Barthold aus Leifersdorf in der Amtshauptmannschaft Chemnitz vor, der sich wegen Unterschlagung amtlicher Gelder vor dem Landgericht Chemnitz zu verantworten hatte. Er war angeklagt, Pfandbriefe im Werte von 1200 M., Eigentum der Gemeinde, verkauft, und den Erlös, sowie 300 M., die ihm der Gemeindevorstand zur zinslosen Anlage übergeben, und 200 M., die ihm das Ministerium als Alterszulage für den Lehrer mit der Post zugeschickt hatte, in seiner Wirtschaft verwendet zu haben. Des Tatsächlichen war der Angeklagte geständig, doch will er sich der Strafbarkeit seines Tuns nicht bewußt gewesen sein. Er ist jetzt 60 Jahre alt. 1875 war er bereits im Gemeinderate, später wurde er Gemeindevorstand. Mit dem Gelde ist es nicht immer so sehr genau genommen worden. B. galt als gut finanziert und so war man in der Gemeinde nicht besorgt, zumal B. seinen Verpflichtungen immer nachkam. Aber seit dem 1. Januar 1886 war er durch einen Gemeinderatsbeschluss zur Führung von Kassenbüchern verpflichtet worden, auch sollte er die Gelder gefordert und nicht mehr unter den eigenen Aufsicht wahren. Da hat es denn manchmal gehapert. Wiederholt wurde er bei Revisionen von Beamten der Amtshauptmannschaft über Kassenführung und Aufbewahrung der Gelder befragt. Fehlerränge, die sich schon früher ergeben hatten, deckte er, und damit war die Sache auch für die vorgesetzte Behörde abgetan, die dem alten Mann viel nachgab, zumal wohl, denn B. hat vielleicht gar nicht gemerkt, daß er sich durch die Verwendung der Gemeindegelder zu Privatweden strafbar machte. Bei einer unermuteten Revision vom 8. September 1908 fehlten 219,33 M. und die Kreditbriefe. Nur 10,33 M. konnte A. decken und seine Gemeindegelder, die er noch nicht abgeführt hatte. Wegen der Kreditbriefe beharrte er sich mit Ausreden. Später gestand er ein, daß er sie verkauft und das Geld verbraucht habe. Er leistete vollen Einsatz, nachdem er ein Darlehen aufgenommen hatte und dann legte er sein Amt nieder. Er will das Geld nur als Gehalt betrachtet wissen, zumal er es tatsächlich verzinst hat. Er wurde wegen Beamtenunterschlagung zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus einer Armenkommission.

Zu dem Bericht in Nr. 5 unserer Zeitung wird uns mitgeteilt, daß die Armenkommission des Bezirks 125c auf Grund des ärztlichen Gutachtens des Dr. Jungmann der unterfuchungsbedürftigen Greisin dauernde Unterfuchung seit einigen Monaten angebilligt hat.

Eingegangene Druckschriften.

Kalender für das Bergewerbe 1909. — Allgemeiner Zähler-Kalender 1909. Beide von E. Bachhoff. Preis jedes einzelnen Kalenders 1,50 M. J. Hermanns Hof, Berlin SW. 48.
Kleines philosophisches Wörterbuch von R. Döberlein. — Die Weltanschauung Hädels von R. Apel. — Der Wert des Lebens von R. W. Goldschmidt. Preis des Einzelbandes 1 M. „Hilde“, Schneberg.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkundsche über Studienfrage Nr. 3, zweites Heft, dritter Eingang, der Tropen, 1908, Jahrgang 1908, wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. Besucht 7 Uhr Sonntag beginnt die Ehrenkundsche um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Größliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Große Fragen tragen man in der Ehrenkundsche vor.

N. 2. 7. Wenn nicht etwa in Ihrem Nichtvertrage gegenseitiges vereinbart ist, wie das die meisten Berliner Nichtverträge tun, ist der Nichtschadenpflichtig. — Sasse, Nudelpflaster. Bis zum April. Die Geben des Nichters sind an den Vertrag gebunden. Jedoch können sie einen länger laufenden Vertrag bis am 3. des auf das Beschleunigt folgenden Monats kündigen. Ist der Vater im Dezember verstorben, so künden alle die Geben bis am 3. Januar den Vertrag bis zum 31. März kündigen, auch wenn der schriftliche Vertrag bis zum Oktober läuft. — N. 11. Der Zahlungsberechtigte hat keine Klagsfrist mehr. — N. 100. 1. In 2. Rein. 2. Sie mühen das Recht beim Amtsgericht erheben. — N. 100. 100. Dagegen können Sie nicht machen, da Sie nicht pflichtwidrig verhandelt sind. — N. 2. 57. Der Wert, der eine falsche Auskunft erteilt, ist schadenlospflichtig. Zur Begründung der Klage sowie auch zur Anstellung einer solchen auf Unterfuchung solcher Nachrede ist der Gemeindevorstand erforderlich, daß der Wert falsche Auskunft erteilt hat. — N. 6. 77. 1.—3. Rein. 4. Ergen 10 M. 6. Utos 2 M. 6. Rein. 7. Sie hätten bei Übernahme des Geschäfts die Prüfung der Gewichte herbeiführen können. — N. 55. Die Erbschaft war nicht steuerpflichtig. Ihr Vater hat sich nicht strafällig gemacht, ganz abgesehen davon, daß event. Verjährung vorliegen würde. — N. 25. 1. Eine Klage bei dem Landgericht, bei dem die Eheführung unangänglich wäre, würde wohl den gemäßigten Zweck erreichen. 2. Der Standesbeamte würde Auskunft erteilen. — N. 6. 1881. Da für dies Gewerbe eine Zwangsnummer besteht, gehören Sie der Nummer an. — Anna Hiltensberg 74. 1. und 2. Rein. 3. Legitimationspapiere sind nicht erforderlich. 4. Warten Sie die nächste Frist ab. — N. 74. Der Lohn würde Ihnen nur bis zum 16. zuteilen. — N. 55. Eine Schadenerschaft würde vorliegen, wenn nicht etwa ein wichtiger Grund vorliegt, der die Aufhebung des Vertrages rechtfertigt. — N. 2. Rein. — N. 1863. Auch wenn die Wirtschaft verkauft oder verpachtet wird, geht der Wert mit seiner Forderung vor. Ob der Vertrag nun schriftlich oder von einem Notar gemacht wird, ist unerheblich. — N. 50. 1. Nach dem Gesetz ist die Gemeinde zum Ertrag der Steuer nicht verpflichtet. 2. Wenn eine über 1000 hinausgehende Dauerernte vorliegt: nein. — N. 10. Der gerichtliche Beschluß genügt zur Aufhebung des Arrestes. Senden Sie denselben der Poststelle ein. Sollte diese die Einwilligung des Anwaltes verlangen, so wenden Sie sich, wenn derselbe die Einwilligung ablehnt, an den Vorstand der Anwaltskammer. — N. 1863. Spätestens am 31. Dezember hätte die Kündigung in Ihren Händen sein müssen. — N. 1863. Eine Klage auf Aufhebung des Vertrages event. auf Befreiung der von Ihnen angeordneten Mißstände sowie auf Schadenersatz hätte Aussicht auf Erfolg. — N. 10. 14. Rein. — N. 6. 72 3. 1. Unfere Erbschaft ja, aber die Rechtslage ist ungewiß. 2. Ja. 3. Rein. 4. Wenn der Antrag in der ersten Woche gestellt wird: möglicherweise auch dem zu 1. bargelegt. Es empfiehlt sich eine glatte Vereinbarung, und falls eine solche nicht zustande kommt, der Versuch einer Klage auf Aufhebung des Lehrvertrages bei dem Deutschen Gewerbegericht. —

Für den Inhalt der Interate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 9. Januar.
Anfang 7 Uhr.
Königliches Opernhaus. Straßlieb.
König. Schauspielhaus. Maria Stuart.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Revolution in Brüssel.
Kammerspiele. Der Graf von Gleichen. (Anfang 8 Uhr.)
Besing. Hochscholm.
Anfang 8 Uhr.
Berliner. (Einer von unsere Zeit.
Denes Schauspielhaus. Kadages.
Denes. Israel.
Steines. Moral.
Königliche Oper. Jaja.
Hebel. Frau Warrens Gewerbe.
Heidrich. Kammerspiele um Amelie.
Schiller. O. (Schiller. Lgeuer.)
Die Frau von Messina.
Schiller. Charlottentag. Ein Volkstheater.
Friedrich-Wilhelmstädt. Quaren.
Heber.
Nachmittags 4 Uhr: Robinson Crusoe.

Westen. Der tapfere Soldat.
Nachmittags 4 Uhr: Dornroschen.
Thalia. Kein Leopold.
Nachmittags 4 Uhr: Kar und Moritz.
Luisen. Die Kinder des Kapitan Grant.
Nachmittags 4 Uhr: Frau Holle.
Bernhard Hölle. Bräderlein sein.
Nachmittags 4 Uhr: Robinson Crusoe.
Wilhelm-Theater. Die Schöpfung.
Vaterhand. Die glücklichste Zeit.
Trianon. Der Salyr.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW.
Die Tochter des Herrn Fabricius.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Den König drückt der Schuh.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Gastspiel-Theater. Jaja. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Bürgerl. Schauspielhaus. Der Wildschütz. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Gebrüder Bernfeld. Die beiden Dandies.
H. u. O. Dntel Kofant. Spezialitäten.
Metropol. Dornroschen. — Iadelok.
Wintergarten. Spezialitäten.
Parade. Spezialitäten.
Kassino. Die Dianabäder. Spezialitäten.
Reichshallen. Stillerer Senger.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Servus Pfäffchen.
Lustige Chemam.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Einer von unsere Leut'.
Morgen: Einer von unsere Leut'.
Heibel-Theater
Königsgrüder Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Frau Warrens Gewerbe.
Sonntag: Der Liebhaber.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25. a. b. Luftentl.
3 1/2 Uhr: Den König drückt der Schuh.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Gastspiel-Theater
Königsgrüder Straße 68. 8 1/2 Uhr:
Gastspiel Hl. Ludwig Lange:
Zaza.
Luisen-Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Fran Holle.
Abends 8 Uhr:
Die Kinder des Kapitan Grant.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Daffelo.
Abends: Blühende Berliner.
Montag: Blühende Berliner.

BERNHARD ROSE THEATER
St. Franziskaner Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Gründerlein sein.
Vollständ. mit Gesang in 5 Akten von
Katholik. Kniff von Leo Fall.
Wochentagspreise.
Nachm. 4 Uhr Kindervorstellung:
Robinson Crusoe.
Bürgerliches Schauspielhaus
Kastanien-Allee 7-9.
Der Militärstaat.
Lustspiel in 4 Akten von Moser.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Sonntag nachm.: Die Hahn v. Toledo
Abends 8 Uhr:
Wilhelm Tell.
Folies Caprice.
Durchschlagender Erfolg!
Ein lediger Chemann.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 49/49.
Nachm. 4 Uhr: Jerusalem.
Abends 8 Uhr:
Sizilien.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Sonnabend, 9. Januar, nachm. 3 Uhr:
Robinson Crusoe.
Abends 8 Uhr:
Sinfarensieber.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Madame
Sans-Gêne. Abends: Sinfarensieber.
Montag 8 Uhr: Sinfarensieber.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die glücklichste Zeit.
Rixdorter Theater
Bergstraße 147.
Sonntag, den 10. Januar 1909:
Der Weg zum Herzen.
Lustspiel in 4 Akten von Ad. L'Arronge.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Guhay Schreind. Die tolle Lolo.
Ein Berliner muß es sein.
Spezialitäten.
Parodie. 2. 3. 7. Die Janberfist.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Urania. Faustentzüge 18/19.
Nachmittags 4 Uhr: Jerusalem.
Abends 8 Uhr: Styllen.
Sternwarte. Invalidenthe. 57/62.
Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Israel.
Morgen und folgende Tage:
Israel.
Theater des Westens.
Abendtäglich 8 Uhr:
Der tapfere Soldat.
Sonnabend und Mittwoch nachm.
4 Uhr kleine Preise: Dornroschen.
Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
„Kümmere Dich um Amelie.“
Schwan in drei Akten (vier Bildern)
von Georges Feydeau.
Morgen u. folgende Tage: Kümmere
Dich um Amelie.
Sonntag, 10. Jan., nachm. 3 Uhr:
Der Floh im Ohr.

Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.)
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Braut von Messina.
 Ein Trauerspiel mit Chören von
 Friedrich Schiller.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Ein Volksfeind.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Kontesse Guckerl.
 Montag, abends 8 Uhr:
Der Graf von Charolois.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Sonnabend, abends 8 Uhr:
Ein Volksfeind.
 Schauspiel in 5 Akten von F. Schlegel.
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Julius Caesar.
 Sonntag, abends 8 Uhr:
Charleys Tante.
 Montag, abends 8 Uhr:
Vater und Sohn.



Neues Programm!
Fragson
 der polyglotte Vortragskünstler am
 Klavier in seinem Repertoire.

Olga Desmond
 die Berühmtheit der Schönheits-
 abende in ihr neuen Schöpfung.
 u. 10 auserlesene Januar-Attraktionen
 Sonntag, den 10. Januar:
Nachmittags - Vorstellung.
Kleine Preise. Anf. 3 Uhr.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
 Zum Schluss:
Kompagnieball
 Militär-Humorede von
 Weydel. Anfang wochentl.
 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci, Kottbusser
 Dirschen Wilhelm Reimer.
 Sonntag, Montag und
 Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
 Gr. Elite - Kolossal-Prgr.
 Die neuesten Schlager der
 Saison in Wort und Lied.
 Einakter, Ensembleszenen.
Tanzkränzen.
 Beg. Sonnt. 8. wochentl. 8 1/2.
 Morgen Sonntag:
Hoffm. Nordd. Sänger. Tanz.

Variété-Brillant
 (City-Passage)
 Grosdonnerl. 52/3 Annonst. 42/3
Täglich
Intern. Ringkampf-Konkurrenz
 Heute, Sonnabend, 9. Januar,
 ringen:
 Russak (Polen) gegen Barkowski
 (Berlin).
 Woldt (Norddeutschland) gegen
 Hoffmann (Dortmund).
Gewinnungskampf:
 Walters (England) geg. P. Moldt
 (Brandenburg).
 Doch. d. großart. Spekt.-Prgr.
 Anf. 8, Beg. d. Ringl. 9 1/2 Uhr.
 Entree 50 Pf. rel. Platz 1,-

Palast-Theater
 Burgstraße 24, 3 Minuten vom
 Bahnhof Börse.
Das Monstre-Januar-Programm.
12 Attraktionen 12
 unter anderen:
 Athos, der beste Degenkämpfer der
 Welt. Inhaber der Welt-
 meisterschaft u. 141. Siegeleistungen.
 Amerikanischer Jekelkämpfer.
 Ier und Keifenprenger.
 Zum 1. Male in Deutschland.
 Ada Marcell, Preisgekrönte
 Schönheit.
Am Brunnen vor dem Tore.
 Volkstanz mit Gesang in 1 Akt.
 Familienarten, halbe Preise,
 wochentags überall gratis.

Gustav Behrens-Theater.
 Goltzstr. 9.
 Das vollständig neue
 Januar-Programm:
„Die tolle Lolo“
 Poffe mit Gesang in 1 Akt.
„Ein Berliner muß es sein“
 Poffe mit Gesang in 1 Akt
 und die übrigen erstklassigen
 Spezialitäten.
 Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Dr. Schünemann
 Spezial-Arzt für
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
 Friedrichstr. 203, Ecke Schlegelstr.
 10-2, 5-7. Sonnt. 10-12 Uhr.

Zirkus Schumann.

Heute Sonnabend, den 9. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung. — Ein besonders auserwähltes Elite-Programm.
 Dir. Schumanns neueste Dressuren.
 Der unübertreffliche vierbeinige Bicycle-Champion „Paet“.
 Clown Armandos boxendes Känguruh. Der Schlager der
 Saison. Das Pracht-Pantomime
Der Seeräuber Golo und Mädchenhändler.
 Sonntag nachm. und abends: 2 gr. Gala-Vorstellungen.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide
 108-114
 Vom 10. Januar bis 31. März täglich:
Gr. bairisch. Bockbierfest.
 Baron Muckl's Max vom Heedes
 Bauernkapelle. Tyrolertruppe.
 Sensationelle Prämierungen und Gratis-Verlosungen.
 Jeden Dienstag und Donnerstag: **Elite-Tag.**
 Anfang: täglich 7 Uhr. Entree 30 Pf.
 Sonntags 4 „ „ 50 „

Berliner Unions-Brauerei
 Hasenheide 22-31. Hasenheide 22-31.
Heute Eröffnungsfeier
 der
Original-Münchener
Bockbier- und Kirchweihfeste
 veranstaltet von der
Georg Langschen Truppe, München.
 Einzige Gesellschaft dieser Art, ohne jede Konkurrenz.
 Anfang 7 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Grand-Hotel-Festsäle
 Am Alexanderplatz. B. Jehmlich.
 Jeden Sonntag und Dienstag: [2161b]
Hamburger Sänger.
 Anfang Sonntags 6 1/2 Uhr, wochentags 8 Uhr.
 Vorsorgetarten haben wochentags Gültigkeit.

Ausverkauf
H. Markus
 Reinickendorfer Str. 14.
 Der Neubau der Lokalitäten erfolgt in
 ca. 14 Tagen, daher schleunige Räumung
 geboten! — Heute und in nächster Woche

Reste-Tage
 Reste und Coupons von Wasch-,
 Woll- u. Seidenstoffen, Samten,
 Seidenbändern, Spitzen, Putz
 etc., ganz fabelhaft billig.

Rest = Bestände
 von Damenkonfektion, Herrengarderoben,
 Kinderkonfektion, Wäsche, Unterkleidern
 etc. etc. u. a. m.:

1 Posten Damenpaletots, Kimonos u. Kostime, regulärer Wert bis 50 M.	jetzt	7.50
1 Posten Reste zu Blusen geeignet, zirka 2 1/2 Meter	jetzt Stück	0.50
1 Posten Sofaschoner aus gutem Plüsch, grün und rot, früher 5 M.	jetzt Stück	1.50
1 Posten Maccouterhemden und Hosen, gute Qualität.	jetzt Stück	0.75
1 Posten Portieren, abgepaßt, in guter Qualität, auch Ansch. statt 10,00-15,00	jetzt	3.00-8.00
1 Posten Tigerschlafdecken (ganz schwer) und weiße Bettdecken	jetzt	78 u. 1.00
1 Posten Kinderkleider und Knabenanzüge statt 1.00-3.00	jetzt	30, 98-4.00

JEDER ARBEITER
JEDER HANDWERKER
 sollte zur Arbeit die Lederhose **Herkules** tragen.



Unerreichte Leistungsfähigkeit. Allein-Verkauf. Sehr starkes Leder mit Zwirnketten in grauen und braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besonderer Haltbarkeit bedingt ist. Sehr fest. Kappnähte mit starkem Garn.

Schwere Leder-Pilot-Taschen. Grosse Flecken umsonst. Trotz dieser vielen und anderer Vorzüge kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe **4 M. 50**

Berufs- u. Schutzkleidung
 für alle Zweige der Gewerke u. Industrie, Sanitätsdienst usw.
BAER SOHN
 Spezial-Haus größten Maßstabes
 Chausseestr. 20-30 — Brückenstr. 1.
 Gr. Frankfurterstr. 20.
 Haupt-Katalog gratis u. franko.
 Nachdruck verboten.

Husten
 Heiserkeit, Katarrh, Krampfhusten
 beseitigen die ärglich erprobten
Kaiser's Brust-Karamellen
 5500 not. Begehr. Sengung. Bem. den
 sich. Erfolg. Paket 30 Pf.,
 Kaiser's Brust-Extrakt,
 Flasche 90 Pf.
 Zu haben in Apotheken u. Drogerien.



Das läßt man sich gefallen!
 Mit Teilzahlung billiger als anderweitig per Kassa liefert nur das Versandhaus Berliner Herren-Wöden, Sivalauer Straße 28 I, am Wolkenmarkt, an durchwegs zahlungsfähige Kunden. Garverobe fertig und nach Maß. Eigene Zuschneiderei und Werkstätten, daher konfurrenzlos. Verarbeitung haltbarer Stoffe, Garantie für tadellosen Sitz. Nicht gelieferte Rohstoffe, Paletots (Woll- und Seidenstoffe) werden im Versandhaus, Frankfurter Allee 188, Ecke Wägelstr., zu Räumungspreisen nur gegen Kassa verkauft. Besuch mit Rufen jederzeit. — Nachdruck verboten.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Zu Engrospreisen
 kauft man direkt in einer Herrenkleiderfabrik Winterpaletots und Anzüge wegen vorgerückter Saison und Umzugs. Die Fabrik hat sonst nur engros an bedeutende Herrenkonfektionsgeschäfte vertrieben, daher diese diskrete Bekannmachung. Bei schriftlichen Aufträgen unter A. 1 an die Haupt-Expediton des „Bismarck“ wird Ihnen diese vorteilhafte Bezugsquelle umgehend angelesen. Auch über die Möglichkeit diese Anfertigungsschreiben vorhanden.

XIV. Saison. Zirkus Busch.
 Heute Sonnabend, 9. Januar 1909, abends präzise 7 1/2 Uhr:
Gala-Premiere
 der neuen Pracht-Ausstattungs-Pantomime
Auswanderer
 in 5 Akten.
 1. Bild: Am Schwarzwald. 2. Bild: Am Hafen. 3. Bild: Auf hoher See. 4. Bild: Die Schiffbrüchigen. 5. Bild: Am Jubelstrand der neuen Heimat.
 Ferner das Riesig-Gala-Programm. Mit Surajah, der weibliche Kapitän! — Das Moto-Baby! — Der unheimliche Gigerelomn Alfred Daniels. — Das Mascotte-Zeio. — Meisterdeffuren des Herrn G. Schumann.
 Sonntag, den 10. Januar 1909:
Zwei große Gala-Vorstellungen.
 Um 4 Uhr und 7 1/2 Uhr. Um 4 Uhr hat jeder Erwachsene ein angelegentliches Kind unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen frei. (Galerie volle Preise.) Um 4 Uhr: **Barbarossa!** Haupttänzen und Balletts aus der Pantomime. Um 7 1/2 Uhr: **Auswanderer.**
 Die neueste Pracht-Ausstattungs-Pantomime.

Stadt-Theater Moabit.
 Größtes und vornehmstes Theater-Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492)
 Sonntag, den 10. Januar 1909:
Papageno.
 Poffe in 4 Akten von Rudolf Knefel.
 Anf. d. Vorf. 7. Nachöffnung 6 Uhr.
 Konzert 6 1/2 Uhr.
 Nach der Vorstellung: **Tanz.**
 Montag, 11. Januar: **Seitree** der **Lukiger Sänger.**
 Vorverkauf v. 10-1 Uhr i. Theater-Restaurant.

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr!
Willi Agoston
 in der tollen Burleske

Berlin im L. L.
 (Berlin im lenkbaren Luftschiff)
 und das grandiose:
Januar-Programm.
10 erstklass. Nummern!

Passage-Panoptikum.
Volkstage!
 Jeder Erwachsene ein Kind frei!
 Jedes Kind erhält ein Geschenk!
 Geschenke im Werte von 5 bis 1000 Mark. Darunter Einzelgeschenke von 20 Mark.
Ein Stündchen im Himmelreich.
 Die singenden Engelskinderchen.
 Lebend: **Das Bärenweib.**
Alles ohne Extra-Entree!

W. Noacks Theater
 Direktion Ad. Hill. Sonnenstr. 10.
Weihnachts-Feier
 der 5. Jugend-Abteilung der **Berliner Turngemeinde.**
 Theatralische Aufführungen. — Ball.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Sonntag 7 Uhr: **Gewonnene Herzen.**

Casino-Theater
 Lothringers Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 21. Januar!
 Heber 10 Mal einverkauft!
Die Dianabäder.
 Ab Freitag, den 22. Januar
 Neu! „Rußland“ Neu!
 Sonntag 4 Uhr: **Mutter Gräber.**

Berliner Eis-Palast
 Ständige Eisbahn. — Bis 13 Uhr
 nachts geöffnet. Großes Konzert. Abends
 9 und 10 Uhr Kallitretten erster
 Kunstläufer und -läuferinnen.

Apollo Theater
 8 1/2 Uhr: Seit Jahren der größte
 und stärkste Schlager!
Onkel Casimir.
 Operette von Max Winterfeld.
 Dazu ab 8 Uhr: Das Attraktions-
 programm mit La belle Alexia,
 Pilu ??? Goldene Armbrunde v. Berlin,
 internationales Kabarett unter dem
 Protektorat von Professor H. Voelke.

Metropol-Theater
 Heute:
1. gr. Metropol-Theater-Ball.
 Beginn 11 Uhr.
 Morgen Sonntag, den 10. Januar 1909,
 abends 8 Uhr:
Donnerwetter — tadellos!

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
 Vorverk. 11-2 Uhr.
 57 Kommandantenstr. 57.
 Heute Fest-Vorstellung.
Zum 100. Male:
Die beiden Bindelbands
 und der neue Künsterteil.

Walhalla Varieté-Theater
 Weinbergweg 19/20, Rosenthal Tor
 Abends 8 Uhr: Die glänzenden
 Januarspezialitäten. Der amerik.
 Radfahrer Diack, Saltos Mortale
 über eine mit Personen besetzte
 Dreifache u. d. übrige gr. Programm.
 Im Tunnel: Regimentskapelle.
 Theaterbesucher hab. freien Eintritt

Puhlmanns Theater
 Schöenhauser Allee 148.
 Morgen Sonntag:
Konzert, Spezialitäten und
Theater-Vorstellung.
 8 Uhr: **Papa Rieckens.**
 Anfang 6 Uhr.
 Vorverkauf vormittags 10-12 Uhr.

Königstadt-Kasino.
 Hofmarktstr. 72.
Das Riesig-Januar-Programm!
Franz Sobanski
 St. Alhary, Mit Lola, O. Sonne,
 Rot-Roland, Ebe Lecherde,
The Sundermanns, Doppel-Red.
Am Brunnen vor dem Tore.
 Lieberpiel von Otto Richter.
 Mittwoch, Sonnabend, Sonntag:
Tanz nach der Vorstellung.

Heyn & Goldschmidt
Danziger Straße 98 — Pappel-Allee 1 u. 2

Inventur-Verkauf.
Anserordentlich billige Kaufgelegenheit in allen Abteilungen.
 Wir bringen alle angesammelten Reste und große Posten
 sehr günstig eingekaufter
Baumwollwaren, Gardinen, Konfektion, Bett- u. Leibwäsche,
Handschuhe, Trikotagen, Strümpfe usw.
 zu extra billigen Preisen zum Verkauf.
Ein großer Plüsch-Portieren unter der Hälfte
 des wirklichen Wertes.

Partei-Angelegenheiten.

Stralau. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet Sonntag, den 10. d. M., nachmittags pünktlich 2 Uhr im Lokal von Loeke, Alt-Stralau 5 statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Bericht aus der Gemeindevertretung. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 4. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Pankow. Am Sonntag, vormittags 8 Uhr Flugblattverbreitung für die Wahl. Materialausgabe Sonnabendabend 8 Uhr bei Abendroth. Der Vorstand.

Reinickendorf-West. Sonntag feilt 8 1/2 Uhr findet für den 4. Bezirk eine Handzettelverbreitung bei Kombrat, Schillingstraße statt. Der Vorstand.

Französisch-Buchholz. Am Mittwoch, den 13. Januar, abends 8 Uhr findet bei Käthe, Berliner Straße 30, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Bericht des Gemeindevertreters. 3. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 4. Vereinsangelegenheiten. Am Sonntag, den 10. d. M., vormittags 10 Uhr Handzettelverbreitung. Treffpunkt bei Käthe. Der Vorstand.

Bezirk Waidmannslust. Der Lehrkurs für die Orte Waidmannslust, Bittenau, Hermsdorf und Glienicke beginnt am Dienstag, den 12. Januar, abends 8 Uhr im Forsthaus zu Hermsdorf, Augusta-Viktoria-Straße. Teilnehmer können sich noch melden bei ihren Abteilungsleitern sowie am ersten Kursabend. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Unser historischer Kalender

hat es wieder einmal den Frommen und den Patrioten angetan. Ueber anderthalb Spalten giebt das „Reich“ seinen Schmerz aus. Zwar muß es den Ernst der Bildungsbestrebungen der organisierten deutschen Arbeiter anerkennen, sogar ein Wort des Lobes für die hübsche und geschmackvolle Ausstattung des Kalenders verschwendet das fromme Blatt, aber „um so unerfreulicher“ ist ihm der Inhalt.

Was erregt seinen Gorn? Vor allem der Personenkultus! Ist das nicht unglücklich bei dieser Unzantiner-Gesellschaft? Weil die Todes-tage von circa 40 Parteigenossen aufgeführt sind, die ihr Leben der Sache der Arbeiter gewidmet, dafür Verfolgung, Kerker und Not ertragen haben! Da soll es Personenkultus sein, wenn in den Arbeitern das Gefühl dankbarer Erinnerung lebendig gehalten wird! Ganz und gar unverständlich ist dem frommen Blatt, daß auch der Frau unseres verstorbenen Vorkämpfers Marx, die ihrem Namen eine so treue Kameradin gewesen, dankend gedacht ist. Vielleicht versöhnt es das Hof-pfaffenblatt, zu erfahren, daß Jenny Marx die Tochter eines reaktionären preussischen Ministers gewesen ist!

Die Daten aus der französischen Revolution will das „Reich“ verzeihen, aber es versteht nicht, wie es für die Arbeiter von Interesse sein soll, daß und wann Ludwig XVI. die rote Mütze aufsetzte. Wir dachten umgekehrt, es sei lehrreich zu sehen, wie Gottesgnaden-Königen Würde und Charakter auch gestattet, selbst die phrygische Mütze aufzusetzen (oder den Hut vor den Rebellenleichen zu ziehen), wenn's nicht anders geht. Dagegen will das „Reich“ nicht verstehen, warum „selbst der Hauptmann von Köpenick nicht geschont wird“. Nun, der Wortlaut dieser Erinnerung: „Pseudo-Hauptmann von Köpenick bla miert deutschen Militarismus“ zeigt doch deutlich, daß es sich nicht um die Ehrung dieses Opfers bornierter Polizeibehe handelt!

Besonderes Mißfallen erregt, daß die Attentate des 19. Jahrhunderts (Kullmann, Hödel, Robling usw.) die gebührende Erwähnung finden. Das „Reich“, dessen geistiger Vater Stöcker ja der Mentor des Dioten Hödel war, will freilich nicht verstehen, warum diese Attentate die „gebührende Erwähnung“ verdienen. Weil diese Attentate von schamlosen Politikern und gewissenlosen Staatsmännern wider besseres Wissen zu einer nichtswürdigen Hetze gegen die deutsche Arbeiterbewegung ein Jahrzehntlang mißbraucht worden sind, daran zu erinnern ist doppelte Pflicht, weil solche Gefahren auch heute noch nicht beseitigt sind.

„Großes Interesse zeigt der Kalender auch für Kaiser Wilhelm II.“, — natürlich nicht für Geburtstag und dergleichen — „wohl aber für seine Reden und Telegramme“. Warum mißfällt das dem patriotischen „Reich“? Sollten nicht eigentlich die Kaiser-Reden und Kaiser-Agitationen das beste Mittel für die Propaganda des monarchischen Gedankens sein! Wir hatten also eher auf Anerkennung gerechnet, denn auf einen Vorwurf. Und warum wir am Jahrestag der Schlacht von Jena lieber an den „roten Postmeister“ erinnern, versteht das „Reich“ auch nicht, aber schmerzbezeugt klagt es, daß uns die Erinnerung an den Saitenraker Gas-brenner näher lag, als an den Geburtstag der Königin Luise. Auch dieser Schmerz rührt unser Herz nicht, solange nicht der preussische Hofkalender die Erinnerungstage von Marx, Lassalle, Liebknecht usw. ehrend registriert. Saum cuius — Jedem das Seine!

Der „alte Friß“ und der „große Kurfürst“ sind nicht mit einem Wort gechrt. Sogar der Geschichtsfälschung haben wir uns schuldig gemacht. Unterm 16. Januar 1756 ist der Beginn des Siebenjährigen Krieges registriert: „In Wahrheit rückte Friedrich der Große leider erst am 29. August 1756 in Sachsen ein“. Wir geben uns geschlagen, aber wir bitten um Pardon: Selbst waren wir nicht dabei und wir haben uns auf die Sachkenntnis des „Staatsrats, Professors der Geschichte, Comthur und R. m. D. Dr. Friedrich von Kruse“ verlassen, der registriert unterm 16. Januar 1756: „Beginn des 7.ähr. Krieges. — Schuy- u. Trupbündnis zwischen Preußen und England“. In unserem Vertrauen auf den „Staatsrat, Professor, Dr., Ritter, Comthur“ sind wir also schmählich getäuscht, wir werden künftig solch patriotischen Professoren nicht mehr glauben. Mehr kann das „Reich“ von uns nicht verlangen.

Das ist aber nicht die einzige Geschichtsfälschung, auch die Geburts- oder Todestage sind bei einzelnen, z. B. Lessing, Chateaufort, Calvin, Lonola falsch angegeben. Ein Zeitungs-mensch sollte eigentlich dafür Verständnis haben, daß bei 700 Daten, von denen in jedem Jahre so und so viele aus- und neue eingeschaltet werden, auch mal ein falsches sich einschleicht. Eine Zeitungsbeilage ist kein Konversations-Lexikon

mit zwanzig Revisionen. Aber ein Blatt zeigt auch sofort, daß hier der Seyer ein* (geboren) statt eines † (gestorben) gegrieffen (oder umgekehrt) und der Korrektor das übersehen hat. Lessing ist in der Tat nicht 1781*, sondern † und Kepler ist nicht 1571 †, sondern *

Ob Luther am 29. oder 31. Oktober seine Thesen angeschlagen hat, ist heute für die Arbeiter gleichgültiger als zu wissen, unter welchen Umständen und zu welcher Zeit der geistige Vater und Gründer des „Reich“ seinen Haischeid geleistet oder seinen „Scheiterhaufenbrief“ an seinen Freund und Helfershelfer Hammerstein von der „Kreuzzeitung“ gerichtet hat. Und der Kerger über solche Daten hat dem „Reich“ Kritiker den Humor geraubt; sonst müßte er auch wissen, daß wir mit dem „Franzosenfresser“ Menzel nicht den Maler Menzel meinen konnten.

Nur gegen eins möchten wir uns verwahren: als ob wir unsere Dichter und Denker als „überwundene Größen“ systematisch aus dem Kalender fernhalten. Das ist eine Stöckerische Wahrheit. Zu Duzenden sind Dichter, Denker, Maler, Bildhauer den Arbeitern in Erinnerung zurückgerufen: aber der Kalender dient wie unsere Zeitung Agitationszwecken und da ist die Erinnerung, daß Bismarck die Emser Depesche gefälscht, um den Krieg zu provozieren, oder daß Wilhelm II. am Tag nach den Kaiserreden-betteln im Reichstag beim Fürsten Fürsteneringelstengel-fänger belobt hat unter Umständen angebracht! Aber das geben wir zu: die Ordensverleihung an Polizeihauptmann Stefan kann so gleichgültig sein wie der Hauptmann selber, aber diese Ordensverleihung fiel den Arbeitern deshalb so auf, weil Polizeihauptmann Stefan derjenige Beamte war, der bei der Wahlrechtsdemonstration an der Gertraudenbrücke in so schneidiger Weise gegen die waffenlosen friedlichen Demonstranten vom Leder ziehen ließ und seine eigenen Spiegel à la Kassube nicht sahnte.

So viel zur Aufklärung, damit für den nächstjährigen Kalender das „Reich“ seinen Verstand nicht mehr so anzu-strengen braucht.

Im Rettungsheim für Feinrinder, Quistorfstraße 121, sind vorläufig sämtliche Plätze besetzt, und über die in kürzerer Zeit frei werdenden Stellen ist bereits fest verfügt. Meldungen, die sofortige Aufnahme wünschen, haben daher einwirklichen keinen Zweck. Am meisten bedauert das die Heimleitung selbst. Sie möchte Hunderte der unglücklichen Kinder in ihre Obhut nehmen, aber die beschränkten Mittel gestatten noch nicht den weiteren räumlichen Ausbau.

Gegen den Auktions-Ladenschluß und gegen die Einführung der wässigen Sonntagssruhe laufen die Blumengeschäftsinhaber, Schnittblumenhändler und produzierende Gärtner Sturm. Eine Versammlung von solchen Geschäftsinhabern nahm eine Protestreso-lution an. Ferner wurde beschlossen, eine ausführlich begründete Eingabe in diesem Sinne an das Ministerium des Innern zu richten und beim Polizeipräsidenten um Aufhebung des Auktions-Ladenschlusses für die Blumengeschäftsinhaber zu petitionieren.

Die Leute, die in der Versammlung so vollierten, bilden nur einen kleinen Teil der Branche. Vor Einführung des Auktions-Ladenschlusses haben sich zahlreiche Geschäftsinhaber der obigen Branche für den Auktions-Ladenschluß erklärt, wie ja schon vor dem 1. November eine ganze Anzahl großer Blumengeschäfte im Westen um 9 Uhr schlossen.

Rückgang des Fleischkonsums in Berlin.

Der große Notstand kommt auch in dem fortgesetzten Rückgang des Fleischkonsums zum Ausdruck. Allein im vorigen Monat wurden, wie die „Allgemeine Fleisch-Zeitung“ mit-teilt, auf dem Berliner Schlachthof 9000 Schweine und 1000 Küder weniger geschlachtet, das sind 10 Prozent weniger Schlachtungen als im gleichen Monat des vorigen Jahres.

Schwere Anklagen gegen die Deutsche Krankenunterstützungs-kasse in Kasse, deren Tätigkeit wir wiederholt kritisch gewürdigt haben, wurden in einer kürzlich stattgefundenen Versammlung von Mitgliedern der Kasse erhoben. Die Anklagen bezogen sich auf un-berechtigte Verweigerung von Krankengeld sowie auf die Miß-wirtschaft in der Verwaltung der Kasse am hiesigen Orte wie in Kasse. Unter starker Erregung wurde beschlossen, das belastende Material gegen die Kasse zu sammeln, es dann mit dem gewählten Vorstand vereint zu prüfen, um es schließlich der Staatsanwalt-schaft zu überweisen.

Somit wir die Sache zu überschauen vermögen, haben wir den Eindruck, daß hier Kräfte am Werke sind, die unter dem Vorwand der Wahrung der Rechte der Mitglieder auch selbst in anderer Weise persönlich interessiert sind. Wir empfehlen deshalb allen, die sich geschädigt fühlen, die Anzeige wegen Betrugs selbst an die Staatsanwaltschaft zu richten und sich keiner Vermittelung zu bedienen. Solche Anzeigen liegen ohnehin schon zahlreiche vor.

Wie uns noch berichtet wird, ist in Verfolg dieser Anzeigen der bisherige Direktor der Kasse, Herr Peter, von der Staatsanwalt-schaft verhaftet worden.

Aus dem Obdach der Stadt wird gemeldet, daß zum ersten Mal seit dem Bestehen der Anstalt dort in einem Monat, nämlich im Dezember, die Abteilung für nächtlich Obdachlose mehr als 100000 Personen beherbergt hat. Die Gesamtzahl der im vorigen Monat über Nacht aufgenommenen Obdachlosen stellte sich auf 105 875, darunter waren 105 083 Männer und 792 Frauen.

Die aus dem Rathaus an die Presse versandte Notiz, die hier-über berichtet, hebt hervor, daß zu keiner Zeit, selbst nicht in den Jahren 1901 und 1902, als in Berlin ein sehr fühlbarer Mangel an kleinen Wohnungen eintrat, der Andrang zum Obdach so groß wie jetzt gewesen sei. An den drei letzten Tagen des alten Jahres 1908 und dann an den ersten Tagen des neuen Jahres 1909 seien täglich rund 4200 Personen aufgenommen und beherbergt worden. Wir wollen hier den ergänzenden Zusatz machen, daß in den drei Monaten Oktober, November, Dezember des Jahres 1908 die Zahl der über Nacht beherbergten Personen sich auf 57 291, 82 190, 105 875, zusammen 245 355 gestellt hat, während in den-selben drei Monaten des Jahres 1907 nur 35 248, 57 815, 77 475, zusammen 170 541 Personen beherbergt zu werden brauchten. Das Plus gegenüber dem Vorjahre beträgt für Oktober 22 043, für No-venber 24 394, für Dezember 28 397, zusammen 74 834.

In der „Freisinnigen Zeitung“ die sozusagen das offizielle Organ des Stadtrats Fischbed — des Vaters der Ob-dachlosen — ist, wird an die rathausliche Notiz über das Obdach eine Betrachtung geknüpft, die nicht etwa die Größe des Obdach-losenlebens beklagt, sondern — die Hilfsbereitschaft und Leistungs-fähigkeit des Stadtohdachs rühmt. Es heißt da:

„Ausländer, die jetzt das Obdach besuchen, stammen regel-mäßig über die große Menschenmenge und die Organisation, mit der es möglich ist, allabendlich Tausende unterzubringen und satt zu machen. Ein höherer ausländischer Beamter, der den Massenandrang und die Fürsorge für die Leute genau beobachtet, meinte lakonisch: „So viele Umstände machen wir nicht.“ Und

eine Dame, die derartige ähnliche Einrichtungen in anderen Großstädten des Kontinents, Amerika und Asiens kennen ge-lernt hatte, äußerte sich beim Weggehen dahin, daß sie nur eins bemerkt habe, nämlich ein Fleißbestreben für jeden. Solche Bemerkungen nehmen nicht wunder. Sie zeigen, daß die Ver-waltung sehr viel tut, daß die Obdachlosen dies durch vermehrten Besuch anerkennen und von weit her nach Berlin kommen, um hier im Winter ein Unterkommen zu finden.“

Diese Ausführungen decken sich vollständig mit dem, was Herr Fischbed oft genug in der Stadtverordnetenversammlung vor-getragen hat. Das ist „Geist von seinem Geiste“. Ginge es nach ihm allein, so würden allerdings mit den Obdachlosen sehr viel weniger „Umstände gemacht“. Die Obdachlosenfrage, die er meint, liegt der Gummifnüsselpfandhandlung und der Arbeitsaus-übertreibung näher als dem „Fleißbestreben“, das von der viel-gereweiten Dame in so hohem Maße als das allein noch Fehlende bemerkt worden sein soll. Ein starkes Stück ist die Unberstören-heit, mit der in der „Freisinnigen Zeitung“ der „vermehrte Besuch“ Obdachloser hingestellt wird als eine „Anerken-nung“ der „Fürsorge“, die ihnen zuteil werde. Wenn nicht die Verwaltung so „sehr viel“ für die Obdachlosen täte, dann würden sie doch nicht, so soll der freisinnige Spießbürger folgern, in Masse ins Obdach laufen. Das ist berlinisch-kommunali-stische Logik. Sie steht auf derselben Höhe, wie die von reaktio-nären Scharmachern oft vorgelegene Schlussfolgerung, daß die Gefängnisse nicht so voll wären, wenn sich darin nicht ganz be-haglich leben ließe. Sogar von weit her, so meint Herr Fisch-bed, kommen die Leute nach Berlin, um im Winter in seinem Gummifnüsselparadies Quartier zu nehmen.

Mit Herrn Fischbed beklagt die „Freisinnige Zeitung“, daß ihm all seine Liebe von den Obdachlosen nicht mal gedankt wird. Das Blatt erzählt:

„Leider wurden die vielen Kränze vielfach mit schmödem Un-dank usw. belohnt. Von den praktischen Geschenken, die Weih-nachten an zahlreiche Obdachlose verteilt wurden, wanderten viele sofort zum nächsten Buden. Das Angebot von Hemden usw. war schließlich so groß, daß die Buden für Hemden im Werte von 250 M. nur 40 Pf. zahlten. Der neue Erlös wurde natür-lich gleich in Schnaps umgekehrt, das sind die Klebseiten der Medaille.“

Glaublich ist es schon, daß mancher Obdachlose in einem schwachen Augenblick einen belebenden Schnaps höher schätzt als ein ihm zu Weihnachten geschenktes neues Hemd, zumal dann, wenn er noch ein freilich wohl minder neues Hemd auf dem Leibe hat. Aber man braucht deshalb nicht gleich über „schmöden Un-dank“ zu jammern. Es kommt doch — nicht wahr, Herr Fisch-bed? — auch bei anderen Leuten vor, daß sie von Zeit zu Zeit das Bedürfnis verspüren, ihre Lebensgeister durch irgend ein alkohol-haltiges Etwas wieder mal ein bißchen aufzufrischen.

Die Leiche des Leutnants Förstch vom verunglückten Luft-balon „Hergesell“ ist gefunden. Aus Bremen wird unterm 8. d. ge-brachtet: Der Fischdampfer „Orion“, der heute hier eingetroffen ist, fand vorgestern in der Nordsee die Leiche des Leutnants Förstch vom Luftballon „Hergesell“. Sie war schon stark verwest. Die Identität wurde durch die in der Kleidung vorgefundenen Legiti-mationspapiere festgestellt und dann die Leiche nach Seemanns-brauch ins Meer versenkt.

Opfer der Arbeitslosigkeit. Der Polizeibericht meldet: Der obdachlose 18 Jahre alte Handlungsgehilfe Georg K. versuchte nach-mittags sich vor dem Hause Große Franzfurter Straße 1 das Leben zu nehmen, indem er Kleeesalz genoh. In einer Drochke fuhr man den Schwerverkranken nach der Rettungswache in der Franzfurter Allee und dann nach der Charité. Wollige Mittellosigkeit hat ihn zu dem Selbstmord veranlaßt. — In seiner Wohnung in der Gultstraße befristete der 48 Jahre alte Hausdiener Max P. am Nachmittag seinen Leibriemen an einem Kleiderhaken und erhängte sich. Als sein Hausgenosse, der Schneider Josef Stranzki, die Woh-nung gegen 6 Uhr betrat, war der Tod bereits eingetreten. Die Leiche ist dem Schauhause übergeben worden. Längere Stellungs-lostigkeit und Nahrungsorgen sollen ihn zu der Tat veranlaßt haben. — Arbeitslosigkeit hat den Handwerker Ernst Heremann in den Tod getrieben. In Weihnachten wollte er heiraten und hatte deshalb im Hause Schulstraße 41 zu Tegele eine Wohnung gemietet. Der Heiratsfeier halber, wie er sagte, ließ er gleich Was anbringen, was ihm sein Vorhaben erleichterte. Nach selbstgefügten Hoffnungen, was aus einem bei ihm vorgefundenen Briefe hervor-geht, irrte er zur unglückseligen Tat. Nachdem G. die Tür-spalten sorgfältig mit Papierstreifen verklebt hatte, drehte er den Leuchtgasabahn auf und legte sich schlafen. Nach 10 Tagen wurde er bei Reparaturarbeiten und nach Oeffnung der Wohnung durch einen Schloffer zufällig tot aufgefunden.

Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Tegeleer Gemeindefriedhof gebracht.

Ein Aquariumsdiener im roten Hause. Das „Berliner Tage-blatt“ erzählt: „Ein hübsches Bonmot kuziert zuerst unter den Stadtvätern im Berliner Rathaus. Nach bureaukratischer Art waren im Magistrat Meinungsverschiedenheiten darüber ent-standen, welchem Refektor die Angelegenheit des Aquariums zugewiesen sei, falls es in städtische Regie übergeben würde. Er-ci es zweckmäßiger, so wurde gefragt, das Aquarium dem ohnehin schon allzu großen Schulbezernat oder einem anderen, minder be-lasteten zu überweisen? „Wozu sich den Kopf zerbrechen?“ sprach einer der Stadtväter. „Ein Institut, das Wasserläure beherbergt, gehört doch selbstverständlich zum Refektor des Herrn Stadtrats — Fischbed!“ — Zu Herrn Fischbeds Refektor gehört bekanntlich das Arbeitshaus und das Hof für Obdachlose.“

Wir wollen hinzufügen, auch der Viechhof. Wel nächster Gelegenheit wird wohl das „Tageblatt“ die Sache Fischbeds dafür zu fühlen bekommen, wie er das ja gelegentlich auch uns gegen-über nicht verschmäht.

Der Sprung eines Geisteskranken in die Spree rief gestern abend am Spreeweg Aufsehen hervor. Ein unbekannter etwa 40 Jahre alter Mann hatte durch sein seltsames Gebaren die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Er machte am Ufer die tollsten Sprünge, doch dachte niemand, daß er schließlich auch noch in die Spree springen werde. Ehe man den Kranken daran hindern konnte, hatte er sich in die kühlen Fluten hinabgestürzt. Er wurde noch lebend aus dem Wasser herausgeholt und nach dem Kranken-hause Monbit gebracht. Später fand er in der Jerevanstr. Daldorf Aufnahme.

Die Kollage der Schwäne an den Gewässern in der Umgebung Berlins ist bei der letzten Frostperiode eine äußerst empfindliche gewesen. In vielen Stellen sah man und steht man auch heute noch Schwäne in hilflosem Zustande eingefroren. Die armen Tiere sind dann oft dem Hungertode preisgegeben. Leider gibt es auch brutale Menschen, die die Kollage der Hiebvögel zu grausamen Qualereien benutzen. So konnte am Tegeleer See beispielsweise beobachtet werden, wie ein eingefrorener Schwan von jungen Durichen in der rohesten Weise gequält wurde. Auf der unteren Havel wurde ein eingefrorener Schwan von dem gleichen Schicksal ereilt.

Wie Kinder des Proletariats sterben. Auf den Armen der Mutter starb gestern auf offener Straße die 1 1/2 Jahre alte Tochter des Arbeiters Schnabder aus der Fruchstr. 21. Die Kleine hatte einige Tage gekrankelt. Als die Mutter gestern mit ihr nach einer

Klinik am Grünen Weg ging, nach sie ihr, als sie die Klinik fast erreicht hatte. Die Revierpolizei beschlagnahmte die Leiche und ließ sie nach dem Schauhause bringen.

Auffällig viel Fischottern sind in der letzten Zeit in der Umgegend Berlins beobachtet worden. Nachdem schon im Herbst vorigen Jahres zwei betagte Maifische bei Eickner getötet worden sind, wurde gestern ein Fischotter wieder an der Dammbrücke bei Köpenick gefangen, konnte jedoch nicht gejagt werden. Vor vierzehn Tagen wurde ein solcher Fischotter bei Spandau in der Nähe der Havelmündung beobachtet. Bei Beginn an der Havel fand am Mittwoch ein Kampf zwischen einem Fische und einem Otter statt. Als der Name an einer Fischbühne beschäftigt war, sah er das Maifisch und verfuhr es durch Schläge mit einem Stoch zu töten. Das Tier biß den Fische durch das Leder des Stiefelschahs hindurch in das rechte Bein und fügte ihm eine schmerzhaft Verletzung zu. Dem Fische gelang es aber trotzdem, den Otter zu erschlagen.

Bei dem Veruche, seine Wunde zu retten, ist gestern Abend der 48 Jahre alte Schloßer Karl Stadthaus aus der Rantenscheide, 61 ertrunken. Der Mann ging um 5 Uhr am Gelände des Luisenstädtischen Kanals entlang. Vor dem Hause Eisfabrikanten 50 wehte ihm ein Windstoß die Mütze vom Kopf ins Wasser. Stadthaus sprang in das Weidloch eines Rahmes, der dort liegt, und verfuhrte, sie zu erfassen. Hierbei fiel er über Bord und ging unter. Schiffer sahen den Vorgang und holten den Verunglückten alsbald aus dem Wasser heraus; er war aber schon tot, und alle Wiederbelebungsvoruche blieben erfolglos.

Vermißt. Am 9. Oktober 1908 hat sich der Invalide Johann Kowatz, 6. 8. 1842 in Jakobsmühle geboren, aus seiner Wohnung, Friedberger Straße 17, entfernt und wird seitdem vermißt. Er ist 1,50 Meter groß, hat graues Haar, blaue, blaue Augen, grauen Voll- und Schnurrbart, blaße Gesichtsfarbe, etwas Sommerprossen, gute Zähne. Bekleidet war er mit dunklem Jackett und Weste, schwarzer Hose, halbfederndem Halsstuch mit blauen und roten Blumen, Schafstiefeln, weißem Taschentuch mit blauen Streifen, weißer Taschentuchtasche, grauen Fühlappen, schwarzgrau gestreifter Schirmmütze. Der Vermißte leidet an Krämpfen und Gedächtniswände und ist es nicht ausgeschlossen, daß er irgendwo tot aufgefunden und als Unbekannter beerdigt worden ist, zumal die bisherigen Nachforschungen ohne Erfolg waren. Personen, die über den Verbleib des Vermißten irgendwelche Angaben machen können, werden gebeten, ihre Mitteilungen der Kriminalpolizei oder einem Polizeibeamten mündlich oder schriftlich zu den Akten 6125 IV. 86, 05 mitzuteilen.

Feuerwehrbericht. Wegen eines Dachstuhlbrandes wurde der 15. Zug in der Nacht zum Freitag nach der Beuststraße 59 in Moabit alarmiert. Brandmeister H a m m e r ließ sofort kräftig Wasser geben und es gelang, den Brand auf den Dachstuhl zu beschränken. Um 2 Uhr konnte die Wehr wieder abdrücken. Gleichzeitig wurde die Feuerwehr deswilligerweise nach der Kurfürstenstraße 156 alarmiert, wo es leider nicht gelang, den Täter zu erwischen. Selbst jetzt noch wird die Feuerwehr von Stuben nachts gerufen, obgleich doch genügend bekannt ist, daß sie täglich etwa 20 mal alarmiert wird. Der 15. Zug hatte dann noch auf dem Moabiter Güterbahnhof mit der Löschung von Prekohlben und in der Goldstraße 32 mit einem Wohnungsbrande zu tun. Der 16. Zug wurde nach der Tegeler Straße 48 gerufen, wo Betten und Möbel brannten. Zellulose und anderes brannten Kaiserstraße 15, eine Wohnung Bergstraße 30, Wäsche und anderes in der Jüngerstraße 78, ein Keller in der Fortstraße 9. Ferner hatte die Feuerwehr noch auf dem Bahnhofseisenbahn, am Kottbuscher Ufer 20/22, in der Elberfelder Straße 9 und an anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die Gewerkschaftskommission nahm in ihrer letzten Sitzung den Jahresbericht entgegen. Aus demselben ist zu entnehmen, daß der Kommission 21 Gewerkschaften mit insgesamt 6000 Mitgliedern angeschlossen sind. Die geschäftlichen Angelegenheiten fanden ihre Regelung in 13 Ausschüssen mit 12 gemeinsamen Sitzungen; außerdem fanden vier öffentliche Versammlungen statt. Die Gewerkschaften haben auch hier durch die Krise zu leiden, so daß im Berichtsjahre alles aufgewendet werden mußte, um den Besitzstand an Mitgliedern zu behaupten. Das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaftskommission ist ein durchaus zufriedenstellendes. Der Arbeitsnachweis ist allgemein in der Vermittlung zurückgegangen, nur die Abteilung für Vermittlung von Diensthöfen hat sich gehoben.

Kommission und Wahlverein haben ein Abkommen dahin getroffen, daß die Bibliothek des Wahlvereins auch den gewerkschaftlich Organisierten zur Verfügung stehen solle. Die Gewerkschaftskommission zahlt hierfür eine Vergütung. Für das Jahr 1908 waren 30 M. bewilligt. Sollten Bücher durch nur gewerkschaftlich Organisierte verloren gehen, so hat die Gewerkschaftskommission für den Schaden aufzukommen. Die Bibliothek wurde stark in Anspruch genommen.

Das Geschäftsjahr beim Gewerbegericht läuft von April zu April. Der von der Gewerkschaftskommission erstattete Bericht erstreckt sich auf die Zeit vom 1. April 1908 bis 15. November 1908. Die Zahl der während dieser Zeit stattgefundenen Klagen beträgt 104, hierzu kommt eine aus dem Vorjahre; von diesen sind erledigt 100, und auf die folgende Zeit übernommen 5. In 12 Fällen haben mehrere Kläger durch gemeinschaftlichen Antrag Klage erhoben. Hierbei betrug die Höchstzahl der zu einer Streitgenossenschaft vereinigten Kläger 29. Die Zahl der Klagen überhaupt betrug 159, darunter 149 männliche und 10 weibliche.

Von den Klagen sind erhoben worden von a) Arbeitnehmern gegen Arbeitgeber 101, b) Arbeitgebern gegen Arbeitnehmer 4. Von den 101 geltend gemachten Klagen betrafen Ansprüche auf Zahlung rückständigen Lohnes 67, Ansprüche auf Schadenersatz wegen unrechtmäßiger Lösung des Arbeitsvertrages 69, Ausstellung eines Entlassungszeugnisses 1, Herausgabe von Arbeitspapieren 2; mehr als ein Anspruch wurde erhoben in 29 Klagen. — Der Wert des Streitgegenstandes betrug bis einschließl. 10 M. in 18 Fällen, von mehr als 10 M. bis einschließl. 50 M. in 82 Fällen, von mehr als 100 M. in 11 Fällen. Die geringste Klageförmigkeit belief sich auf 3 M., die höchste auf 553,78 M. Von den anhängig gemachten Klagen haben ihre Erledigung gefunden 4, durch Zurücknahme 1, durch Vergleich 13, dem Antrage gemäß verurteilt wurden 37, abgewiesen wurde die Klage 33 mal, der Betrag ermäßigt oder zum Teil anerkannt oder zum Teil abgewiesen wurden 19 Klagen, Terminstage wurden abgehalten 8. — Die Zahl der an den einzelnen Gerichtstagen zur Verhandlung gelangten Sachen betrug 113. Die Höchstzahl der an einem Tage verhandelten Sachen betrug 22, die niedrigste 11, durchschnittlich standen an einem Verhandlungstage 14—15 Sachen zur Verhandlung. — In 10 Fällen wurde das Gericht mehrere Male beschäftigt, so in 7 Fällen 2 mal, in 2 Fällen 3 mal, in 1 Falle 4 mal.

Der Rassenbericht weist eine Einnahme von 156,78 M. und eine Ausgabe von 165,40 M., mithin ein Defizit von 8,62 M. auf. Die Remuneration der Ausschussmitglieder wurden bis zur nächsten Sitzung vertagt. Hierauf wurde nochmals in eine Besprechung der Differenzen des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehehilfen mit der Berufungsgesellschaft „Victoria“ zu Berlin eingetreten. Am Schluß der Besprechung wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 6. Januar 1909 in Schöneberg versammelten Vertreter sämtlicher Organisationen Schönebergs, welche circa 6000 Mitglieder vertreten, haben von den Mitteilungen des Vertreters des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehehilfen Deutschlands, betreffend die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Angestellten und die „Koblenz-Einstellungen“ bei der Vittorio-Lebensversicherungsgesellschaft sowie von dem rigorosen Vorgehen der außerordentlich hoch besoldeten Direktion gegenüber dem Zentralverbande der Handlungsgehilfen und -Gehehilfen, welcher zwecks Erlangung

besserer Arbeits- und Lohnverhältnisse im Auftrage der Anwesenden mit der Direktion verhandeln wollte, mit Interesse Kenntnis genommen. Sie sind entrüstet über das Verhalten der Direktion, die in skroffer Weise den reaktionärsten Herrenstandpunkt heraushebt, was gerade bei einem Unternehmen, welches zum großen Teil seine Mittel aus den Geldern der Arbeiterschaft zieht, besonders auffällig. Die Versammelten stellen sich voll und ganz auf den Standpunkt, den der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehehilfen in dieser Angelegenheit einnimmt und drücken den um die Erlangung anständiger Lebensbedingungen kämpfenden Proletariats bei der Victoria ihre vollste Sympathie aus. Sie erklären, daß sie liberal in ihren Organisationen auf die Differenzen bei der Victoria hinwirken werden."

Treptow.

Ein tödlicher Unglücksfall hat sich gestern vormittag in der Groetzstraße zugetragen. Gegen 9 Uhr ging der Kohlenhändler Schulz vor dem Groetzstraße 15 errichteten Neubau vorüber, als ihm ein schweres Brett auf den Kopf fiel. Schulz wurde so unglücklich getroffen, daß ihm die Schädeldede bloß gelegt wurde; nach kurzer Zeit trat der Tod ein. Die Leiche wurde hinter den Bauzaun geschafft, wo sie bis nach Eintreffen der Behörde liegen blieb. Ihre Fortschaffung erfolgte erst in der vierten Nachmittagsstunde.

Von einem fremden Ereignis wurde gestern nachmittag 5 Uhr eine junge Mutter in der Eisenstraße überwacht. Eine in der Nähe wohnende Hebamme nahm sich der Mutter und des Kindes an und ließ sie nach ihrer Wohnung bringen.

Köpenick.

Der Köpenicker Kassenraub. Es ist der Polizei noch nicht gelungen, den Dieb, der in die Stadtkasse eingebrochen und Silber- und Kupfergeld im Gesamtbetrag von 600 M. erbeutete, festzustellen. Wie uns mitgeteilt wird, haben Polizeibeamte der Ladeninhabern vorgeschrieben, um diese auf den Dieb aufmerksam zu machen, wenn derselbe keine Geldrollen einwechseln sollte. Der oder die Eindrehende sollen übrigens, wie festgesetzt ist, nicht in den ersten Morgenstunden, sondern wahrscheinlich bereits am Abend nach Schluß der Kasse in die Räume der „Stenerhebestelle II“ eingedrungen sein. Dann sind sie wohl bei der Arbeit gestört und zu falscher Flucht genötigt worden. Das beweist ein am Talort zurückgelassener, nageleuer „Steichbeutel“, ein Werkzeug zum Umbohren von Türschloßern, mit dessen Hilfe man jetzt den oder die Täter zu ermitteln hofft. Es ist ferner festgestellt worden, daß bereits am 6. Januar kurz vor Mitternacht ein schuldig gefeldeter Mann im „Schloßrestaurant“ von Hermann Stöckmar, Berliner Straße 1 zu Köpenick, vorgeprochen und den Wunsch geäußert hat, eine größere Anzahl von Pfennigen gegen Radel- und Silbergeld einzuwechseln. Das wurde ihm jedoch im Hinblick auf die Absonderlichkeit dieser Zumutung abgelehnt. Erst beim Bekanntwerden des Umstandes, daß bei dem Kassenbruch auch ganze Rollen von Kupfermünzen, Zwei- und Einpfennigstücke, entwendet worden sind, kam dem Wirt des Schloßrestaurants der Gedanke an seinen Gast mit den Pfennigen.

Der Konsumverein Konstantia hatte im vergangenen Geschäftsjahr einen Warenumsatz von 2466,21 M. zu verzeichnen. Die Rückvergütung an die Mitglieder beträgt 4 Proz. In einer kürzlich stattgehabten Generalversammlung wurde der Anschluß an die Grozeinlaufgenossenschaft beschlossen. In der Dammvorstadt ist die Errichtung einer 2. Verkaufsstelle erfolgt, dadurch hofft man, daß die Genossenschaftsbewegung auch am hiesigen Orte mehr vorwärts geht.

Adlershof.

Eine Arbeitslosenversammlung findet am Dienstag, den 12. Januar, nachmittags 2 Uhr, für Adlershof und Umgegend im Lokal von Kaul, Bismarckstraße 16, statt. Die Arbeitslosen werden ersucht, in dieser Versammlung vollzählig zu erscheinen.

Das Gewerkschaftskartell von Adlershof und Umgegend.

Santow.

Was notwendig ist, daß die Arbeiterklasse im Dorparlament vertreten ist, zeigte die letzte Gemeindevorstandersitzung. Vorläufig werden unsere Vertreter durch das eingeleitete Verwaltungstreitverfahren von den Sitzungen ferngehalten. Die bürgerlichen Vertreter glauben diese Zeit noch ungehindert benutzen zu können, um die kommunalen Lasten möglichst auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung abzuwälzen. Einen Beweis hierfür bot die in der letzten Gemeindevorstandersitzung zur Beratung stehende „Bestimmung über die Höhe der zu den allgemeinen Verwaltungskosten zu zahlenden Kostenbeiträge“. Der Vorsitzende schlug vor, bei einem Objekt bis zu 3000 M. 6 Proz., darüber 5 Proz., zu erheben. Das war den meisten unserer Gemeindevorstandern denn doch zu arg; einzelne Vertreter gaben in beredten Worten zu verstehen, unter keinen Umständen dem Antrage zustimmen zu wollen, sondern es bei dem bisherigen Modus, 2 Proz., zu belassen, bei denen zu lassen. Mit Recht wies der Vorsitzende darauf hin, daß die Grundbesitzer den größten Vorteil von der Mäßigung hätten, auch sei er, der Vorsitzende, der Meinung, daß es die Grundbesitzer verstanden, die Kosten wieder auf andere abzuwälzen. Der Vorsitzende fragte, wie es denn sonst zu machen sei, die irdischen Ausgaben zu decken, der einzige Weg sei eine Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer, ob das der Allgemeinheit und damit dem Orte dienlich sei, wage er, Nebener, zu bezweifeln. Schließlich einigte man sich, da man keinen anderen Ausweg sah, auf eine Erhebung von 4 Proz., ohne Rücksicht auf das Objekt. Eine ähnliche Debatte rief Punkt 4 der Tagesordnung hervor, der sich mit einer „Polizeivorordnung über Anbau- und Erhaltung der Straßen“ beschäftigte. Nach ausgedehnter Diskussion wurde diese mit einigen Abänderungen genehmigt. Die Bewilligung für die Anlage einer Waschküche im Armenhause wurde bald erledigt, jedoch kam es zu lebhaften Sachverständigen-Ausinandersetzungen, ob man den Armen einen emaillierten oder einen kupfernen Waschkessel bewilligen solle; schließlich entschied man sich für den letzteren. Anschließend ermahnt von den Entschungen der vorgenannten Beratung, beschloß man den Punkt „Polizeivorordnung über die Lagerung von Brennmaterialien“ von der Tagesordnung abzusehen und in der nächsten Sitzung zu betonen. Nach dem einem Antrage auf Errichtung einer eigenen Ortskrankenasse zugestimmt war, schloß der Vorsitzende die Sitzung um 10 Uhr.

Spandau.

Stadtvorstanderversammlung. Zunächst wurde der alte Vorstand, nämlich Vorkseher S c h r ö d e r, stellvertretender Vorkseher P ä d i e c, Schriftführer K e m p f und Beisitzer G a n n e m a n n wiedergewählt. — Der hiesige Verschönerungsverein, der den Zweck verfolgt, die Stadt durch Anlegung von Grünplätzen zu verschönern, erhielt von der Stadt bisher eine Beihilfe von 3000 M. jährlich. Für seine Arbeiten wendete der Verein die Summe von jährlich circa 12000 M. auf. Die Mittel wurden außer den 3000 M. Zuschuß von der Stadt durch Beiträge und freiwillige Zuwendungen sowie durch eine jährlich abgehaltene Lotterie aufgebracht. In den letzten Jahren erlähmte aber das Interesse der Einwohner an diese Lotterie und gingen dadurch die Einnahmen des Vereins erheblich zurück. Ende vorigen Jahres bestand die Absicht, den Verein aufzulösen. Man nahm jedoch noch mal davon Abstand und ersuchte die Stadt um Erhöhung des Zuschusses auf 8000 M. Der Magistrat hatte eine Vorlage eingebracht, den Zuschuß auf nur 6000 M. zu erhöhen. Die Vorlage wurde angenommen, trotzdem ein Stadtvorordneter den sehr vernünftigen Einwand machte, daß es einer Stadt wie Spandau nicht würdig sei, seine Verschönerung durch einen Verein und durch eine Lotterie vornehmen zu lassen, das müsse die Stadt selbst besorgen. — Der Neuordnung der Gehälter für Architekten, Diplomingenieure, Landmesser, Techniker und Zeichner wird zugestimmt. Es fiel außerdem auf, daß das Anfangsgehalt für die Zeichner nur mit 900 M. pro Jahr angesetzt war. Auf Befragen wurde vom Magistratsrat erklärt, daß dies Gehalt für die Zeichnerleistung

bestimmt sei. — Mit der Errichtung einer neuen Refektorie an der 11. Gemeindefabrik auf dem Ronneburgdamm ist die Versammlung einverstanden. — Eine längere Debatte zeitigte die Vorlage betreffend die Einführung der Gasmeter- und Elektrizitätszählermiete. Diese Vorlage hatte die Versammlung im vorigen Jahre schon einmal abgelehnt. Die Wiederbringung wird damit begründet, daß jährlich etwa 30000 M. für Gasmeter ausgegeben werden müssen, wofür man keine Einnahme oder Vergütung habe. Vor etwa 15 Jahren hatte die Versammlung die Gasmetermiete als nicht mehr zeitgemäß aufgehoben. Es fiel auf, daß der Referent der Vorlage, Stadtvorordneter und Vorsitzender des Grundbesitzervereins Siefert, für die Vorlage eintrat, wo doch die Herren Hausbesitzer sonst nicht so bewilligungseifrig sind, namentlich bei Sachen, die sie selbst auch bezahlen müssen. Aber als die Verhandlung im Gange war und vom Magistratsrat die Erklärung kam, daß, wenn man diese Miete abschleht, dann leicht die Steuerzuschläge erhöht und die Grundsteuererhöhung eingeführt werden könnte, da bekam man erst Verständnis von dem Verhalten des Führers der Hausbesitzer. Vor der Grundsteuererhöhung scheinen diese Herren doch einen heillosen Respekt zu haben. Es wurden die mannigfachen Vorschläge gemacht, einer der bürgerlichen Stadtvorordnerten, Kirch, eine hiesige Zentrumsgröße, schlug sogar vor, die Gasmetermiete abzuschlehen und die Elektrizitätszählermiete zu genehmigen, welcher Vorschlag dem Grafen Stadtvorordnerten P i e d Veranlassung gab, den Stadtvorordnerten Kirch mit dem heiligen Florian zu vergleichen. Genosse P i e d verheißt sich strikte absehend gegen die Vorlage. Es gelang schließlich ein Antrag des Stadtvorordnerten S c h o b, die Vorlage einer gemischten Kommission zu überweisen, zur Annahme. — Bei Beratung des Punktes: Anrechnung der Warenhaussteuer für 1908 auf zwei Monate der Gewerbesteuer der Klassen 3 und 4, teilte der Referent, Stadtvorordneter K e u f f, einer der Herren Rittershausdretter, mit, daß die zur Anrechnung kommende Warenhaussteuer 13002 M. beträgt. Sie reiche nicht einmal aus, um drei Monate der Gewerbesteuer der Klassen 3 und 4 zu decken. Vor mehreren Jahren sei in der Versammlung eine neue Warenhaussteuer genehmigt, welche nach einer damaligen Angabe des Stadtrat W e b e r der Stadt circa 70000 M. bringen sollte, die auf die Gewerbesteuer der Klassen 3 und 4 in Anrechnung kämen. Die Sache scheint wohl in die Versenkung verschwunden zu sein. Auf diese Angelegenheit machte der Stadtrat W e b e r die interessante Mitteilung, daß Magistrat und Kommission beschlossen hätten, auch die Filialen der Warenhäuser zu besteuern. Das Oberverwaltungsgericht habe aber die Besteuerung nicht für zulässig erachtet. Die Sache sei nun noch in der Schwebe. Genosse Stadtvorordneter P i e d nagelte fest, daß hier der Magistrat der Versammlung eine unzulässige Steuer vorgeschlagen habe. Er trat dann ganz energisch gegen die Warenhaussteuer auf. Die Vorlage wurde genehmigt. — Nunmehr wollten einige bürgerliche Stadtvorordnerte, namentlich der Herr G r a t s c h e l, dem wohl infolge seiner Korporanz die Temperatur im Sitzungssaale etwas unbehaglich wurde, Schluß machen, trotzdem gerade die Vorlage, Bewilligung von 25000 M. aus dem Kapitalvermögen zur Errichtung einer Wald-erholungsstätte zur Beratung anstand. Den Bemühungen des Genossen P i e d gelang es jedoch, diesen Schlußantrag zu Fall zu bringen, so daß diese Vorlage doch noch beraten werden konnte. Die Anstalt soll auf einem Waldterrain auf Kosten der Stadt erbaut werden. Sie wird geöffnet sein vom Mai bis Oktober von 1/2 Uhr früh bis 1/2 Uhr abends. Aufgenommen werden Refektorien und leicht Erkrankte auf ärztliche Verordnung. Es soll verabfolgt werden früh 1/2 Liter Milch, gutes Mittag, nachmittags und abends auch je 1/2 Liter Milch. Außerdem wird Brot, Tee und Kaffee zu mäßigen Preisen zu haben sein. Dafür soll gezahlt werden für Kranke, welche von den Krankenassen bezüht sind, pro Tag 80 Pf., für andere Kranke pro Tag 1 M. Die Ortskrankenassen wollten nur 75 Pf. pro Kranken zahlen und hatten außerdem die Bedingung gestellt, daß drei Mitglieder der Krankenasse dem Kuratorium angehören sollten. Auf diese Bedingungen ist der Magistrat nicht eingegangen. Die Krankenassen der Stadtverwaltungen haben auf das Recht, im Kuratorium durch einige Mitglieder vertreten zu sein, verzichtet und sind auch mit dem Preis von 80 Pf. einverstanden. Der Referent Stadtvorordneter H ä l l e b e r beantragt, im Prinzip der Magistratsvorlage zuzustimmen, die 25000 M. jedoch noch nicht zu bewilligen, da erst noch ein anderer geeigneter Platz gesucht werden müsse; der in Aussicht genommene Platz im Nebeland sei durch den kommenden Bau der Turnlehrerbildungsanstalt nicht mehr geeignet dafür. Gegen die Vertagung wurde von verschiedenen Seiten, auch von unseren Genossen, Protest eingelegt. Genosse P i e d beantragte außerdem, die Bestimmung aufzunehmen, daß drei Mitglieder der Krankenassen dem Kuratorium angehören sollen. Hierauf erwiderte der Stadtrat S t r i t t e, der erst im vergangenen Jahre hier zum Stadtrat gewählt ist, dies scheint nur ein Wunsch einer bestimmten Richtung in den Krankenassen zu sein, denn die Kräfte der königlichen Institute wollen gar nicht, daß eine Anzahl Mitglieder der Krankenassen im Kuratorium vertreten sind. Es komme dem Magistrat auch nicht verdammt werden, daß er sich solche Mitglieder einer bestimmten Richtung vom Hofe hält, die schließlich gegen alles etwas einzuwenden haben. Eine solche Antwort eines neuen Vertreters ist nur durch das Verhalten der Krankenassenmitglieder der königlichen Institute möglich geworden. Wenn endlich werden doch die Arbeiter dieser Institute einmal einsehen, daß sie nicht bloß immer de- und bewilligt zu bitten, sondern auch ein Recht zum Fördern und Mitarbeiten haben. Leider wurde die Vorlage noch nicht zu Ende geführt. Sie wurde nochmal der Kommission überwiesen, um einen geeigneten Platz zu besorgen. Binnen drei Wochen soll die Vorlage aber wieder vorgelegt werden. Wenn es glückt! Selbst Stadtrat S t r i t t e bezweifelte, daß in drei Wochen die Vorlage wiederkomme. Die Hoffnung, noch in diesem Jahre die Anstalt eröffnen zu sehen, wird immer geringer. Wegen vorgegründer Zeit wurden die übrigen Vorlagen vertagt.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber „Goethe und die Arbeiter“ sprach am Montag, 4. Januar, Genosse Grünwald im „Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse“. Bei einem so gewaltigen und alles umfassenden Werke wie Goethe, so eine führende der Referent aus, pflege gewöhnlich jeder das als den hervorsteckendsten geistigen Zug zu betrachten, was gerade er von dem Dichter empfangen habe. Wollte man richtig urteilen, so kommt es aber umgekehrt darauf an, die großen allgemeinen Richtlinien des Denkens bei Goethe festzustellen.

Kurz hat einmal von Goethe gesagt: in ihm lagen stets zwei ganz verschiedene Menschen im Kampf mit einander; auf der einen Seite der revolutionäre Dichter, auf der anderen der Sohn des bürgerlichen Frankfurter Bürgers, der einen Zug von Philistrität nicht abzugeben konnte. Nur an den höchsten Punkten, seiner Erleuchtung, gleichsam auf den Gipfeln des Goethe'schen Geisteslebens vereinigen sich diese beiden, in ihm ringenden Gegensätze. Hier finden wir auch bei dem großen Dichter Ideengänge, die an den Gedankenkreis des modernen Sozialismus anknüpfen. Charakteristisch für Goethe ist der Gedanke einer fortwährenden Entwicklung in Natur- und Geistesleben und zwar einer Entwicklung, die zu höheren und immer höheren Formen führt, einer A u f w ä r t s -entwicklung. Ganz klar erkennt der Dichter diese Aufwärtsentwicklung allerdings nur in der Geschichte der Menschheit; in der Natur vermag er sie nur in den ersten Stadien zu verfolgen. Aber auch bei der Menschheit sieht er das Aufwärts nur auf den Höhen, bei den großen Naturen, nicht bei der Masse, den Vielen. Er sieht hier nicht die kleinen Züge, während sonst sein Geist so scharf auch das Kleine durchdringt.

Ist der Glaube an die Entwicklung schon ein dem Sozialismus verwandter Gedanke, so noch mehr die Goethe'sche Auffassung, die stets realistisch das Wesentliche, das Wirkliche durch das Wirkliche erklärt. Die aber dennoch das Tatsächliche nicht für das Höchste ansieht, sondern in der Wirklichkeit nach Gesetzen und Ideen forscht.

Und über das Recht, über seine Zeit hinaus Ziele für die Zukunft aufstellt.

Durch Goethes Denken wie durch sein Leben geht ein ausgeprägter Zug der Sachhaftigkeit und Ehrlichkeit. In allen seinen Lebensbeziehungen ist diese innere Wahrheit zu verfolgen. Wie finden sie in seinem Verhältnis zu den Frauen, die ihm nahe standen. Vor allem auch zu der viel angegriffenen und verlästerten Christiane Vulpius, mit der ihn eine tiefe Empfindung verknüpfte. Auch Goethes Dichtung, in erster Reihe seine Lyrik, die vielleicht das Größte in der gesamten literarischen Weltliteratur ist, entspringt noch des Dichters eigenem Ausdruck freies irgend einem persönlichen Erlebnis. So die „Römischen Sonette“ und die „Römischen Elegien“, die beide der Leidenschaft für Christiane Ausdruck geben.

Was aber Goethes Weltanschauung der der modernen Arbeiterschaft am stärksten verwandt erscheinen läßt, das ist des Dichters hohe Verehrung der Arbeit, des Schaffens. Sein eigenes Dasein war reich an Arbeit, wie das weniger Menschen. Und die Arbeit, die Tätig ist ihm zugleich Anfang und Ziel aller menschlichen Entwicklung. Wie er im 1. Teil des „Faust“ in seiner Bibelübertragung sich schließlich zu sehen entscheidet: „Am Anfang war die Tat“, so läßt er bekanntlich im 2. Teil „Faust“ die endliche Erfüllung aller Menschensehnsucht in dem gewaltigen Schaffen für ein großes Menschheitsgütergut gewinnen.

Ein echt sozialistischer Gedanke klingt ferner bei Goethe an in seiner Auffassung der Erziehung, mit der er seiner Zeit weit vorausgeht. Für ihn muß die Geistesbildung vom Einzelnen zum Ganzen gehen; sie muß aus der Arbeit selbst erwachsen. In seiner „Pädagogischen Probe“ in Wilhelm Meisters „Banderjahren“ hat uns der Dichter ein wundervolles Bild einer solchen Erziehung geschaffen. Hier hat er bereits die große moderne Idee der sozialen Erziehung verwirklicht. Denn nicht die Eltern haben nach ihm das ausschließliche Recht an ihre Kinder; die Verantwortung für die Bildung des heranwachsenden Geschlechts hat vielmehr die Gesellschaft zu tragen, deren Bürger die jungen Menschen eult werden sollen.

Noch in manchen anderen Punkten könnten wir in dem Goetheschen Geiste Anfänge an die geistige Welt unserer Arbeiterschaft entdecken. Wie das ihre, so wendet sich auch Goethes höchstes Interesse über alle Liebe zu dem eigenen Volkstum hinaus dem größeren Ganzen, der gesamten Menschheit zu. Nach ihm wird in der Zukunft wohl jede Nation — ihren besonderen Gaben entsprechend — auch besondere Kulturarbeit leisten; aber gerade diese Differenzierung wird die Völker zur höchsten Einheit und Einheit leiten.

Goethe eignet ein unvergleichlicher und ewig unzerstörbarer Glaube an den Fortschritt der Menschheit. Auch das führt ihn uns nahe. Gegen Ende seines Lebens erschloß sich dem Dichter ein immer tieferes Verständnis der Zusammenhänge des Lebens; es war, als durchdränge sein Geist nun erst voll auch die ökonomischen Beziehungen als Grundlage des ganzen Menschendaseins. Viele merkwürdige Aussprüche nach dieser Richtung hin sind uns gerade aus seinen letzten Jahren erhalten. So hat er die wirtschaftliche Entwicklung vorausgesehen in den für die damalige Zeit prophetischen Worten: „Die Einheit Deutschlands wird geschaffen werden durch die künftigen Eisenbahnen“.

„Ich habe weder für die Vergangenheit noch für die Gegenwart, sondern für die Ewigkeit gedacht.“ In diesem Ausdruck hat der Dichter selbst darauf hingewiesen, daß sein großes Lebenswerk sich der Menschheit erst in der Zukunft voll erschließen werde. Der Sozialismus wird der Erbe der Goetheschen Gedankenwelt sein. Erst, wenn er dereinst der Arbeiterschaft wie der ganzen Menschheit die wirtschaftliche Befreiung gebracht haben wird, wird die Welt reif werden für den künstlerisch ästhetischen Geist, dessen höchste Verförperung uns Goethe ist.

Grundworte interessante Ausführungen fanden den reichsten Beifall der Versammlung.

Die nächste Vereinsversammlung findet am Montag, den 25. Januar, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstraße 72, statt.

die nächste Versammlung der Jugendabteilung am Sonntag, den 17. Januar, im Gewerkschaftshaus.

Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft.

Daß die Arbeitsbedingungen für die weiblichen Erwerbstätigen dringend der Verbesserung bedürfen und wie sehr Maßnahmen auf reichsweite Basis nötig sind, bezeugt eine von den Vereinen erwerbstätiger Frauen und Mädchen am 8. Dezember 1908 in Röhberg bei Weizhen einberufene Versammlung für die Arbeiterinnen der Bergwerke und Kokereien Oberschlesiens. Folgende Resolution an den Reichstag wurde beschloffen:

Die heute im Saale zur „Städtischen Aue“ in Röhberg versammelten mehr als 100 Arbeiterinnen der Bergwerke und Kokereien Oberschlesiens danken den arbeiterfreundlichen Parteien im Reichstag für den Schutz, den sie in der Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungsnovelle den Arbeiterinnen haben zu teil werden lassen. In Erwägung aber, daß 1. in Oberschlesien über 10 000 Arbeiterinnen bei dem Verbot der Frauenarbeit in Frage kommen; 2. der ober-schlesische Industriebezirk kinderreich ist und die Löhne der Arbeiter so niedrig sind, daß mit diesen die Familien nicht genügend ernährt werden können, die Löhner somit zum Unterhalt mit beitragen müssen; 3. nicht die Arbeit selbst die Arbeiterinnen schädigt, sondern die durch zu geringe Löhne hervorgerufene Unterernährung, bittet die Versammlung den hohen Reichstag, es bei den Kommissionsbeschüssen besonders zu lassen. Ein gänzliches Verbot wünschen wir schon deshalb nicht, weil wir uns, sollten die Grubenverwaltungen und nicht bessere Löhne zahlen wollen, genötigt sehen würden, auswärts durch Sachfengängerei besser bezahlte Beschäftigung, vornehmlich in der Land- und Forstwirtschaft anzunehmen.

Die in dieser Resolution erwähnten Uebelstände sind bezeichnend für die Lage der Arbeiterinnen in der Domäne des Zentrums. Nun will es gerade die Ironie des Zufalls, daß es katholische Organisationen sind, die solche Anklagen gegen die schlesischen Grubenmagnaten schleudern, unter denen sich geistige Häupter des Zentrums befinden.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Lichtenberg. Montag, den 11. Januar, 9 Uhr, bei Eriekt, Pfarrstraße 74, Vortrag: „Welche Lehren ziehen die Frauen aus der wirtschaftlichen Krise?“ Referent: Genosse Rißke.

Vermischtes.

Ueber einen Bahunfall wird amtlich aus Bremen gemeldet: Auf Bahnhof Langwedel wurde gestern nachmittags um 5 Uhr 16 Minuten ein den Ueberweg in Kilometer 83,750 benutzendes Fuhrwerk vom D-Zug 144 angefahren und teilweise zertrümmert. Der Wagenführer und die Pferde blieben unverletzt. Der Unfall wurde durch zu spätes Schließen der Wegebremse herbeigeführt. D-Zug 144 erlitt eine Verspätung von 12 Minuten. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Vier Schulknaben beim Eislauf ertrunken. In Böhmischem-Lienitz bei Rudowia sind, einer Meldung der „Schlesischen Zeitung“ zufolge, sechs Schulknaben beim Schlittschuhlaufen auf dem Eis der Rettau eingebrochen. Nur zwei konnten gerettet werden.

Lustmord an einem Knaben. Unbekannte Täter haben, einer Meldung aus Prag zufolge, in der Nähe des Ortes Mabešchowitz an einem Knaben einen furchtbaren Lustmord verübt, indem sie ihm die Kehle durchschnitten und den Leib aufschlitzten.

Großfeuer in New York. Drei gleichzeitige große Brände verwickelten, wie ein Telegramm meldet, die Geschäftsviertel Bowery

und Broadway und richteten für etwa sieben Millionen Dollar Schäden an. Ein Menschenverlust ist nicht zu beklagen.

Ein zum Tode verurteilter Scharfrichter. Wie aus Felate, ein oslaw berichtet wird, ist dort der wegen räuberischen Ueberfalls angeklagte Scharfrichter vom Gerichtshof zum Tode verurteilt worden. — Ein Kollege, der ihn ins Jenseits befördert, dürfte sich leicht finden.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 10. Januar, vormittags 9 Uhr, in der Halle Rappel-Allee 15-17: Freireligiöse Versammlung. Vormittags 11 Uhr, der Schule, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille über: „Soltrales“. Herren und Damen sind als Gäste sehr willkommen.

Verband der deutschen Buchdrucker. (Vereinigung der Buchdrucker). Sitzung heute abend 9 Uhr bei Hoyer, Hermannstr. 49.

Öffentliche Bibliothek und Leihbibliothek zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann. SW., Albalberstraße 41. Geöffnet täglich von 9-10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 und 3-6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 615 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung an.

Wöchentliche Marktberichte der städtischen Markthalen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Markttag: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft klar, Preise unverändert. Wild: Zufuhr reichlich, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise wenig verändert. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft etwas lebhafter, Preise wenig verändert. Karpfen kaum absehbar. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise fest.

Witterungsübersicht vom 8. Januar 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Wetter	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometere-höhe mm	Wetter	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius
Emmende	748	S	3	bedeckt	1	Dabrunn	751	RD	2	bedeckt	-1.5
Danenburg	746	RS	3	halb bh	10	Wetzlar	750	D	1	bedeckt	-8
Heilbr.	747	RS	4	bedeckt	10	Seibitz	765	RS	5	bedeckt	8
Frankfurt	754	RS	3	Schnee	1	Aberdeen	754	RS	6	halb bh	8
München	757	RS	6	bedeckt	1	Paris	760	RS	2	bedeckt	4
Wien	760	S	2	bedeckt	1						

Wetterprognose für Sonnabend, den 9. Januar 1909. Etwas kälter, vielfach heiter, aber noch unbedeutend mit geringen Niederschlägen und langsam nachlassenden nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 7. 1.		am 8. 1.		Wasserstand	am 7. 1.		am 8. 1.	
	cm	cm	cm	cm		cm	cm	cm	cm
Remel, Mühl	204	+15	204	+15	Saale, Großh.	80	-10	80	-10
Gregel, Antersberg	257	+7	257	+7	Havel, Spandau	55	0	55	0
Reichel, Thora	119	+6	119	+6	Havel, Rathenow	64	-6	64	-6
Oder, Rastow	145	+34	145	+34	Spree, Sternberg	72	-2	72	-2
Krossen	104	0	104	0	Breslow	71	0	71	0
Brandenburg	104	-2	104	-2	Beser, Müden	-91	+1	-91	+1
Barthe, Schrum	—	—	—	—	Müden	74	+6	74	+6
Lamböberg	88	+8	88	+8	Nein, Magdalenbau	94	-2	94	-2
Nege, Bornum	122	+8	122	+8	Kaib	77	-1	77	-1
Eibe, Leimeritz	85	-1	85	-1	Albin	65	0	65	0
Dresden	229	-7	229	-7	Redar, Peilbrom	37	+7	37	+7
Berbo	-12	+12	-12	+12	Wain, Berthelm	96	+3	96	+3
Angsburg	3	+5	3	+5	Wojel, Trier	—	—	—	—

+ bedeutet Hoch, - Fall, — Unterpegel, °) Gestand, °) Treibeis.

Müllerstraße 182/183. **Kaufhaus Wedding** Müllerstraße 182/183.

Total-Ausverkauf des gesamten Warenlagers.

Um das Lager schnell zu räumen, gewähren wir auf alle Einkäufe, mit Ausnahme weniger Artikel, einen baren

Rabatt von 15 % oder dreifache Nordenmarken.

Wiederverkäufern bietet sich besonders günstige Gelegenheit zum Einkauf.

A. B. Koch Kohlen-Groß-Handlung gegründet 1893. Haupt-Kontor Berlin O. 17, Fruchtstraße 75. Fernr. Amt 7 Nr. 3049 u. 3096.

I. Lagerplatz: Bahnhof Berlin O. 24, Bromberger Str. 16.
II. Lagerplatz: O. 17, Fruchtstr. 13.
III. Lagerplatz: Bahnhof Weißensee, Weißenseer Str. 80a. Preise für nur 10 Marken ab Wagn 10 Ztr. an: 57180

Prima Gohlschlag, Marke Rauchhammer 3tr. 95 Pf.
Gohlschlag (betannte Marke) 3tr. 97 Pf.
Herbrand-Zalaw 3tr. 97 Pf.
Anno u. Waldmannsheil 3tr. 99 Pf.
Wäuerschaft 3tr. 101 Pf.
la Diamant (er. 3tr. 110 bis 120 Stk.) 3tr. 105 Pf.
la Aile Salon 3tr. 105 Pf.
la Anh. Kohlenwerke 3tr. 105 Pf.
la Anthrazit-Gado 3tr. 235 Pf.

Kohle, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tages- und Konventionspreisen. Umlieferung frei Stelle je nach Quantum pr. 3tr. 10-15 Pf. mehr. — Bei Originalabgang und gültigen Aufträgen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Bei **Drüsen, Skropheln**, englischer Krankheit, Blutarml, zur Stärkung schwächerer, in der Entwicklung zurückbliebender Kinder, empfehle eine Kur mit meinem beliebten

Lahusen's Lebertran „JODELLA“. Der beste und wirksamste Lebertran. Leicht zu nehmen und zu vertragen. Preis 2,90 und 4,60 M.

Alleiniger Fabrikant! Apotheker Wilh. Lahusen, Bremen.

Man achte auf den Namen „Jodella“. Alle anderen Präparate sind nicht echt. Frisch zu haben in allen Apotheken. Italienische Apotheke, N. Antonstraße 25; Zions-Apotheke, N. Anklamer Str. 30; Greif-Apotheke, NO., Barnimstr. 33; Krugs Apotheke, O., Zorndorfer Straße 55; Bismarck-Apotheke, SO., Oppelner Straße 38; Samariter-Apotheke, SW., Neuenburger Straße 41; Roland-Apotheke, NW., Turmstr. 16.

Ohne jede Anzahlung verkaufe ich **Pianos** — erstklassiges Fabrikat — (3X prämiert Staatsmed.), in allen Holz- u. Stilart, von wunderb. Tonfülle (Fügelton), geg. kleine monatl. Teilzahlung, ohne jed. Preisaufschl. Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftliche Garantie.

Conrad Krause Nachf. Ansbacher Str. 1. Eck. Kurfürstent. Tel. Ch. 10410. Auch Sonntags geöffnet.

Katz Gebrüder

FILIALE: Große Frankfurter Straße 121

Inventur-Räumungsverkauf zu erstaunlich billigen Preisen

Weißwaren

Batist- u. Spachtelpassen von 25 Pl. an

Tüll- u. Spachtelstoffe Mtr. 65, 95 Pl.

Einen Posten Valenciennespitzen u. Einsätze Meter 5 Pl.

Einen Posten Gummi- u. Bandgürtel Serie 1 2 3 4 5

38, 50, 75, 95 Pl. 1,25

Handschuhe

Damenhandschuhe lang, weiß gestreift Paar 68 Pl.

Damenhandschuhe Trikot, lang, modegrau, Paar 42, 85 Pl.

Glacéhandschuhe in modegrau Paar 85 Pl.

Korsetts

Empire-Korsett geblumt Stück 95 Pl.

Empire-Korsett mit Spiralfed. Stück 95 Pl.

Frack-Korsett Stück 95 Pl.

Strümpfe

Herrensocken plattiert Paar 32, 48 Pl.

Damenstrümpfe reine Wolle . . . Paar 55, 95 Pl. 1,25

Damenstrümpfe englisch lang, geringelt . . . Paar 32, 48 Pl.

Schürzen

Tändelschürzen mit Träger . . . Stück 85 Pl.

Weibe Kinderhänger Größe 45-60 Stück 85 Pl.

Kinder-Kimonokittel Stück 85 Pl.

Trikotagen

Herrenhemden Mocco . 1,10 1,50

Herrenhemden Normal . 1,25 1,75

Herrenhosen Mocco . . . von 95 Pl. an

Damen-Westen . . . Stück von 95 Pl. an

Verlangen Sie alle Sorten Rabatt-Marken.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.
Todes-Anzeige.
 Den Vereingenen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler **Richard Kralle** (R. Bezirk) am 23/4 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Rixdorf.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Richard Kralle** am Mittwoch, den 6. Januar, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Filiale Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler **Karl Retschlag** am 6. Januar verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
 Sage allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Holzarbeiter-Verband und dem Wahlverein für die Teilnahme und Kranzspenden bei dem Hinscheiden meines Mannes, des Möbelpolierers **Max Schwarz**, meinen aufrichtigen Dank.
Ernestine Schwarz geb. Gaebler.

Dankagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Sohnes **Erich** sagen wir allen unseren Mitgefühlenden Dank.
Hugo Wiegand nebst Frau.

Dankagung.
 Sage allen Verwandten und Bekannten für die zahlreiche Beteiligung und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes unseren Mitgefühlenden Dank.
Anna Lube (geb. Wulst)
 nebst Tochter. 471b

Dankagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Bekannten und den Kollegen, dem Simmerer, meinen herzlichsten Dank.
Marie Siebert und Kinder.

Baugenossenschaft "Turnerheim".
 Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
 Sonntag, den 16. Januar cr., abds. 9 Uhr, bei Zibel, Bergstr. 151/52 (kleiner Saal):
Außerordentliche General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Antrag des Vorstandes und Aufsichtsrates: Erhöhung des Geschäftsanteiles und des Eintrittsgeldes (§ 16 des Statuts).
 2. Beschlußfassung über die Einzahlung auf denselben.
 3. Verschiedenes.
 Eventuelle Vorschläge sind bis zum 11. Januar an den Vorstand einzureichen. 103/2
Der Vorstand.
 Max Schönberg. Otto Klein.

Kranken- und Sterbekasse aller gewerblichen Arbeiter für Schöneberg und Berlin.
 (E. S. S. 115.)
 Sonntag, den 17. Januar 1909, vormittags 9 1/2 Uhr:
General-Versammlung
 in den neuen Rathhauskellern, Weininger Straße 8 (Tunnel).
 Tages-Ordnung:
 1. Wänderung des § 9 zum 7. Nachtrag. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Jährlicher Kassensbericht. 4. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 5. Verschiedene Kassensangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert.
 Der wichtigen Tagesordnung wegen wird ein vollständiger Besuch der Mitglieder erwartet. 289/3
Der Vorstand. J. M. G. Jansen.

Vereinsgesetz vom 19. April 1908.
 Erläutert von **Wolfgang Heine.**
 M. d. B.
 Dritte revidierte und ergänzte Auflage. Preis broschiert 50 Pf., gebunden 75 Pf.
 Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Zahlstelle Berlin.
Achtung! Stellmacher! Achtung! Stellmacher!
 Sonntag, den 10. Januar 1909, vormittags 10 Uhr:
Versammlung
 aller in Luxuswagen und Automobilbetrieben beschäftigten Kassenmacher, Kassenhelfer und Radmacher im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Straße 11-12.
 Tages-Ordnung: 77/8
 1. Was planen geneigt die Arbeitgeber des Verliner Luxuswagen- und Automobilfabrikations-Baugewerbes? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Keiner schließe sich von der Teilnahme an dieser Versammlung aus!
 Die Brauchkommission.

Calmon's Hansa
 leichte, schmiegsame
Gummischuhe
 aus feinstem Gummi hergestellt, besonders widerstandsfähig.
 Wir hatten für die Güte jedes Paares.
 Fordern Sie neues Musterbuch V.
 Schuhges. m. b. H., Berlin
 Zentral: W. 8, Friedrichstr. 182
 C. Königstr. 47
 SW. Friedrichstr. 221
 C. Rosenthalerstr. 1
 W. Potsdamerstr. 5
 NW. Wilmannsstr. 9
 Ecke Turmstr. 9
 W. Tauentzienstr. 15

Salamander
MANOLI Cigarettes
 Abbas 3 Pfg. Chic 4 Pfg. Gibson Girl 5 Pfg.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
 ist sofort erschienen:
Der Geschlechtstrieb von Ed. Bernstein.
 Die übrigen Hefte behandeln:
 Heft 1: Die erste Hilfe bei Unglücksfällen von Dr. Christeller. Muss in Fabriken, Werkstätten, auf Bauplätzen vorhanden sein.
 Heft 2: Das erste Lebensjahr von Dr. Silberstein. Jeder jungen Mutter zur Anschaffung zu empfehlen.
 Heft 3: Gesundheitspflege des Nervensystems von Dr. Hirtzblatt. Wer seine Nerven gesund erhalten will, lese diese Anleitung.
 Heft 4: Der Achtstundentag von Dr. Zadek. Eine gründliche Begründung der sozialdemokratischen Forderung.
 Heft 5: Alkoholfrage und Arbeiterklasse von Dr. Frühling. Eine empfehlenswerte Agitationsbrochüre.
 Heft 6: Das Schulkind von Dr. Silberstein. Die Kinder vor Schulkrankheiten schützen, ist Zweck des Büchleins.
 Heft 7: Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten von Dr. Gebert. Belehrend über die für jeden Menschen wichtige Frage.
 Heft 8: Nahrung und Ernährung von Dr. Chajes. Ein wichtiges Kapitel für jeden Arbeiter und seine Familie.
 Heft 9: Wie sollen wir uns kleiden? von Dr. P. Gerolstein. Eine belehrende Abhandlung über die wichtige Frage.
 Heft 10: Der Arbeiterschutz von Dr. M. Epitell. Mit besonderer Berücksichtigung der Verhütung der Berufskrankheiten.
 Heft 11: Frauenleiden und deren Verhütung von Dr. J. Zadek. Mit einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft. (Text-Album.)
 Heft 12: Vom medizinischen Aberglauben von Dr. C. Thieling. Eine lehrreiche Abhandlung für Jedermann.
 Heft 13: Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters von Dr. S. Munter. Die Anwendung des Wassers in gesunden und kranken Tagen.
 Heft 14: Verhütung und Heilung des Stotterns von Louis Jordan, Leipzig. Nebst einer Einleitung des Herausgebers über Sprache und Sprachstörungen mit 5 Text-Illustrationen.
 Heft 15: Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiter-Familie von Dr. Julian Markuse.
 Heft 16: Zähne und Zahnpflege von Gertrud Rewald. Mit zahlreichen Illustrationen.
 Heft 17: San und Lebenstätigkeit des menschlichen Körpers von Dr. Christeller.
Jedes Heft kostet 20 Pfennig
 Diese Abhandlungen sind für jedermann verständlich geschrieben und sollten in keiner Familie fehlen.
Expedition des „Vorwärts“
 Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

Würzburger Hühneraugenmittel
 von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
 In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. Greif-Apothek, Barnimstraße 33. — Wuppertal: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 110/1*

Jedes Wort 10 Pfennig.
 Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
 für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Federbetten. Stand 11,00, große 16,00, Gardinen, Bänke, Decken, Kleidungsstücke, Uhren, Schmuckgegenstände, Spielzeug, Handbierhaus, Kaffee, Süßwarenplatz 7. 15779*
Leppische! (Jedlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Leppischlager Brunn, Godeshofer Markt 4, Bahnhof Vorstr. 204/11*
Wollen aus Hies Ort und Schilmsund Vackro! Die wahre Gestalt des Christentums, von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Laden.
Leppische (Gardenfeder), Steppdecken, Gardinen, Kissen, Tischdecken, Übergardinen, Sofaohrreife, Spielzeug, Fabrikniederlage, Rauerhof, Große Frankfurterstraße 9, Hurellgasse. 12868*
Monatsschönung und Winterpaletots, Joppen von 5 Mark sowie Joppen von 1,50, Webwaren von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für formale Figuren. Neue Garderobe zu stänmend billigen Preisen, aus Handarbeiten verfertigte Sachen, auch am billigsten bei Rog. Plakatsstraße 14.
Sonnenanzüge, Herrenpaletots, zurückgeleitet, aus feinsten Stoffen 18 bis 28,00 möglich. Sonntagverkauf. Deutsches Verbandhaus Jägerstr. 63, 1 Treppen. 19758*
Servanplatz 6! Kleinauswahl Pänderverkauf! Stamenbillig Winterpaletots! Jadedentzange! Geschirranzüge! Herrenhosen! Buchschlagen! Brautgeschäfte! Pelzstoffe! Taschenmesser! Wanduhren! Goldschmuck! Rückstühle! Steppdecken! Gardinenauswahl! Leppischeauswahl! Wäschenauswahl! Bettenauswahl! Selbstverfertigte Großwaren! Einlaufordere! Handbierhaus Hermannplatz 6. Sonntag ebenfalls geöffnet.
Sozialreform oder Revolution, von Hjaldr Luxemburg. Zweite durchgesehene und ergänzte Auflage. Preis 60 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Überbedecken, zurückgeleitet, große, reinwollene, Stuhl 3 Mark, wasserfest bezogen 6,50, 10 Mark. Gebroder Plüsch, Friedrichstraße 205.
Sumboldschlehdau, nur Brunnensstraße 58, Eckhaus Stralunderstraße. Sportbilliger Räumungsverkauf verlässlicher Händler, riesengroßer Bettenverkauf, Auswärmische, elegante Herrengarderobe, Winterpaletots, Steppdecken, Gardinenauswahl, Tischdecken, Teppichauswahl, Taschenuhren, Wanduhren, Schmuckgegenstände, alles erproblich. 10029*
Jugendverkauf! Bis Ende Januar muß das enorme Lager hochmoderner Winterpaletots, Herrenanzüge, Hosen geräumt werden. Die verkaufen deshalb zu sportbilligen Preisen Winterpaletots und Anzüge, jeder 30-50 Mark, jetzt 15-30 Mark, Hosen, jeder 10-20 Mark, jetzt 5-12 Mark. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. 4505*
Gastronomie, Petrollampen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Nebenlager. Louis Böttcher (selbst) Betriebleitung, Bogdangenerstraße 32 (Sohnverbindung, Dönhofsstraße). Vordamerstraße 81, Schönhauser Allee 79, Badstraße 8a, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247.
Anzüge, Paletots nach Maß. Aus Is Stoffen, Monats- und nicht abgeholte Sachen stänmend billig. Kassenmacher! Vog. Brunnensstraße 3, eine Treppe, am Rosenbaldier.
Handbierhaus Rixdorf, Bergstraße 58. Sportbilliger Pänderverkauf! Bettenerverkauf! Herrengarderobe! Freiwilinger! Taschenuhren! Schmuckgegenstände! Wäscheverkauf! Gardinenverkauf! Leppischeverkauf! Möbelstücke! Sportbillig! 15873*
Winterpaletots, Monatsanzüge wenig getragen, von 5 R. an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Zugangsquelle, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Järsengel, nur Rosenbaldierstraße 10. 267/10*
Bücher des deutschen Hauses. Eine Sammlung guter Erzählungen, Geschichten, Novellen usw. Gut ausgestattet, circa 300 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden, 75 Pfennig pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

G. W., Ralplaquetstraße. Die Verkaufsstelle der Firma Hermann Schlegler, Decren und Anaden, Konfektion für den Weddingmarkt, befindet sich Reinholdsdorferstraße 43. Beste Waren. Beste Preise. 15508*
Phidigis Kinderwagen, Bestellen allerbillig, Zehnjahrling, Kottbusdamm 12a. 30/3*
Geschäftsverkäufe.
Edelstahl sofort für jeden Preis. In ertragen Wengels, Adersdorferstraße 3. 741
Wahlvereinschaft (Parteilokal), 7/2, Kassenmacher, Kranzschneider sofort zu verkaufen, Berlebergerstraße 58. 77*
Rigarren-Geschäft, billige Preise, gutgehend, auch für die Frau passend, sofort veräußlich. Näheres Otto Wilmmer, Reichenbergerstraße 152. 77*
Kolonialwaren-Geschäft sofort veräußlich, 10 Jahre bestehend, billige Preise, gutes Geschäft. Max Bauer, Kaufherrstraße 22a. 77*
Posamenten, Restler, Parquetgeschäft, Damenschneiderei, 2 Jahre bestehend, da zwei Geschäfte, sofort veräußlich. Offerten in der Expedition des Vorwärts 56 abgeben. 7121
Zargengeschäft, sichere Erträge, Kranzschneider, zu verkaufen. Offerten erbitet Sargmanns Rixdorf, Hauptpost, Berlinerstraße. 7102
Möbel.
Komplette Wohnungs-Einrichtung verkauft billig, Dultmannstraße 15, vom II. Hof. 700*
Bettstelle, Matrize verkauft Buder, Gütshenerstraße 84, IV. 7112
Möbel, Gelegenheitskäufe, wegen Räumung der riehigen Lagerverordnethaus, Kassen 51, Wochstuhle, eichte 24, Polsterstühle 21, Wäschstole 48, Nebentische, Schreibische, Schlafzimmern, ganze Einrichtungen für jeden Preis. Verichtigung lohnend. Hirschowik, Brunnensstraße 30. 700
Kranzstraße 30 wegen Aufgabe Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Geschäft, Verkauf jedem annehmbar Preis. Verichtigung ohne Kaufzwang nur diese Woche. 4730*

Handelshaber (Sportbillig, fast neu: 2 Bettstellen mit Matratzen, Kleiderkasten, Vestlo, Trumman, Sofa, Tisch, sechs Stühle, Spiegel, Bild, Gasofen, komplette Küche. Böhmstraße 30, I Hof. 16018*
Gebrauchte Möbel aus Versteigerungen, Aufstellungen in größter Auswahl, Kuchenschranke, Vertikos 26, Tafelstühle 35, Herrenschreibtische 33, Wäschekleider mit Federmatratzen 28, Bälette, Garnituren 65, Ausrichtische 10, Kassenstränke 12, Wägerschänke, Sofas 20, Teppiche, Bilder, Kronen, hundert komplette Bettstellen, neue und gebrauchte, garantiert bedeutend billiger wie überall, Bunte Küchen 55, Kennerts Wäschekleider, Rothdingerstraße 55, Rosenthaler Tor. Größtes Spezialgeschäft für Gelegenheitskäufe. 15838*
Musik.
Pianino, erste Hoflieferantenfirma, weit unter Wert, sofort veräußlich, Franzosenstraße 15, I rechts. 297*
Pianino, hohes, 130, umgesehener zum Kauf 3, I. 30/9
Violinunterricht (neue, doppelt bestehende Methode bis zur Vollenbung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion, auf 1,25 R., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des Vorwärts. 71
Klavierkurs, Monatspreis 3,00, Klavierstunden frei! 20 Klaviere, Musikabende, Vorhölpl, Kuchenschranke, Trantenstraße 147. 30/7
Verschiedenes.
 Fern die Mutterstraße beherbergen! Erstgüter, leicht möglichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsreihe wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des Vorwärts zu richten.
Kunstlopererei von Frau Kottsch, Schindlerstr. 8, III.

Teilnehmer an einem englischen Hotel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Schwanz, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. 10028*
Varenanwatt, Bettel, Göttingerstr. 24a. 25359*
Platina, Gold, Silber, Gebisse, Kuchenschranke, Staudgold, Goldwaren sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Rückstände, kauft Goldschmelze, Köpenickerstr. 29, Telefon 4, 6358. 30/8*
Komiker empfiehlt sich. Schwarz, Köpenickerstraße 147. 4086
Kissen, Krepier, gut erhalten, für wissenschaftliche Zwecke, kauft Kinnata, zum Kauf 19. 16048*
Fiedermaße, große, lebend, in größerer Anzahl, kauft Kinnata, zum Kauf 19. 16008*
Wolfsbergerstraße 10, Böhmenviertel, Laden, Wohnung (7 Jahre Brunnstr.) passend, Drogengeschäft, keine Konkurrenz, 750 Mark, I. 4. vermierbar. 4566*
Restaurierung mit voller Konzession zu vermieten, Richardstraße 61, beim Bild. 7102
Wohnungen.
Prächtige Ein- und Zweizimmer-wohnungen sofort, Goldenerstr. 32/34.
Gute Mieter für Etage und Küche in schönem, laubem Hause, Wasserstraße 17. 76*
Sonnenburgerstraße 27, Eckhaus, 3, 2, 1 Zimmerwohnungen, Bad, 107 fest, später. 2708*
Soldinerstraße 16, Eckhaus, 3, 2, 1 Zimmerwohnungen, Bad, sofort, später. 2695*
Kleinwohnungen sportbillig, Lärchenstraße 17. 15968*
Wolfsbergerstraße 10, Böhmenviertel, Etage, 2 Kammern, Jubel 26 Mark, 2 Stunden, Jubel 31 Mark, Johannisstraße 21, an der Urbanstraße, 2 Stunden, Jubel, 35 Mark. 4575*

Zimmer.
Möbliertes Zimmer, 15,00 inkl Gumbach, Reuterstraße 37. 7101
Schlafstellen.
Schlafstelle, Decren, Grünertweg 63, Vorderhaus I, links. 743
Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Färbwacher auf Holzleiten verlangt Köpenickerstraße 21. 77
Verheiratete Leute, welche die Landwirtschaft verlassen, werden auf Räumung gesucht, Köln 600 Mark bar, freie Wohnung, freie Kartoffeln und Milch, Max Wehner, Kattentieg-Röhle bei Hergsburg, Pignitz.
Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung. (Zur Brüderstraße.) Schützenstraße 24/25, Hof parterre. 30/5*
Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung. Dargentreutherstraße 32. 26/17*
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Seite.
Vergolder!
 Eine größere Metallwarenfabrik in New York, Nordamerika, sucht einen Vergolder
 der das erste französische Feuer-Vergolden von Grund aus versteht. Englische Sprachkenntnisse nicht notwendig. Gute Gehalt, der sichergestellt wird. Ueberläßt 2 Klasse nach New York bezahlt. Reflektanten müssen im Besitze von 10 Referenzen sein! Weitere Sicherheiten nach Uebereinkunft.
 Angebote mit Einzelheiten sind zu richten an F. & H. 123, Postlagernd, Postamt 42, Ritterstraße, Berlin. 285/14